

Protokoll des Einwohnerrates Wohlen

13. Sitzung vom 20. und 21. Oktober 2003 • im Casino Wohlen

Vorsitz: Urs Kuhn, Präsident

Protokollführung: Betschart Daniela, Gemeindeschreiber-Stv.

20. Oktober 2004 18.00 Uhr bis 21.35 Uhr

Präsenz: **Einwohnerrat**
40 Mitglieder des Einwohnerrates
Absolutes Mehr: 21
Zweidrittelsmehr: 26

Gemeinderat
Dubler Walter, Gemeindeammann
Gerber Dieter, Vizeammann
Külling Harold, Gemeinderat
Meier Erwin, Gemeinderat
Meier René, Gemeinderat
Müller Christian, Gemeinderat
Piffaretti Marianne, Gemeinderätin

Weitere Anwesende
Kaufmann Gregor, Finanzverwalter
Hartmann Peter, Gemeindeschreiber
Mäder Werner, Bauverwalter
Lüpold Werner, Betreibungsbeamter
Hitz Ernesto, Schulsekretär

Rychener Peter, Chef Bevölkerungsschutz
Joller Peter, Chef Soziale Dienste
Laube Thomas, Chef Steueramt
Sachs Josef, Schulpflegepräsident
Stutz Markus, Vizepräsident der Schulpflege
Bossert René, EDV-Verantwortlicher
Von Felten Simone, Umweltschutzbeauftragte

Traktanden:

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Bericht und Antrag 10058 betr. Finanzplan 2003 – 2007 (+ Überarbeitung und Ergänzung August 2003)
3. Bericht und Antrag 10068 betr. Änderung des Abfallreglementes (Gebühreneinführung für Grüngut und Recycling)
4. Bericht und Antrag 10077 betr. Voranschlag 2004

Kuhn Urs, Einwohnerratspräsident: Begrüssst die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Da die zu behandelnden Geschäfte umstritten sind, habe ich zur Sicherheit eine zweite Sitzung eingeplant. Nach Möglichkeit möchte ich heute bis zur Eintretensdebatte des Budgets kommen.

45 0.011.5 Einwohnerrat; Eingänge und Mitteilungen
Eingänge und Mitteilungen

Kuhn Urs, Einwohnerratspräsident: Folgende Eingänge hatten die Mitglieder des Einwohnerrates seit der letzten Sitzung zu verzeichnen:

- Bericht und Antrag 10078 betr. Wohler Jugendsession
- Motion 10079 betr. Rettung des Güpf-Haus

Weiter erhalten die Mitglieder:

- Nachtrag zum Voranschlag 2004

Finanzplan 2003 – 2007 (10058) inkl. Überarbeitung und Ergänzungen vom August 2003

Kuhn Urs, Einwohnerratspräsident: Es handelt sich bei diesem Geschäft um eine Kenntnisnahme. Der Einwohnerrat kann also keine Anträge stellen, sondern nur Stellungnahmen abgeben und Fragen und Bemerkungen anbringen.

Walter Dubler, Gemeindeammann: Der Finanzplan ist bekanntlich kein mehrjähriges verbindliches Budget. Die wirksamen Entscheide fallen mit den Beschlüssen zu den Voranschlägen und den konkreten Kreditvorlagen. Dort wird festgelegt, wohin sich die Gemeinde finanzpolitisch bewegt.

Grundlagen

Der vorliegende Finanzplan (Version Mai 2003) basiert auf dem Voranschlag 2003 und auf der Rechnung 2002 mit einer verzinslichen Nettoschuld von 12,9 Mio. Franken. Ende Mai 2003 verabschiedete der Gemeinderat den Finanzplan. Darin hielt der Gemeinderat fest, dass er alles daran setzen will, damit der Steuerfuss von 105 % belassen werden kann. Gleichzeitig hielten wir fest, dass dies aufgrund der laufenden und anstehenden Investitionen eine ambitionierte Zielsetzung sei.

Am 7. Juli 2003 führte der Gemeinderat die erste Lesung des Voranschlages 2004 durch. Am 14. Juli 2003 verabschiedete der Gemeinderat den Bericht und Antrag betreffend Aenderung des Abfallreglementes, welcher die Gebühreneinführung für Grüngut und Recycling beinhaltet. Vorgesehen war, dass der Einwohnerrat diese Vorlage an seiner Sitzung im August behandelt. Der Gemeinderat war noch anfangs Juli der Meinung, dass eine Aenderung des Abfallreglementes genügen würde und eine Steuerfusserhöhung für 2004 kein Thema sei. Schon damals war jedoch klar, dass wir auch bei diesem Szenario finanziell an die Grenzen gehen würden. Mit Schreiben, welche wir im Monat Juli 2003 vom Kantonalen Gesundheitsdepartement, Spitalabteilung, und vom BKS erhielten, wurden uns die voraussichtlichen Gemeindebeiträge für 2004 an die aargauischen Spitäler und die Gemeindebeiträge für AHV, IV und Ergänzungsleistungen mitgeteilt. Dazu kam noch die Uebernahme von Restkosten aufgrund der Aenderung der Strafprozessordnung. Allein diese drei Posten machen insgesamt rund Fr. 400'000.00 Mehrbelastungen aus und brachten das Fass zum Ueberlaufen. Die Budgetsituation hat sich innert Kürze strukturell stark verschlechtert. Dabei handelt es sich hauptsächlich um nichtbeeinflussbare Mehrbelastungen, welche von Bund und Kanton initiiert wurden. Der finanzielle Spielraum drohte weiter zu schwinden. Aufgrund dieser neuen Fakten kam der Gemeinderat nach intensiven Diskussionen zum Schluss, dass auch der Steuerfuss erhöht werden muss. Auf bessere Zeiten hoffen oder auf ein Wunder zu warten, reicht nicht. Aufgrund dieser Erkenntnisse wurde der Finanzplan überarbeitet. Die Ueberarbeitung basiert auf einem Steuerfuss von 110 %, kostendeckenden Abfallgebühren und dem Nettoaufwand gemäss Voranschlag 2004.

Wegen dieser neuen Situation erachteten wir es als richtig, dass der Einwohnerrat die Aenderung des Abfallreglementes und den Voranschlag 2004 an der gleichen Sitzung behandelt. Die gleichzeitige Präsentation von Finanzplan, Aenderung Abfallreglement und Voranschlag 2004 ermöglichen dem Einwohnerrat eine Gesamtschau und eine zusammenhängende Diskussion.

Allgemeine Wirtschaftslage

Die jüngsten Prognosen sind teilweise widersprüchlich, zeigen jedoch mehrheitlich eher eine positive Tendenz. Nichtsdestotrotz können die Steuereinnahmen aufgrund des aktuellen Veranlagungsstandes im Finanzplan erhöht werden.

Nichtbeeinflussbare Mehrbelastungen

- **Basis: Eidg./Kant. Gesetze (Beilage 1)**
- **Basis: Gemeindebeschlüsse (Beilage 2)**
- **Total Aufwand / Gemeindesteuern (Beilage 3)**

Auswirkungen kantonaler Politik

Mehrbelastungen:

- Das neue Sozialhilfe- und Präventionsgesetz und die Wirtschaftsflaute haben erhebliche Auswirkungen auf die Sozialhilfeleistungen.
- Die Beiträge an die Sozialversicherungen (AHV, IV, Ergänzungsleistungen) steigen im Jahr 2004 überproportional an. Dies war auch in diesem Jahr der Fall.
- Die Zunahme der Beiträge an die Spitäler gemäss neuem Spitalgesetz ist deutlich höher als ursprünglich angenommen.
- Mit der Einführung der Schulleitung, welche im Voranschlag 2004 erstmals vollumfänglich enthalten ist, fallen zusätzlich einmalige Infrastrukturkosten an.
- Die Schulgelder für die Berufsbildung erhöhen sich wiederum.

Die in der Presse kürzlich veröffentlichten Stellungnahmen zur Vernehmlassung zum 3. Paket Aufgabenteilung Kanton – Gemeinden haben deutlich gezeigt, dass die Gemeinden nicht mehr bereit sind, die vom Regierungsrat und vom Grossen Rat beabsichtigten Aufgabenabschiebungen einfach hinzunehmen. Der Gemeinderat Wohlen hat diesbezüglich mit einer eigenen Stellungnahme seine Meinung geäußert. Im Rahmen der Repla Unteres Bünztal und der Gemeindeammänner-Vereinigungen des Bezirks Bremgarten und des Kantons mache ich meinen Einfluss geltend. Die vom Regierungsrat vorgeschlagenen „Entlastungsmassnahmen“, welche die Gemeinden finanziell weiter belasten würden, haben zu scharfen Reaktionen geführt. Die Gemeindeammänner-Vereinigung des Kantons Aargau wird sich wehren.

Steuerfuss

Eine Uebersicht über die Gliederung der Aargauer Gemeindesteuerfüsse zeigt, dass Wohlen bei den 84 Gemeinden (von 231) wäre, welche einen Steuerfuss von 110 % und tiefer haben. Wohlen ist bei den vordersten 36 %. Zu den Ueberlegungen betreffend Erhöhung des Steuerfusses werde ich bei der Behandlung des Voranschlages 2004 Stellung nehmen.

Finanzielle Ausgangslage

Wesentliche Veränderungen gegenüber dem letzten Finanzplan

Ich verweise auf die Ausgabe vom Mai 2003, Seite 5, und auf die überarbeitete Version vom Aug. 2003, Seiten 1 + 2.

Schlussfolgerung

Die in wesentlichen Teilen nicht vorhersehbaren Mehrbelastungen wurden vom Kanton initiiert. Diese zwangen den Gemeinderat betreffend der Höhe des Steuerfusses eine neue Lagebeurteilung vorzunehmen. Um die Gemeindefinanzen in einem gesunden Gleichgewicht zu halten, sind Mehreinnahmen notwendig. Bereits anlässlich der Beantwortung der Interpellation betreffend Steuerfussplanung und –entwicklung von der Fraktionsgemeinschaft SVP Wohlen-Anglikon / Dorfteil Anglikon hielt der Gemeinderat am 26. Aug. 2002 vor dem Einwohnerrat Folgendes fest: „*Es ist nicht möglich, dass je länger je mehr Aufgaben auf die Gemeinden abgewälzt werden, ohne dass die Gemeinden ihre Steuerfüsse erhöhen müssen.*“ Und weiter: „*Der Gemeinderat muss jedoch klar festhalten, dass die Gemeinde mit den bewilligten und aufgezeigten Investitionen bis an die Grenzen der Belastbarkeit geht. Sollte der Kanton weitere Aufgaben an die Gemeinden abschieben, dann ist auch eine Steuerfusserhöhung ein Thema.*“ – Heute sind wir soweit, dass wir dies leider tun müssen.

Bereits anlässlich der Behandlung der beiden letzten Finanzpläne in den Jahren 2001 und 2002 wurde dem Einwohnerrat mitgeteilt, dass es nötig sei, die Abfallbewirtschaftung, die Abwasserbeseitigung und das vom Einwohnerrat 1995 erlassene Gebührenreglement zu überprüfen. Diese Verfahren laufen zur Zeit.

Bezüglich Schulden ist die Ausgangslage der Einwohnergemeinde mit verzinslichen Nettoschulden von Fr. 12,9 Mio. per Ende 2002 gut. Andererseits ist der Investitionsschub der Gemeinde bei einer bescheidenen Ertragslage voll im Gang. Wenn alles umgesetzt werden soll, und wir keine ausserordentlichen Mehreinnahmen verzeichnen können, dann ist bis zum Jahr 2007 mit einem Schuldenbestand von rund Fr. 42 Mio. zu rechnen. Die Gemeinde hat mit den vorgenommenen und laufenden Investitionen in den letzten Jahren grosse Fortschritte gemacht, was die Wohn- und Lebensqualität anbelangt. Wohlen wird attraktiver und wird je länger je mehr davon profitieren. Wenn die weiter geplanten, teilweise schon lange diskutierten Investitionen verwirklicht werden und gleichzeitig die vom Kanton verursachten, für uns nichtbeeinflussbaren Mehrbelastungen verkraftet werden sollen, dann kommt die Gemeinde nicht um die beantragten Anpassungen auf der Einnahmenseite herum.

Fischer Arthur, Präsident der Finanzkommission: Die Finanzkommission wie auch die beratende BDO Visura haben den vorliegenden Finanzplan geprüft und zur Kenntnis genommen. Im Vergleich mit dem Finanzplan des letzten Jahres nehmen die Investitionen nochmals um Fr. 6,2 Mio. zu. Mit den neuen, nicht beeinflussbaren Mehrbelastungen konnte somit das gemeinderätliche Ziel eines Steuerfusses von 105 % nicht mehr eingehalten werden.

Ab dem Jahr 2004 wird deshalb mit einem Steuerfuss von 110 % und einer kostendeckenden Grüngutgebühr gerechnet. Aufgrund der im Finanzplan enthaltenen Zahlen besteht der Handlungsbedarf, die Einnahmen zu erhöhen. Ohne diese Steuerfusserhöhung und eine kostendeckende Grüngutentsorgung nimmt man unserer Gemeinde den finanziellen Spielraum, auch in Zukunft die Attraktivität zu erhalten.

Die Investitionen, welche getätigt worden sind und gemäss Finanzplan noch getätigt werden müssen, werden helfen, Wohlen für neue Steuerzahler attraktiver zu machen, was sich längerfristig auch auf der Ertragsseite niederschlagen sollte. Mit dem beantragten Steuerfuss von 110 % liegen wir immer noch im Durchschnitt der aarg. Gemeinden.

Die Zukunft wird nicht einfach. Wie Sie dem Voranschlag für das Jahr 2004 entnehmen können, verschieben Bund und Kanton immer mehr Aufgaben und somit auch Ausgaben auf die Gemeinden. Der finanzielle Druck wird weiterhin zunehmen, solange es sich unsere Parlamentarier in Bern und Aarau nicht nehmen lassen, ihre Defizite mit Verschiebungen auf die unterste Stufe, die Gemeinde, zu verringern. Dieser Entwicklung muss Einhalt geboten werden, denn am Schluss steht immer der Bürger, welcher schlussendlich die Zeche dafür zu bezahlen hat.

Wie Sie alle wissen, ist der Finanzplan kein mehrjähriges verbindliches Budget, sondern ein Orientierungsmittel für den Gemeinderat und den Einwohnerrat. Die wirksamen Entscheide fallen erst mit den Beschlüssen zu den konkreten Kreditvorlagen. Durch die laufenden und noch anfallenden Investitionen nimmt die Verschuldung immer mehr zu. Ab dem Jahr 2004 wird die Verschuldungsgrenze zunehmend überschritten. Dieser Finanzplan geht von einer Pro-Kopf-Verschuldung von Fr. 3'035 im Jahre 2007 aus. Damit werden wir den als Richtwert vorgegebenen Betrag von Fr. 2'500 – Fr. 3'000 übersteigen. Die Belastbarkeitsquote und der Selbstfinanzierungsgrad werden weiterhin absinken, was auf einen stark belasteten Finanzhaushalt hinweist. Ohne die vom Gemeinderat beantragte Steuerfusserhöhung würden diese Zahlen noch wesentlich schlechter aussehen und es wäre nur eine Frage der Zeit, bis der Kanton einschreiten müsste.

Die Finanzkommission glaubt, dass Wohlen mit den getätigten Investitionen attraktiver wird. Es ist aber auch unser Ziel, dass ein höherer Steuerfuss wieder gesenkt wird, sobald es die Rechnungsabschlüsse erlauben. Um dies erreichen zu können, gilt es für den Gemeinderat genauso wie für den Einwohnerrat neue Ausgaben zu hinterfragen und wenn sie nicht unbedingt notwendig sind, auf bessere Zeiten zu verschieben. Oberste Priorität muss nach diesen investitionsintensiven Jahren der Schuldenabbau haben, damit Wohlen auch für die Zukunft wieder gerüstet ist.

Lanz Christian, FDP: Der Finanzplan ist ein Führungsinstrument für den Gemeinderat in Sachen Finanzen unserer Gemeinde. Wenn wir aber die Zahlen mit der heutigen Finanzlage unserer Gemeinde vergleichen, müssen wir uns fragen, wo da der Sparwille unseres Gemeinderates ist. Bis zum Jahre 2007 ist ein stetig steigender Nettoaufwand festzustellen und ebenfalls eine steigende Pro-Kopf-Verschuldung. Im Jahre 2007 beträgt die Verschuldung unserer Gemeinde Fr. 42 Mio., dies ist eine Verdoppelung zu heute!

Auf der anderen Seite ist nicht auszumachen, welche Massnahmen der Gemeinderat einleitet, um die kränkelnde Steuerkraft, welche sich pro Einwohner um Fr. 39.00 reduzierte und so deutlich unter dem kantonalen Durchschnitt liegt zu verbessern. Wir haben ein Pro-Kopf-Steureinkommen von Fr. 1779.00 pro Einwohner. Und einfach die Mehrausgaben durch eine Steuererhöhung zu kompensieren können wir nicht akzeptieren. Diese Zahlen beziehen sich auf die Rechnung 2002.

Wir können nicht verstehen, dass der Finanzplan Ausgabe März nicht in der Juni Sitzung traktandiert wurde. Mit der Ankündigung, dass es einen überarbeiteten Finanzplan gibt, konnte man hoffen, dass der Gemeinderat doch noch eine Sparmöglichkeit gefunden hat. Nein, dem ist nicht so gewesen, der Gemeinderat machte es sich einfach, erhöhte die Steuern und schreibt in der zweiten Fassung vom August 2003 ganz locker: „*Das Investitionsprogramm wird unverändert übernommen.*“ Also keine Spur vom immer wieder hoch und heilig versprochenen Sparwillen. Das kann und darf nicht sein.

Lieber Gemeinderat, wir von der FDP-Fraktion heben den Mahnfinger und bitten Sie, nur das Geld auszugeben, welches vorhanden ist und endlich auch die Steuerkraft pro Einwohner mit geeigneten Mitteln zu erhöhen.

Diesen Finanzplan nehmen wir als provisorisch zur Kenntnis und erwarten eine aktuelle Version im Mai 2004.

Bertschi Bruno, SVP: Wir können dem Votum der FDP wortwörtlich zustimmen. Wir werden bei der Behandlung des Budgets bestimmt teilweise ins Detail gehen.

Perroud Arsène, SP: Die Fraktionsgemeinschaft EVP, SP und EL & Grüne nimmt den Finanzplan dankend zur Kenntnis. Angesichts der anstehenden Budgetdiskussionen, Grüngutgebühren und Steuerfusserhöhung möchten wir keine weiteren Worte dazu verlieren. Der Finanzplan ist von den kommenden Entscheiden abhängig und kann je nach Entscheid zur Makulatur verkommen. Dies hoffen wir jedoch nicht.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Die Investitionen schlagen sich nieder und diese hat nicht nur der Gemeinderat alleine beschlossen, da war auch der Einwohnerrat beteiligt.

Natürlich kann bei wünschbaren Bauvorhaben (Farn, Badi, Kunsteisbahn) gespart oder sogar darauf verzichtet werden. So können schnell Fr. 8 Mio. gespart werden. Es ist immer die Frage, wohin man will und was gemacht werden muss. Dies ist entscheidend. Sie müssten nun ganz genau sagen, wenn Sie etwas stört. Sie können Ihre Gedanken deponieren.

Detailberatung:

Jauslin Matthias, FDP: Ich möchte Ihnen eine Antwort auf die Aussage des Gemeindeammanns betr. Inputs geben. Als wir den letzten Finanzplan behandelten, hat unsere Fraktion dem Gemeinderat einige Vorschläge unterbreitet. Leider wurden im vorliegenden Finanzplan keine dieser Ideen verwirklicht. Wenn dies als Unterstützung durch den Gemeinderat zu werten ist, kommen wir nicht weiter.

Keine weiteren Wortmeldungen

Kuhn Urs, Einwohnerratspräsident: Ich stelle zu Handen des Protokolls fest, dass der Einwohnerrat vom Finanzplan Kenntnis genommen hat. Ich danke dem Gemeinderat, der Finanzverwaltung, allen beteiligten Verwaltungsstellen und der Finanzkommission für die getätigte Arbeit.

Änderung des Abfallreglementes (Gebühreneinführung für Grüngut und Recycling) (10068)

Zulauf Ruedi, Sprecher der GPK: Die GPK hat die Vorlage an ihrer Sitzung vom 9. Oktober 2003 diskutiert.

Ausgangslage

Drei wesentliche Faktoren führten zu der aktuellen Vorlage:

- Kündigung des Vertrages mit dem Abnehmer des Wohler Grüngutes. Die betreffende Firma mit Sitz im Kanton Zürich sieht sich mit einer verschärften kantonalen Gesetzgebung konfrontiert, welche Investitionen nötig macht. Auch machte die Vergrösserung der Anlage vermehrten Immissionsschutz nötig. Die Kosten werden von den aktuellen rund Fr. 36.40 /Tonne nicht mehr gedeckt. Für die nächsten beiden Jahre muss mit rund Fr. 85.00/Tonne gerechnet werden, mit wahrscheinlich weiterhin steigender Tendenz. Die branchenüblichen Preise bewegen sich gemäss Auskunft des Gemeinderates in der Höhe von Fr. 120.00 bis Fr. 150.00/Tonne.
- Das Bundesgesetz über den Umweltschutz schreibt für die Abfallentsorgung das Verursacherprinzip vor. Diesem Grundsatz lebt die Gemeinde nur unvollständig nach. Aus dieser Sicht besteht Handlungsbedarf.
- Die finanzielle Situation der Gemeinde erlaubt es nicht mehr, jährlich mehrere Fr. 100'000.00 an Steuergeldern für Grüngutentsorgung und Recycling auszugeben. Die genauen Zahlen stehen in der Vorlage.

Grüngut

- Die Entsorgung des Grüngutes soll künftig über eine Jahresvignette finanziert werden. Der Preis der Vignette richtet sich nach der Grösse des Containers; ein solcher ist von allen Haushalten anzuschaffen, welche ihr Grüngut entsorgen lassen wollen. Die Kübelwirtschaft wäre dann beendet. Es sind vier Containergrössen vorgesehen.
- Weiterhin besteht die Möglichkeit, Bündel bereitzustellen, zu einem Preis von Fr. 5.00/Stück.
- Es sind flankierende Massnahmen geplant, namentlich erwähnt werden der Ausbau des Häckseldienstes und eine Kompostberatung.

Wesentliche Diskussionspunkte

- Wird die Grünabfuhr-Gebühr nicht dazu führen, dass Bäume gefällt werden und dass die Gärten verarmen? Die Erfahrungen anderer Gemeinden zeigen, dass solche Befürchtungen unbegründet sind. Die Frage, ob in Spitzenzeiten auch eine Extra-Grüngutabfuhr möglich wäre, auch mit vignettenfreien Gebinden, verneinte der Gemeinderat.
- Weshalb keine Gebühren nach Gewicht? Damit würde das Verursacherprinzip am besten umgesetzt und die Lastwagen sind dafür ausgerüstet. Der Gemeinderat macht geltend, dass damit ein höherer Aufwand verbunden wäre, insbesondere für Rechnungsstellung und Chipkosten. Die Mehrkosten einer gewichtsabhängigen Abfuhr gegenüber der Jahresvignette werden mit rund Fr. 40'000.00 veranschlagt. Die Zahl beruht auf einer Hochrechnung von Gebührenmodellen, die 1995 auf der Bauverwaltung evaluiert worden sind. Ausserdem wäre bei der gewichtsabhängigen Abfuhr wieder Nachbars Laub, welches zu Ungerechtigkeiten führen würde. Unbestreitbar ist die Jahresvignette eine gut praktikable, für die Verwaltung wenig aufwändige Lösung.
- Weshalb keine Einzelvignetten? Haupteinwand dagegen ist, dass die Tendenz gefördert würde, mit der Leerung möglichst lange zu warten, damit möglichst wenige Vignetten gebraucht werden. Dabei würde die Qualität des Grüngutes leiden und es wäre vermehrt mit

Geruchsimmissionen zu rechnen. Schlechtes Grüngut ist schwieriger zu kompostieren und würde vom Abnehmer möglicherweise nicht angenommen. Die Mehrkosten gegenüber der Jahresvignette wären hingegen gering (ca. Fr. 9'000.00).

- Welche Containergrößen werden künftig vorwiegend verwendet werden? Der Gemeinderat ist hier auf eine Schätzung angewiesen; Voraussagen sind schwierig. Das Angebot einer kleineren Grösse von 60 l kommt für den Gemeinderat nicht in Frage, wobei eine Begründung dafür weitgehend ausblieb.
- Ist die Grüngutgebühr nicht eine versteckte Steuererhöhung? Müsste nicht der Steuerfuss gesenkt werden? Der Gemeinderat bestritt nicht, dass es sich durchaus um eine indirekte Steuer handelt, weist aber auf die finanzielle Situation der Gemeinde hin, welche eine Reduktion des Steuerfusses nicht zulasse.

Recyclinggebühren

- Die ungedeckten Kosten des Recyclings sollen über eine Erhöhung der Sackgebühr und der Sperrgutmarken finanziert werden. Durch die Tendenz zu vorgezogenen Recyclinggebühren und deren Ausschüttung an die Gemeinden, sinken die Kosten in diesem Bereich tendenziell. Für die Benützung der Entsorgungsstelle entstehen für die Einwohner von Wohlen keine zusätzlichen Kosten (ausser für Sperrmüll).

Wesentliche Diskussionspunkte

- Wäre eine Haushaltsgebühr nicht gerechter? Der Gemeinderat weist auf einen unverhältnismässigen Verwaltungsaufwand hin, würde doch die Gebühr auf lediglich ca. Fr. 30.00/Haushalt zu stehen kommen. Ausserdem möchte der Gemeinderat ein System mit lediglich 2 Gebühren schaffen, dies sei transparenter. Ausserdem werden bei konsequenter Abfalltrennung weniger Säcke gebraucht. Das unterstützt das Ziel des Recyclings.
- Wäre es nicht einfacher, sämtliche Kosten, also auch diejenigen für die Grünabfuhr, auf die Kehrichtsackgebühr zu schlagen? Durch eine solche Massnahme würden die Säcke im Vergleich mit den umliegenden Gemeinden viel teurer, was zu vermehrtem Güseltourismus führen würde. Ausserdem würden dann die Leute, die gar keinen oder wenig Grünabfall produzieren, übermässig belastet.

Innerhalb der GPK wurde der Vorschlag diskutiert, einen Freibetrag zu definieren, der in geeigneter Form zur Abgeltung des Gemeinnutzens der Gärten eingesetzt würde und aus Steuergeldern zu finanzieren wäre. Nur der Rest der Kosten wäre über die Grüngutgebühr zu finanzieren. Es wurde auch angeregt, erst über die Grüngutgebühr zu diskutieren, wenn ein Bericht und Antrag zur Kompogas-Anlage vorliegt. Beide Vorschläge fanden innerhalb der Kommission keine Mehrheit und führten daher nicht zu entsprechenden Anträgen. Hingegen sind sie für ein Mitglied wesentliche Gründe, die Vorlage abzulehnen. Ein zweites Mitglied der GPK lehnt die Vorlage ab, weil die indirekte Steuererhöhung, die auf diese Weise erfolge, nicht annehmbar sei.

Die Mehrheit der GPK sieht in der Vorlage nach ausgiebiger Diskussion einen gangbaren Weg, die Kosten im Grüngutabfall und Recycling nach dem Verursacherprinzip zu finanzieren und empfiehlt Ihnen die Vorlage mit 5:2 Stimmen zur Annahme.

Müller Christian, Gemeinderat: Das Wesentliche wurde bereits durch den GPK-Sprecher gesagt. Einige wichtige Punkte möchte ich trotzdem nochmals erwähnen.

Wir sind „weit um“ die letzte Gemeinde, welche die Kosten für die Grüngutentsorgung über die Steuern laufen lässt. In den letzten 5 Jahren konnten wir unser Grüngut günstig entsorgen, dank einem sehr guten Vertrag. Dies wird sich nun durch die Erneuerung des Vertrages ändern (ca. Fr. 120.00 – 150.00 pro Tonnage). Dagegen können wir uns nicht wehren.

Recycling

Zur Zeit kostet uns dies Fr. 190'000.00, Tendenz sinkend. Dieses Jahr fliesst das erste Mal durch die Glassammlung Geld in unsere Rechnung. Dies war mit ein Grund für den Gemeinderat eine Lösung zu finden, welche möglichst einfach ist. Was gehört zum Recycling? Alle wiederverwertbaren Abfallstoffe inkl. Papiersammlung und die Betreuung des Bauamtes.

Die Kommission für Natur und Umwelt hat sich intensiv mit dem Gebührenmodell befasst. Vielen Dank der Bauverwaltung, Werner Mäder und Simone von Felten. Sie versuchten eine Lösung zu finden, welche in unseren Augen gut durchführbar ist. Kein System ist perfekt und jedes hat seine Vor- und Nachteile.

Wir wollen neben den Vignetten keine zusätzliche Gebühr, sondern die restlichen Kosten auf die Kehrichtsackgebühr abwälzen.

Vorteile

- Im Vollzug ist die Vignette sehr einfach. Sie muss einmal pro Jahr gekauft werden und gilt dann für das ganze Jahr.
- Diskussionen betr. Laub vom Nachbar erübrigen sich.
- Der Verursacher bestimmt selber, welche Grösse des Containers er benutzt.
- Es gibt auch die Möglichkeit des Kompostierens.
- Der administrative Aufwand ist bei dieser Lösung am bescheidensten.

Flankierende Massnahmen

- Der Häckseldienst muss ausgebaut werden, da die Nachfrage voraussichtlich während des ganzen Jahres vorhanden sein wird. Das Häckselgut kann in Containern entsorgt oder im eigenen Garten gebraucht werden.
- Die Beratung im Bereich Kompost muss gefördert werden. Wir haben in Wohlen Kompostberater, welche ihre Arbeit sehr gut machen. Im Vergleich zu anderen Gemeinden wird dieses Angebot in Wohlen jedoch nicht so stark genutzt.

Bächer Andy, CVP-CSP: Unsere Fraktion stellt zu dieser Vorlage einen Rückweisungsantrag. Wir sind nicht gegen eine verursachergerechte Entsorgung. Mit dem vorliegenden Modell sind wir jedoch nicht einverstanden.

- Der Anreiz zum selber kompostieren wird durch die Containerpflicht nicht mehr gross vorhanden sein.
- Die Personen, welche bis anhin die kleinen Kübel benutzten, werden nicht einen Container verwenden.
- Die Wahrscheinlichkeit, dass sich die Qualität des Grüngutes verschlechtert, ist gross.
- Die Menge des Grüngutes wird zunehmen.
- Die Kosten für die Entsorgung werden ansteigen. Dies sagt auch der Gemeinderat in den Schlussbemerkungen des Bericht und Antrages.

Wir sind der Ansicht, dass wir zweispurig fahren sollen: Mit einer Haushaltsgebühr und mit einem Container, der gewichtsbezogen abgerechnet wird. In der Grundgebühr ist das wöchentliche Entleeren eines Gebindes von einer Maximalgrösse von 20 l enthalten. Einfamilienhausbesitzer werden zum Kauf eines Containers verpflichtet. Die Container werden nach Gewicht abgerechnet, analog des Kehrichtes im Gewerbe. Der Chip, welcher am Container montiert wird, ist eine einmalige Anschaffung. Das Wägesystem an den Fahrzeugen ist bereits vorhanden.

Wir sind der Meinung, dass so die Eigenkompostierung gefördert werden kann. So kann die Menge reduziert werden. Es ist richtig, dass alle einen finanziellen Beitrag leisten sollen. Alle

freuen sich über ein schönes Ortsbild mit viel Grünfläche. Mit der Grundgebühr sollen die Entsorgungskosten der öffentlichen Plätze/Wege gedeckt werden und müssen so nicht mehr über die Steuergelder finanziert werden.

Dies alles kann mit dem vorliegenden Bericht und Antrag nicht erreicht werden.

Wir stellen folgenden Antrag:

Der Gemeinderat wird beauftragt, einen Bericht und Antrag über die Grüngutentsorgung zu erstellen.

Die Grüngutentsorgung sei über eine Haushaltgebühr und über Container, die gewichtsbezogen abgerechnet werden (analog Kehricht Gewerbe), zu finanzieren.

Diskussion zu Rückweisungsantrag

Werner Dörig, FDP: Gestern waren Wahlen und wir haben alle noch im Kopf, was die sogenannten bürgerlichen Parteien dem Wähler versprochen haben: Der Freisinn Steuerentlastungen, die CVP Senkung von Steuern und Gebühren und für die SVP ist dies ohnehin Programm. Geglaubt wurde leider nur der SVP.

Zum Rückweisungsantrag:

Ich hätte nie gedacht, dass ich in die Lage kommen werde, gegen einen Rückweisungsantrag Stellung nehmen zu müssen. Aber wir haben nun dieses Geschäft auf dem Tisch. Der Vorschlag des Gemeinderates ist ehrlich, da er sagt, dass er sich nicht hinter dem Umweltschutz versteckt und dass er weiteres Geld benötigt. Der vorliegende Vorschlag ist der einfachste Weg, eine Grüngutgebühr zu vollziehen. Die CVP will eine Umverteilung, ein komplizierteres Verfahren und sie beruft sich, wie viele andere, auf das Verursacherprinzip. Ich warne davor, auf diese Übung einzugehen. Das Resultat wird nicht befriedigend sein.

Ich beziehe mich nochmals auf die gestrigen Wahlen: Die Bürgerlichen haben eine Steuersenkung beschlossen und da die Parteien nie lügen, bin ich sicher, dass mein Antrag eine grosse Mehrheit findet. Ich stelle einen Nichteintretensantrag!

Bertschi Bruno, SVP: Ist dies ein Nichteintretenseintrag auf den Rückweisungsantrag oder auf den gemeinderätlichen Bericht und Antrag?

Dörig Werner, FDP: Auf den gemeinderätlichen Antrag.

Keusch Marianne, SP: Es hat sich eine Kommission mit der Grüngutgebühr befasst und hat den bestmöglichen Weg gesucht. Sie hat sich Gedanken darüber gemacht und verschiedene Formen geprüft und ist zum Schluss gekommen, dass die vorliegende Lösung der bestmögliche Weg ist. Auch in unserer Fraktion wurde über eine Haushaltgebühr gesprochen. Ich kann dem Bericht und Antrag zustimmen. Auch wir werden noch einige kleine Änderungen beantragen.

Müller Christian, Gemeinderat: Ich bitte Sie, auf dieses Geschäft einzutreten. Wir wollen dieses Geschäft heute behandeln! Es wurde lange und intensiv an dieser Vorlage gearbeitet.

Zulauf Ruedi, SP: Warum will die FDP diesen Bericht und Antrag zurückweisen? Eine Begründung habe ich bis jetzt nicht gehört. Sämtliche Gebühren und Steuern abzuweisen, ist für mich etwas zu fundamentalistisch.

Gfeller Koni, FDP: Zum Votum von Andi Bächer: Es ist nicht überall möglich, dass kompostiert werden kann. Es ist mir nicht klar, warum mehr Grüngut anfallen soll. Wir konnten bis anhin alles

abgeben. Der Anfall des Grüngutes wird der selbe bleiben. Ich sehe nicht ein, warum etwas eingeführt werden soll, dass schlussendlich viel kostet und nicht viel mehr bringt.

Jauslin Matthias, FDP: Werner Dörig hat als Privatmann einen Nichteintretensantrag gestellt. Wir diskutieren nun, ob wir auf dieses Geschäft eintreten wollen oder nicht. Wenn dieser nicht angenommen werden wird, wird wieder über den Antrag der CVP diskutiert.

Bächer Andy, CVP-CSP: Wir haben einen Ordnungsantrag gestellt und über diesen muss zuerst diskutiert werden.

Kuhn Urs, Einwohnerratspräsident: Der Antrag von Werner Dörig ist ebenfalls ein Ordnungsantrag.

Weber Edith, CVP-CSP: Der vorliegende Antrag ist von unserer Fraktion nicht einstimmig zustande gekommen. Ich stehe immer noch voll und ganz hinter dem Bericht und Antrag des Gemeinderates. Es gibt viele Gemeinden im Kanton, die dieses System haben. Das hat sich bewährt. Warum muss in Wohlen immer über alles nochmals diskutiert werden? Wir wissen alle, dass die Grüngutentsorgung verursachergemäss verrechnet werden muss, ob nach Gewicht oder mit Vignetten. Gemäss Auskunft eines Fachmannes ergibt die Lösung nach Gewicht Mehrkosten von ca. 20 %. Also ist die Vignetten-Lösung kostengünstiger.

Muff Sepp, SP: Ich bitte Sie, zuerst darüber abzustimmen, ob wir auf dieses Geschäft eintreten wollen oder nicht. Danach stimmen wir über den Antrag der CVP ab.

Tanner Peter, SVP: Wir stellen fest, dass sich das bisherige System bewährt hat. Ich sehe nicht ein, dass nun etwas geändert werden muss. Ich unterstütze den Antrag von Werner Dörig.

Chaksad David, SP: Auf welchen Passus des Geschäftsreglements des Einwohnerrates bezieht sich der Antrag von Werner Dörig? Ich bin der Meinung, dass dies nicht möglich ist, denn es ist kein Ordnungsantrag gemäss § 26.

Kuhn Urs, Einwohnerratspräsident: Die Paragraphen sind leider nicht abschliessend formuliert. Daher ist dieser Antrag für mich ein Ordnungsantrag.

Abstimmung

Der Ordnungsantrag von Werner Dörig

Nichteintreten auf den Bericht und Antrag 10068

wird mit grosser Mehrheit abgelehnt.

Müller Christian, Gemeinderat: Ich bitte Sie, den Antrag von Andy Bächer abzulehnen. Es hat eine Kommission an diesem Modell gearbeitet. Kein Modell ist perfekt!

Das vorliegende System ist in der Umsetzung sehr einfach. Ich gebe ihm jedoch in einem Punkt recht; es ist nicht das verursachergerechteste, was bei einer gewichtsabhängigen Gebühr vielleicht eher der Fall sein würde. Diskussionen bei der Abstimmung im Jahr 1996 haben jedoch gezeigt, dass dieses Modell nicht gewünscht wird, da so z.B. auch für die Abfuhr von Nachbars Laub gezahlt werden müsste.

Die Kosten für eine gewichtsabhängige Grüngutgebühr sind einfach höher. Wir haben bereits unsere Erfahrungen mit dem vorgeschlagenen Modell gemacht (Gewerbe) und es läuft sehr gut. Man darf den Aufwand für die Verwaltung nicht unterschätzen (beispielsweise die Zahlungsmoral). Dies waren unter anderem die Gründe, welche die Kommission bewogen haben, das vorliegende Modell zu wählen.

Huwiler Paul, CVP-CSP: Ich möchte mich zum Inkasso dieser Haushaltsgebühr äussern. So schwierig dürfte das nicht sein. Die lbw macht dies mit den Strom/Wasser-Rechnungen genauso. Dort könnte die Haushaltgebühr beigefügt werden. Dies wird in anderen Gemeinden auch so gemacht.

Bächer Andy, CVP-CSP: Die Gemeinde Wohlen hat sehr viele Rasenplätze, Bäume, Wege. Wer zahlt das Grüngut der öffentlichen Plätze? Wer zahlt das Laub auf den Strassen? Wird dies über die Steuern abgerechnet oder wird es von den Personen mit Containern bezahlt? Ich habe mich heute informiert. Es handelt sich um einige Tonnen, welche jeweils entsorgt werden.

Mäder Werner, Bauverwalter: Es handelt sich hier um Strassenwischgut und wird dem entsprechenden Konto belastet, also über die Steuergelder. So ist es auch bei einem Park oder Platz.

Becker Doris, Freis Wohle: Ich bin gegen diesen Rückweisungsantrag, da es kein absolut gerechtes Gebühren-Modell gibt. Man kann nur zwischen einer mehr oder weniger gerechten Lösung wählen. Ich kann dem vorliegenden Modell zustimmen. Es schlägt aus meiner Sicht eine praktikable, vernünftige Lösung vor und wird dem Verursacherprinzip einigermaßen gerecht. Mir ist wichtig, dass sich das vorliegende Modell einfach, ohne grossen Aufwand, umsetzen lässt. Für mich stellt es einen gangbaren Weg dar.

Furter Fabian, SP: Ich bitte Sie, nicht auf den Rückweisungsantrag einzutreten. Die Stadt Baden hat mit dem vorliegenden Modell sehr gute Erfahrungen gemacht. Warum müssen wir darüber diskutieren? Wenn man die Notwendigkeit einer Grüngutgebühr abstreitet, verkennt man meiner Meinung nach die Situation.

Meier Maya, Freis Wohle: Ich unterstütze den Antrag nicht, bin jedoch auch gegen den vorliegenden Bericht und Antrag. Wir werden nie ein System finden, das allen gerecht wird. Die Umweltschuttkommission hat einen Vorschlag erarbeitet. Ich bin der Meinung, dass wir nun darüber abstimmen sollen. Ich werde später darauf zurückkommen, denn ich werde einen Antrag stellen, dass diese Vorlage auch dem Volk unterbreitet wird.

Fischer Fredy, SVP: Wir sind gegen eine Rückweisung dieses Antrages.

Müller Christian, Gemeinderat: Sämtliche Parkanlagen laufen nicht über das Konto Grüngut, sondern über Parkanlagen, Friedhof, etc.

Bächer Andy, CVP-CSP: Ich möchte festhalten, dass ich nur eine Frage gestellt habe.

Abstimmung

Der Rückweisungsantrag der CVP-CSP, J-CVP

Der Gemeinderat wird beauftragt, einen Bericht und Antrag über die Grüngutentsorgung zu erstellen. Die Grüngutentsorgung sei über eine Haushaltgrundgebühr und über Container, die gewichtsbezogen abgerechnet werden (analog Kehricht Gewerbe) zu finanzieren.

wird mit grossem Mehr zu 8 Nein-Stimmen abgelehnt.

Fischer Fredy, SVP: Die Kommission für Natur und Umwelt hat bekanntlich schon seit Jahren über das Thema „Einführung einer Grüngutgebühr“ gebrütet, ohne jedoch Resultate vorzulegen. Der Gemeinderat äusserte sich vor einiger Zeit in diesem Saal, dass er Vorschläge zu diesem Thema aus dem Einwohnerrat erwarte. Die SVP-Fraktion hat nach langer und eingehender Beratung eine Motion eingereicht, die eine verursachergerechte und kostenneutrale Grüngutgebühr verlangte. Sie forderte eine Reduktion der Gemeindesteuern im Rahmen der Grüngutgebühr, also in etwa 3 %.

Für die SVP ist es klar, dass neue Gebühren und damit eine weitere Erhöhung der Staatsquote nicht in Frage kommen kann. Man kann nicht permanent dem Bürger mehr Geld aus der Tasche ziehen, welches er besser in den Konsum investieren würde.

Unsere Motion wurde vom Gemeinderat nicht entgegengenommen und vom Einwohnerrat auch nicht überwiesen.

Es scheint, dass die jahrelange Ratlosigkeit der Natur- und Umweltschutzkommission und des Gemeinderates nun ein Ende gefunden hat, da wir heute den Bericht und Antrag zur Einführung einer Grüngut-Abfuhrgebühr zu beraten haben.

Die vom Gemeinderat vorgeschlagene Lösung ist zwar nur teilweise verursachergerecht, ist aber zugegebenermassen diejenige Lösung, welche am wenigsten administrative Umtriebe verursacht. Viel lieber hätten wir eine Grüngutentsorgung auf Gewichtsbasis gesehen.

Die SVP-Fraktion stimmt dem gemeinderätlichen Antrag, die Sackgebühr des Hauskehrichts und die Sperrgutgebühr zu erhöhen und zusätzlich eine Jahresvignette für Grüngut einzuführen mehrheitlich zu. Wir stimmen der neuen Gebühr aber nur zu, wenn parallel dazu eine Reduktion des Steuerfusses im Ausmass der Grüngutabfuhrgebühr (zurzeit ca. 3 %) erfolgt. Daher stellen wir folgenden Zusatzantrag:

Die einzuführende Grüngutgebühr ist in ihrem vollen Umfang durch die Reduktion des Steuerfusses zu kompensieren.

Keusch Marianne, EL & Grüne: Ich vertrete die Meinung der EVP, SP, EL&Grüne. Wir sind grundsätzlich für die Änderung des Abfallreglementes und für die Einführung einer Gebühr zur Grüngutabfuhr. Nach Aussage von Ruedi Estermann, Beratungsbüro Composto Suhr, setzt sich dieses Modell am besten durch. Vom administrativen Aufwand her gesehen ist es rund 20 % günstiger als z.B. eine Gebührenerhebung nach Gewicht. Die Gebührenerhebung nach Gewicht hätte in Wohlen nur Sinn, wenn auch der Hauskehricht nach dem selben Prinzip eingesammelt werden würde.

Zum Gebührenmodell haben wir zwei Zusatzanträge. Der erste betrifft die Jahresvignette. Es fehlt ein Angebot für einen kleineren Container. Ein solches Angebot hätte auch eine rein psychologische Wirkung, da der Preis günstig ist. Personen mit wenig Grünabfall könnte man so entgegen kommen. Indem man im 120 l Container einen Blindboden einbauen würde, wäre dies auch technisch machbar. Der zweite Antrag betrifft die Grünabfuhr im Herbst. Wir beantragen, dass in den Herbstmonaten zwei bis drei Gratisgrünabfuhr angeboten werden, um die Situation für die Gartenbesitzer zu entschärfen.

Einige Bemerkungen zu den flankierende Massnahmen auf Seite 2: Es ist eine wichtige Aufgabe der öffentlichen Hand, einen Beitrag zu leisten zu einer gesunden und umweltfreundlichen Abfallbewirtschaftung. Es müssen möglichst viele Anreize geschaffen werden, mit dem Ziel, den Abtransport des Grüngutes zu vermindern. Die Kommission hat sich lange und intensiv mit der Grüngutabfuhr beschäftigt. Trotzdem fehlen greifbare flankierende Massnahmen. Die Fachstelle

für Natur und Umwelt muss aktiv Hilfe anbieten. Ein Gratihäckeldienst und das Angebot einer Kompostberatung ist unserer Meinung nach zu wenig. Die Gemeinde muss aktiver vorgehen und die Kompostierung in Einzelhaushalten und Siedlungen fördern, sowie den Kompostierenden beratend zur Seite stehen. Einige Gemeinden haben z. B. Quartierkompostieranlagen eingerichtet oder wenigstens das Land dazu zur Verfügung gestellt. Es gibt sicher auch in Wohlen Personen, welche sich für eine dezentrale Kompostierungsanlage einsetzen und mitarbeiten würden. Die Stadt St. Gallen verzichtet ganz bewusst auf eine Abfuhr des Grüngutes. Dort läuft alles über eine dezentrale Kompostierungsanlage. Soweit müssen wir meiner Meinung nach nicht gehen. Hat der Gemeinderat bezüglich flankierenden Massnahmen noch andere Ideen?

Meier Maya, Freis Wohlen: Ich bin gegen diesen Bericht und Antrag, vor allem gegen die Handhabung des Grüngutes. Der Erhöhung der Kehrichtsackgebühr kann ich zustimmen. Was ich nicht unterstützen kann, ist die Grüngutgebühr. Meiner Meinung nach würde man am besten den jetzigen Zustand belassen. Ich bin mir bewusst, dass dies auf eine Steuererhöhung hinauslaufen könnte. So wie die Abfallentsorgung zur Zeit gehandhabt wird, ist meiner Meinung nach die gerechteste und einfachste Lösung. Dass das Grüngut nach dem Verursacherprinzip entsorgt werden soll, macht mir Mühe. Schliesslich trägt jede Person, welche einen Garten und Bäume pflegt zu einem schönen Ortsbild bei. Zudem macht er etwas für die Umwelt und die Tierwelt. Ich bin sicher, dass ich die Meinung vieler Einwohner/innen vertrete, wurde doch die letzte Abstimmung über eine Grüngutgebühr mit 80 zu 20 % abgelehnt. Ich stelle daher den Antrag, die Änderung des Abfallreglementes dem Volk zur Abstimmung zu unterbreiten, sofern die Vorlage vom Einwohnerrat angenommen wird. Der Gemeinderat hat erwähnt, dass das Gesetz eine Grüngutgebühr vorschreibt. Es gibt jedoch noch mehrere Gemeinden, welche noch keine Grüngutgebühr eingeführt haben. Es gibt sogar Gemeinden, welche noch nicht einmal eine Kehrichtgebühr haben. Von Gesetzes wegen sind wir sicher noch nicht unter Zugzwang.

Der Entscheid des Einwohnerrates ist dem fakultativen Referendum unterstellt. Ich erachte es als fairer, den Bericht und Antrag von vornherein dem Volk zu unterbreiten, da die Bevölkerung von dieser Änderung sehr stark betroffen ist. Im Jahr 1996 hat der Einwohnerrat die Vorlage betr. Grüngut mit 27 zu 11 Stimmen angenommen. Auf Antrag der GPK wurde dann dieses Geschäft auch dem Volk unterbreitet. Der Einwohnerrat wollte offenbar nicht über die Köpfe des Volkes hinweg entscheiden. Es kann sein, dass das Volk jetzt eine andere Meinung hat. Lassen wir die Einwohner/Innen mitentscheiden. Ich bitte Sie daher, meinem Antrag zuzustimmen und dem Volk die Chance zu geben, bei diesem heissen Eisen mitzureden.

Hartmann Karl, FDP: Die Grüngutgebühr hat in Wohlen eine lange Geschichte hinter sich und eines ist klar, die Einführung ohne gleichzeitige Steuerreduktion kann von unserer Fraktion und auch von der Wohler Bevölkerung nicht akzeptiert werden.

Steuererhöhungen oder zusätzliche Gebühren werden es in wirtschaftlich schwierigen Zeiten immer schwer haben, zumal die Einführung der vorgeschlagenen Gebühr niemals für alle gerecht sein wird.

Die Fraktion FDP wird deshalb den Bericht und Antrag des Gemeinderates grossmehrheitlich ablehnen.

Fricker Matthias, J-CVP: Auch wir sehen die Notwendigkeit dieser Grüngutgebühr ein. Nachdem unser Rückweisungsantrag abgelehnt wurde, werde ich dieser Vorlage zustimmen. Ich bin erstaunt, dass die SVP unserem Rückweisungsantrag nicht zugestimmt hat.

Wir haben von der SVP und der FDP gehört, dass für sie die Einführung einer Grüngutgebühr nur in Frage kommt, wenn gleichzeitig die Steuern gesenkt werden. Wenn wir die anstehenden Investitionen betrachten, ist dies nicht möglich. Diesen Investitionen haben auch die beiden er-

wählten Parteien zugestimmt. Falls der Antrag der SVP angenommen wird, erwarte ich von ihnen Vorschläge zu Einsparungen beim Budget 2004.

Das Verursacherprinzip ist gesetzlich vorgeschrieben. Ich verstehe nicht, dass man sich nicht daran hält. Wir wurden vom Volk gewählt, daher werde ich dem Antrag von Maya Meier, die Vorlage dem Volk zu unterbreiten, nicht zustimmen. Dem Volk steht es immer noch offen, das Referendum zu ergreifen.

Müller Christian, Gemeinderat:

Kleinere Containergrößen

Container mit Blindboden sind sehr schwierig im Handling. Dies zeigen Erfahrungen der Abfuhrunternehmen. Kleinere Container sind teilweise konisch und können so schlecht geleert werden. Auch zeigt die Erfahrung, dass 120 l Container den Bedarf eines Hausbesitzers erfüllen, dies wurde auch von Simone von Felten abgeklärt. Aus diesen Gründen waren wir für die vorgeschlagenen Größen. Bei Mehrfamilienhäusern ist eine Containerpflicht gesetzlich vorgeschrieben.

Gratisentsorgung im Herbst

Wir sind bereit, diesen Antrag entgegen zu nehmen. Es ist ein sinnvoller Vorschlag. Ob diese Gratisabfuhr nun ein oder zweimal durchgeführt wird, müssen wir noch abklären. Natürlich werden die Gratisentsorgungen auf die Grüngutgebühren abgewälzt.

Flankierende Massnahmen

Vor allem bei grösseren Bauvorhaben, Mehrfamilienhäuser, Überbauungen, wird schon jetzt versucht, eine Lösung für eine gemeinsame Kompostanlage zu finden. Die Kompostberatung wollen wir ausbauen. Wir sind natürlich froh um Anregungen und Ideen, denn wir wissen, dass wir die flankierenden Massnahmen ausbauen müssen.

Tanner Peter, SVP: Meine persönliche Meinung zum vorliegenden Bericht und Antrag:

Zum Auffrischen zwei Geschehnisse:

1. Ich habe für diese Vorlage ein gewisses Verständnis. Die Entsorgungskosten sind angestiegen, wobei dies auch am überbordenden Hang zum Perfektionismus liegt. Diese Kostspieligkeit sollte nicht unterstützt werden. Für mich ist es ein augenfälliges Paradox, bei Naturabfällen so ein Aufwand zu betreiben. Dort wo es wirklich darauf ankam, drückten die Experten mehr als nur zwei Augen zu. Ich spreche von der Gifthalde Kolliken, welche uns, das Aargauer Volk, wohl bis zum Schluss ca. 1 Milliarde Franken kostet. Dazu kann man nur sagen: Irrtum von den behördlichen Experten. Deshalb nimmt man es nun bei den Naturabfällen umso genauer, es trifft ja nur die schweigende Mehrheit und nicht die Chemiemultis.
2. Es ist noch gar nicht lange her, da sagte der Wohler Souverän NEIN zur Einführung einer Grüngutgebühr. Das war und ist eine klare Aussage und die ist und bleibt gültig. Die jetzige Vorlage hätte eigentlich gar nicht aufgetischt werden dürfen. Ich will aber an dieser Stelle nicht deutlicher werden. Aus dem damaligen Volksentscheid ziehe ich aber den unzweideutigen Schluss: „Dem Volk steht das Recht zu, erneut das letzte Wort haben zu dürfen!“

Zukunft

1. Es wird behauptet, das Umweltschutzgesetz verlange die Einführung des Verursacherprinzips. Fakt ist aber, dass bei dieser Vorlage dem viel bemühten Verursacherprinzip auch nur zum Teil nachgelebt werden kann, denn sonst darf das Material gar nicht mehr abgeliefert werden. Je länger man es liegen lässt, desto schlechter wird die Qualität und dies wäre der

Fall, würde das Verursacherprinzip wirklich richtig angewendet. Fazit: Das Verursacherprinzip wird je nach dem ausgelegt.

Da also das Verursacherprinzip nicht so zwingend ist, was mir vom Umweltamt in Aarau bestätigt wurde, habe ich an mehreren Orten den Vorschlag gemacht, jeweils bei den jährlichen Grüngutkosten den fixen Betrag von Fr. 200'000.00 aus den Steuereinnahmen zu vergüten. Alles was diesen Betrag übersteigt, wäre durch eine Gebühr abzudecken. Begründung: Das Hegen und Pflegen der Pflanzenwelt stellt der Allgemeinheit eine unverzichtbare Kostbarkeit zur Verfügung. Der genannte Betrag stelle dafür eine Abgeltung und Honorierung dar. Mein Vorschlag zur gütlichen Einigung hat fast nirgends ein offenes Ohr gefunden.

2. Ich habe sehr grosse Mühe mit der Darstellung „Wohlen sei eine Grüngutinsel, sozusagen die einzige Gemeinde in der Schweiz, die noch Steuereinnahmen für das Grüngut ausgibt“. Wohlen ist also die einzige Gemeinde, die das Grüne schätzt und estimiert. Statt dass dieses Positivum im Standortmarketing Platz findet, wird es beklagt. Aber gleichzeitig war man stolz darüber, Fr. 600'000.00 für die Bachanlage im Sportzentrum Niedermatten ausgegeben zu haben, plus Unterhalt und Kapitalkosten. Man war zum Beispiel auch stolz darüber, eine Baumkapelle errichtet zu haben. Gleichzeitig negiert man den Einsatz der eigenen Bevölkerung. Warum ein solch paradoxes Verhalten?

Man hat bis heute viel zu wenig darüber nachgedacht, wie ungeheuer wertvoll das Grüne für unsere Seele und unseren Geist ist. Das Grüne geht weit über die Produktion von Holz und Sauerstoff hinaus. Sogar die sakrosankte Wissenschaft bestätigt dies. *„Grüne Umgebungen unterstützen die Entwicklung von Kindern und festigen die sozialen Bindungen“*. Also, warum negiert man den Einsatz der eigenen Bevölkerung? Man benötigt halt Geld, weil viel zu viel Unnützes oder Unwichtiges angeschafft worden ist.

Alle von uns wissen, die Schweiz hat sozusagen alles. Bewohner, Erwachsene und Junge müssten also superglücklich sein. Stattdessen ist unser Land fatalerweise an der Spitze der Suizidrangliste.

Statt dass wir in Wohlen, einzigartig in der Schweiz, mehr und weiter auf das Nichtmaterielle oder anders ausgedrückt auf das ELEMENTARE setzen und offensiv dafür eintreten, huldigen auch wir den falschen Göttern. Wie vorher schon gesagt, ist das Suizidrisiko nicht wegzuleugnen. Daraus leite ich unter anderem die Notwendigkeit von anderen Werten und Idealen ab. Das Elementare schenkt uns dies. Warum packen wir nicht zu?

Ich bitte Sie, diesem Bericht und Antrag nicht zuzustimmen. Ich werde den Antrag von Maya Meier unterstützen.

Meier René, Gemeinderat: Es scheint unbestritten zu sein, dass der Gemeinderat Ihnen eine gute Vorlage präsentiert hat. Es ist auch unbestritten, dass über einzelne Punkte diskutiert wird. Ich bitte Sie jedoch, diese gute Vorlage nicht zu zerreden. Es gibt viele kleine Ideen und Änderungsvorschläge, welche jedoch ins Detail gehen. Im Grossen und Ganzen habe ich gemerkt, dass Sie für diese Vorlage sind.

Wenn Peter Tanner von der Abstimmung von 1996 spricht, so muss ich ihm erwidern, dass das Bundesgesetz geändert hat. Wir sind verpflichtet, dieses Gesetz zu vollziehen.

Wenn die SVP sagt, dass sie für eine Grüngutgebühr ist, dann muss sie dieser Vorlage zustimmen. Wenn finanzielle Überlegungen gemacht werden wollen, kann man dies bei der folgenden Budgetberatung mit der Steuereffizienzdiskussion tun.

Ich wäre enttäuscht, wenn Sie die Vorlage auch dem Volk unterbreiten wollen. Sie wurden als Volksvertreter gewählt. Nehmen Sie diese Kompetenz wahr! Falls jemand das Referendum ergreifen will, ist dies in unserer Demokratie ein statthaftes Mittel.

Fischer Arthur, CVP-CSP: Bei den Beratungen des Finanzplans und des Budgets wurde in den letzten Jahren immer wieder das Thema Grüngut angesprochen. Die Kosten steigen massiv an. Nun hat der Gemeinderat einen Vorschlag gemacht, wie diese Kosten verursachergerecht verrechnet werden können. Peter Tanner hat in seinem Votum viel gesagt. Was er jedoch vergessen hat ist, wer dies bezahlen soll. Der Steuerfuss kann nicht auf 110 % erhöht werden und darin soll die Grüngutentsorgung eingeschlossen sein. Dies würde die Attraktivität der Gemeinde Wohlen für zukünftige Steuerzahler nicht steigern. Wenn das Grüngut jedoch über eine Gebühr verrechnet würde, wird die Attraktivität von Wohlen nicht beeinflusst. Es fragt doch niemand nach einer Grüngutgebühr, wenn er nach Wohlen kommen will. Der Steuerfuss ist ausschlaggebend.

Die Finanzkommission wehrt sich gegen eine Senkung des Steuerfusses, falls die Grüngutgebühr eingeführt würde.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Von Fredy Fischer wurde die Motion der kostenneutralen Grüngutentsorgung angesprochen. Diese wurde am 17. März mit grossem Mehr abgelehnt. Man hat damals gesagt, warum dies in Kombination mit einer Steuerfussenkung nicht möglich ist. Die Sprecher der SP und CVP nahmen klar Stellung. Auch Werner Dörig hat damals ganz klar gesagt, dass dies bei der finanziellen Lage nicht möglich ist. Daher verstehe ich das Votum von Karl Hartmann nicht.

Als ehemaliger Einwohnerrat sage ich Ihnen: Nehmen Sie Ihre Kompetenzen wahr.

Muff Sepp, SP: Genau diese Situation stösst mir sauer auf. Es wurde hier im Saal schon einige Male darüber diskutiert, wie viel Geld wir in der nächsten Zeit benötigen. Den vorliegenden Nachtrag zum Voranschlag sehe ich als letzte Möglichkeit des Gemeinderates, einige Franken einzusparen. Nun wird auch noch das Jugendfest verschoben, damit einige Franken eingespart werden können. Es kann doch nicht sein, dass in der jetzigen finanziellen Situation eine Steuerfussenkung verlangt wird.

Ich bin nicht glücklich über die Situation. Auf der Vorlage von 1996 steht geschrieben: „*Wer selber kompostiert, zahlt nichts.*“ Wenn ich als Hausbesitzer einen Container besorgen muss, diesen jedoch nur ein- oder zweimal pro Jahr benötige, zahle ich genau den selben Betrag, wie wenn ich den Container jede Woche leeren lasse. Natürlich könnten sich die Hausbesitzer einen gemeinsamen Container anschaffen. Dies würde auch den sozialen Kontakt fördern.

Ich bin erstaunt über die praktisch identische Vorlage wie 1996. Sogar die Preise sind teilweise identisch.

Wenn wir nicht in der Lage sind, freiwillig auf unser Recht zu verzichten, Recht zu haben, sind wir schlecht daran. Wenn man schon im Voraus weiss, dass eine Vorlage umstritten sein könnte, sollte man dem Volk signalisieren, dass sie dazu ja oder nein sagen können. Ich werde dem Antrag zustimmen. Das Volk hat ein Recht, bei dieser umstrittenen Vorlage mitzubestimmen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Tatsache ist, dass noch zwei weitere Festivitäten im 2004 stattfinden werden: Einweihung Niedermatten und Bünzmatt III. Wenn nun auch noch das Jugendfest durchgeführt würde, würde dies zu Terminüberschneidungen führen. Es war also kein Akt der Verzweiflung.

Gfeller Koni, FDP: Ich möchte zwei Sachen klarstellen. Erstens haben wir ein Gesetz, nachdem wir die Einführung einer Grüngutgebühr vollziehen müssen. Zweitens ist es so, dass Kehricht und

Sperrgut bis jetzt vom Kunden bezahlt wurde. Grüngut und Recycling wurden bis anhin durch die Steuern bezahlt. Die Entsorgung war also auch nicht gratis. Wir hier im Saal wollen nur das eine, nämlich dass die Entsorgung des Grüngutes nicht mehr durch die Steuern bezahlt wird, sondern durch die Einführung einer Gebühr. Dies ist nichts neues, es ist auch immer noch gleich teuer. Mit dem Unterschied, dass die Gemeinde auf der Einnahmenseite etwas mehr hat. Wer dies zu Gunsten des Steuerfusses ändern will, hat beim nächsten Traktandum die Gelegenheit dazu.

Die Neuerungen, welche von Marianne Keusch vorgeschlagen wurden, können gemacht werden. Die Ansätze sind gut.

Wir wurden vom Volk gewählt, Abstimmungen dieser Art durchzuführen. Falls das Abstimmungsergebnis nicht dem Willen des Volkes entsprechen sollte, hat es die Gelegenheit, das Referendum zu ergreifen. Ich bitte Sie, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen und die andern fallen zu lassen.

Meier Regula, FDP: Es ist traurig, dass wir als Einwohnerrat nicht in der Lage sind, zu einem Entscheid zu kommen und wir die Verantwortung dem Volk zurückgeben wollen. Ich bin der Meinung, dass dies eine Schwächung unserer Kompetenz wäre. Ich möchte endlich zum Entscheid kommen.

Meier Maya, Freis Wohle: Wir hatten 1981, 1988, 1991 und 1996 Abstimmungen über die Änderung des Abfallreglementes. Alle Vorlagen wurden abgelehnt. Wenn die vorliegende Vorlage sinnvoll ist und der Gemeinderat das Volk von der Notwendigkeit überzeugen kann, besteht sie die Prüfung vor dem Volk. Meiner Meinung nach sollte das Volk das letzte Wort haben.

Dörig Werner, FDP: Ich komme nochmals auf die Wahlarithmetik zu sprechen und es erstaunt mich sehr, wenn wir uns heute nicht wenigstens durchringen können und gegen die Vorlage sind. Wir haben seinerzeit bei der Initiative „Steuerstop“ auf der Strasse Unterschriften gesammelt. So haben wir heute doch eine Mehrheit gegen diese Vorlage gefunden. Aber es wundert mich doch sehr, wenn sich die CVP für diese Vorlage ausspricht. Ich komme nun zu den Einwohnerratswahlen im 2001 und das steht schwarz auf weiss geschrieben: „Finanzen und Steuern: Keine weiteren indirekten Steuern!“ (CVP) Und die SVP schrieb: „SVP wählen: Weil wir keine weiteren Erhöhungen von Steuern und Gebühren akzeptieren“. Weiter zitiere ich aus den SVP-News: „Bedenken wir nur kurz nachstehende Renten-Missgriffe unserer Regierungen auf Bundes- Kantons- und Gemeindeebene, die versteckte Steuererhöhungen durch Grüngutabfuhrgebühr", dieser Akt steht uns noch bevor.

Ich kann dem Wunsch von René Meier nicht entsprechen. Ich zitiere ein Einwohnerrats-Protokoll von 1996. Ich möchte niemanden namentlich erwähnen, obwohl es ist interessant wäre, was ehemalige Einwohnerratsmitglieder gesagt haben. Dies macht man jedoch nicht, denn man wurde älter, man ist nicht mehr im Einwohnerrat, man hat andere Positionen. In der Januarsitzung von 1996 wurde von der GPK gesagt, dass diese Vorlage vom politischen Standpunkt her gesehen sehr kritisch ist, da bereits 3 Volksabstimmungen zu diesem Thema durchgeführt wurden. Aus diesem Grund erachtete es die GPK damals als richtig, dass auch über diese Vorlage an der Urne abgestimmt werden kann. Der Einwohnerrat soll seine Verantwortung wahrnehmen, indem er die Vorlage kritisch prüft und eventuelle Änderungen vornimmt. Die Umsetzung der Vorlage hat indirekte Auswirkungen auf die Bevölkerung sowohl in finanziellen wie auch in rein praktischer Hinsicht. Eine Volksabstimmung ist die erste Möglichkeit, der Bevölkerung das neue Reglement darzulegen. Die GPK hat damals den Zusatzantrag gestellt und er wurde vom Einwohnerrat gutgeheissen.

Vor bald 10 Jahren waren wir in der selben finanziellen Situation. Die Finanzkommission sagte damals zur Rechnung 1993: „Der immer grösser werdende Anteil Kosten, ausgelöst durch das so-

nannte Verursacherprinzip, stellt eine zusätzliche nicht mehr zu vernachlässigende Belastung aller Haushalte dar.“ Zur Rechnung 1994 sagte sie: „Die zusätzliche Belastung des Steuerzahlers darf und mag diese noch so dringend sein, ohne zwingende Gründe nicht weiter erhöht werden“. Und zum Voranschlag 1996 wurde gesagt: „Die wirtschaftliche Erholung hat sich nicht in dem Masse fortgesetzt, wie dies in den vergangenen Jahren möglich erschien. Unter diesen Umständen ist eine fiskalische Mehrbelastung von Privathaushalten aber auch der Wirtschaft möglichst zu vermeiden.“

Wenn wir heute zum Schluss kommen, dass der Einwohnerrat seine Kompetenzen wahrnehmen muss und gesagt wird, dass es traurig ist, wenn die Vorlage auch dem Volk zur Abstimmung unterbreitet, versteckt man sich meiner Meinung hinter etwas.

Walter Dubler zitierte mich als damaligen FDP-Sprecher. Es ist richtig, wir sagten, dass wir zu einem Steuerfuss von 105 % stehen. Es ist jedoch ein Unterschied, wenn gleichzeitig eine Grüngutgebühr im Raume steht. Es wäre daher der falsche Weg, bei Annahme der Grüngutgebühr den Steuerfuss um 3 % zu senken. Der Weg der Grüngutgebühr ist der falsche, denn er ist nicht sozial. Es wäre sozial, wenn man den Steuerfuss bei 105 % belassen würde. Das war die damalige Kernaussage der FDP-Fraktion.

Vor der Volksabstimmung 1996 wurde vom damaligen Chefredaktor der Aargauer Zeitung folgender Satz erwähnt: *„Die Reihe der Steuer-, Gebühren- und Abgabeanpassungen wird länger und länger. Ein Ende der Begehrlichkeiten von Bund, Kanton und Gemeinden ist nicht abzusehen. Alle sind zwar (mit speziellem Blick auf den Kanton) gerechtfertigt und moderat, ihre Summen aber eine gewaltige Belastung auf den Einzelnen und die Wirtschaft.“*

Fricker Matthias, J-CVP: Wir haben sehr viel gehört, was in den letzten Jahren so alles geschehen ist. Damit wurde der Wahlkampf 2005 definitiv eröffnet. Die Verhältnisse haben sich jedoch in den letzten Jahren etwas geändert. Es wurden diverse Kosten auf die Gemeinden abgewälzt. Von welchen Parteien auf kantonaler und nationaler Ebene diese Bestrebungen vorangetrieben wurden, wissen wir alle.

Ich stelle den Antrag auf Beendung der Diskussion.

Dörig Werner, FDP: In letzter Zeit hat sich eingebürgert, dass Ordnungsantrag auf Beendung der Diskussion gestellt wird. Es ist ein wichtiges Traktandum über das wir hier sprechen und es ist nicht gut, wenn man bedrängt wird, sich in der Zeit einzuschränken. Nur ein schwacher Einwohnerrat wird dem Antrag von Matthias Fricker zustimmen.

Abstimmung

Der Ordnungsantrag von Matthias Fricker auf Beendung der Diskussion wird abgelehnt.

Meier René, Gemeinderat: Die Personen wollen aktuelle Fakten und keine Geschichtsvorlesung hören. Ich begreife nicht, dass man bei so einem wichtigen Traktandum aus dem Protokoll von 1996 vorliest. Es herrschten damals andere Verhältnisse.

Der jetzige Einwohnerrat hat bewiesen, dass er einem Geschäft zustimmt und somit die Verantwortung trägt. Ich verstehe nicht, dass man diese Vorlage aufgrund der Wichtigkeit dem Volk vorlegen will.

Jauslin Matthias, FDP: Ich möchte als Fraktionspräsident der FDP den Gemeinderat darauf hinweisen, dass er als beratende Stimme und nicht als zurechtweisende Stimme anwesend ist.

Bächer Andy, CVP-CSP: Wir haben einen Betrag budgetiert von Fr. 465'500.00 für die Entsorgung von Grüngut. Dies entspricht 2'600 Tonnen. Ist dies richtig? Christian Müller hat gesagt, dass die 2'600 Tonnen die gesamte Menge an Grüngut sei, welche von der Gemeinde Wohlen entsorgt wird. Ist dies richtig? Im Budget sehe ich nirgends einen Posten für die Entsorgung für das Grüngut.

Kaufmann Gregor, Finanzverwaltung: Die zusätzlichen Belastungen der Grüngutgebühren, vorausgesetzt die Vorlage wird angenommen, werden im Jahr 2004 unter den einzelnen Gemeindegemeinschaften unter „Kehricht“ ausgewiesen.

Bächer Andy, CVP-CSP: Es wurde gesagt, dass die Tonnagen nicht zunehmen. Dann sind doch die Preise zu hoch! Der aufgeführte Betrag entspricht der Entsorgung von 2'600 Tonnen Grüngut.

Müller Christian, Gemeinderat: Die Dienststellen, welche Grüngut beanspruchen, sei es ein Schulhaus oder Bauland, müssen auch Vignetten lösen und die Gebühren bezahlen. Es ist also nicht so, dass die Privaten an diese Entsorgung zahlen müssen. Es wird auf die Steuergelder abgewälzt.

Meier Maya, Freis Wohle: René Meier hat vorhin erwähnt, dass wir nun eine ganz andere Situation haben. Ich habe das Protokoll von 1996 vor mir. Dort steht geschrieben, dass man im Budget 1996 bereits zu Kenntnis nehmen musste, dass es schwieriger wird, einen Steuerfuss von 105 % zu halten. Wir befinden uns also in der gleichen Situation.

Jauslin Matthias, FDP: Nach der Aussage von Christian Müller habe ich folgendes Konstrukt: Kann ich mit meinem Privathaushalt in Sachen Grüngutentsorgung mit einem Wohler Schulhaus zusammen arbeiten? Ich würde mein Grüngut dem entsprechenden Schulhaus zur Entsorgung vorbei bringen. Ich freue mich auf ein Angebot der Wohler Schule. Es gäbe hier sehr interessante Konstrukte.

Kuhn Urs, Einwohnerratspräsident: Wir haben zwei Änderungsanträge vorliegend. So wie ich Sie verstehe, bleibt die Umsetzung dem Gemeinderat überlassen. Dann haben wir einen Zusatzantrag der SVP (Kompensation mit Steuerfuss). Wir werden zuerst über die 3 Zusatzanträge abstimmen, danach über den Hauptantrag und erst zum Schluss darüber entscheiden, ob die Vorlage freiwillig dem obligatorischen Referendum unterstellt wird. Ich gehe davon aus, dass die Änderungsanträge nur dann bestehen bleiben, wenn der Einwohnerrat die Grüngutgebühr annimmt.

Bertschi Bruno, SVP: Ich bin der Meinung, dass über unseren Zusatzantrag als erstes abgestimmt werden soll. Wir wissen sonst nicht, wie wir beim Hauptantrag abstimmen sollen. Wir werden dem Hauptantrag nur zustimmen, wenn gleichzeitig die Steuern gesenkt werden.

Kuhn Urs, Einwohnerratspräsident: Der Zusatzantrag „Kompensation Steuern“ von der SVP kommt vor dem Hauptantrag. Nur über den Zusatzantrag betr. obligatorisches Referendum wird nach dem Hauptantrag abgestimmt.

Abstimmung

Der Zusatzantrag der Fraktionsgemeinschaft SP, EVP und EL & Grüne

Die Jahresvignetten sollen mit einem Angebot für kleinere Volumen z.B. 60 oder 80 l ergänzt werden.

wird mit 21 Nein zu 17 Ja abgelehnt.

Der Zusatzantrag der Fraktionsgemeinschaft SP, EVP und EL & Grüne

In den Herbstmonaten sollen zwei bis drei Gratisabfahren eingeplant werden.

wird mit 29 ja angenommen.

Der Zusatzantrag der SVP

Die einzuführende Grüngutgebühr ist in ihrem vollen Umfang durch die Reduktion des Steuerfusses zu kompensieren.

wird mit grosser Mehrheit gegen 12 Stimmen abgelehnt.

Der gemeinderätliche Antrag

Die Änderung des Abfallreglementes, d. h. Einführung einer Gebühr für die Grüngutbeseitigung und Erhöhung der Sack- und Sperrgutgebühr für die Finanzierung des übrigen Abfallwesens, sei zu Genehmigung und auf den 01.04.2004 in Kraft zu setzen.

wird mit 23 Ja zu 17 nein angenommen.

Der Zusatzantrag von Maya Meier

Die Änderung im Abfallreglement gemäss Einwohnerratsbeschluss vom 20. Oktober 2003 soll dem Volk zur Abstimmung unterbreitet werden.

wird mit 27 Nein zu 13 Ja abgelehnt.

Tanner Peter, SVP: Ich habe begründet, warum ich für das Ergreifen des Referendums bin. Wer sich bei mir melden möchte um Unterschriften zu sammeln, kann das gerne machen.

Kuhn Urs, Einwohnerratpräsident: Ich möchte am heutigen Abend im Minimum die Eintretensdebatte abschliessen können.

Fischer Arthur, Präsident der Finanzkommission: Der Finanzkommission hat nach dem üblichen Verfahren den Voranschlag 2004 geprüft. Im Rahmen ihres Auftrages hat sie die Positionen hinterfragt. Aufgrund der Finanzknappheit und der vorgeschlagenen Steuererhöhung ist sie dieses Jahr besonders kritisch vorgegangen. Ergänzende Auskünfte wurden bei den Vorstehern der Verwaltungsabteilungen eingeholt. An einer gemeinsamen Sitzung mit dem Gemeinderat wurden die an ihn gestellten Fragen schriftlich und mündlich erörtert. Ebenso gab die Finanzkommission eine allgemeine Stellungnahme zum Budget 2004 sowie zur vorgeschlagenen Steuererhöhung ab.

Der Nettoaufwand liegt 11 % über dem Budget 2003 oder 17,2 % über der Rechnung 2002. Die wesentlichen Mehrkosten werden im Voranschlag erläutert. Sie werden vor allem mit sogenannten nicht beeinflussbaren Mehrkosten begründet. Es handelt sich im Wesentlichen um Beiträge an die Sozialversicherungen AHV/IV/EO, Spitäler, Krankenhäuser, Spitex, Bifang, Amtsvormundschaft und Sozialhilfe. Ein Grossteil dieser Kosten ist auf das Aufgabenteilungspaket Kanton-Gemeinde zurückzuführen. Weitere Kosten stehen im Zusammenhang mit der neu eingeführten Schulleitung und mit den sich in der Realisierung befindenden Grossprojekten Bünzmatt III und Sportzentrum (Details s. S. 2+3 Voranschlag).

Aufgrund dieser Tatsachen kann der Gemeinderat die gesetzten Zielvorgaben, u.a. Beibehaltung des jetzigen Steuerfusses von 105 %, nicht einhalten. Er beantragt deshalb im Voranschlag 2004 eine Anpassung auf 110 %. Dadurch werden Mehreinnahmen von Fr. 1,172 Millionen erwartet. Aus der eben beschlossenen Einführung der Grünabfuhr resultieren für den Steuerzahler weitere Beiträge im Umfang von rund drei Steuerprozenten.

2.1. Laufende Rechnung

2.1.1. Allgemeine Bemerkungen

Der Voranschlag schliesst mit einem Aufwand und Ertrag von Fr. 54'700'000.00 (Vorjahr Fr. 51'182'000.00) ausgeglichen ab. Dies entspricht einer Zunahme gegenüber dem Budget 2003 von Fr. 3,5 Mio. oder 6,8 %. Der Personalaufwand steigt weiter an. Gegenüber dem Vorjahresbudget beträgt die Zunahme 11,3 %, gegenüber der Rechnung 2002 sogar 12,5 %. Begründet wird er mit der Einführung der Schulleitungen, der Schaffung der Regionalpolizei, der Inbetriebnahme Schulhaus Bünzmatt III und Sportzentrum Niedermatten, usw. Dazu kommen Kosten für leistungsbezogene Qualifikationseffekte und Dienstjubiläen gemäss Dienst- und Besoldungsreglement, welche reglementsgetreu umgesetzt werden. Aufgrund der aktuellen Finanzlage schlägt die Finanzkommission vor, auf weitere in der Kompetenz des Gemeinderates liegende Lohnerhöhungen zu verzichten. Bezogen auf Abs. 30 des Lohnreglements kann der Gemeinderat eine Lohnerhöhung beschliessen, falls ein Mitarbeiter aus Lohngründen eine Kündigung einreicht. Dies ist meiner Meinung nach in der heutigen Zeit nicht gefragt und wird auch in der Wirtschaft nicht so angewendet.

2.2. Investitionen

In den Voranschlag werden nur beschlossene Verpflichtungskredite oder zu beschliessende Budgetkredite aufgenommen. Das grosse Investitionsvolumen (ohne Eigenwirtschaftsbetriebe) von Fr. 11,4 Mio. ist vor allem auf die beiden Projekte zurückzuführen.

2.3. Eigenwirtschaftsbetriebe

2.3.1. Abwasserbeseitigung

Die Abwasserbenützungsgebühr beträgt ab 1. Januar 2003 Fr. 1.31 pro m³ Frischwasserverbrauch, zuzüglich 7,6 % MwSt. Als Folge der Investitionen und deren Folgekosten werden die Abwasserbenützungsgebühren in den nächsten Jahren weiter ansteigen.

2.3.2. Abfallbeseitigung

Für den Sektor Verbrennung resultiert ein Ertragsüberschuss von Fr. 5'300.00 oder 0,6 %.

2.4. Abschreibungen

Es können gesamthaft Abschreibungen von Fr. 732'900.00 vorgenommen werden. In Anbetracht der laufenden Investitionen sind diese zu gering. Die Veränderungen gegenüber dem Voranschlag 2003 sind auf die bisher bewilligten Nachtragskredite zurückzuführen.

2.5. Kennzahlen

Steuerertrag

Der Voranschlag 2004 basiert auf der Annahme, dass der Steuerfuss um 5 % auf 110 % erhöht wird. Gegenüber dem Voranschlag 2003 wird mit einer Zunahme des Steuerertrages von Fr. 2'603'000.00 gerechnet. Wie sich der Betrag zusammensetzt, ist aus der Aufstellung Seite 7 ersichtlich.

Selbstfinanzierung

Trotz der geplanten Steuerfusserhöhung und der Einführung von Gebühren für Grüngut und Recycling reduziert sich die Selbstfinanzierung gegenüber dem Voranschlag 2003 um Fr. 29'000.00. Die budgetierte Selbstfinanzierung (Cashflow) beträgt Fr. 628'000.00 oder 2,3 % des Steuerertrages, was einen sehr tiefen Wert darstellt. Ein Selbstfinanzierungsgrad von unter 100 % bewirkt ein Anwachsen der Verschuldung.

Entwicklung der Nettoschuld

Der Voranschlag 2004 rechnet mit Nettoinvestitionen von Fr. 5'000'000.00 (ohne Eigenwirtschaftsbetriebe). Da die Selbstfinanzierung nur mit ca. Fr. 600'000.00 budgetiert ist, wird die Nettoschuld im Jahre 2004 voraussichtlich auf Fr. 4'416'000.00 zunehmen.

Schlussbeurteilung

Was befürchtet wurde, ist eingetreten. Wir waren uns immer bewusst, dass es knapp wird. Begründet wird die Anpassung mit in den letzten Monaten bekannt gewordenen, sogenannten nichtbeeinflussbaren Ausgaben. Im vergangenen Juni, anlässlich der Behandlung der Rechnung 2002, bekräftigte der Gemeinderat noch, am bisherigen Steuerfuss festzuhalten. Hätte der Gemeinderat die negative Entwicklung nicht früher erkennen müssen? Die Umverteilung der Aufgaben zwischen Bund, Kanton und Gemeinden ist seit längerem bekannt.

Die Steuererhöhung hat verständlicherweise Diskussionen ausgelöst. Man fragt sich, ob sich der Gemeinderat in den vergangenen Jahren mit den verschiedenen Grossprojekten und den beiden Landkäufen nicht übernommen hat. Tatsache ist, dass der Einwohnerrat und die Stimmbürger den Vorlagen mit deutlichem Mehr zugestimmt haben. Dabei hat er sich auf die Angaben des Gemeinderates und auf die Beschlüsse des Einwohnerrates gestützt.

Die Finanzkommission hat sich, ihrer Verantwortung bewusst, an mehreren Sitzungen ausgiebig mit dem Voranschlag und der beantragten Steuererhöhung auseinandergesetzt. Sie ist sich einig, dass mit den im Voranschlag enthaltenen Zahlen eine Anpassung des Gemeindesteuerfusses im vorgeschlagenen Ausmass unumgänglich ist. Dies wurde zusätzlich durch beigezogene Fachkräfte bestätigt. Auch das Gemeindeinspektorat hat die Situation beurteilt, bevor ein Entscheid gefällt wurde. Nachdem der Gemeinderat die Massnahme ausschliesslich mit den sogenannten nichtbeeinflussbaren Mehrausgaben begründete, hat sich die Finanzkommission auch mit den beeinflussbaren Kosten befasst. Sie hat nach weiteren Sparmöglichkeiten gesucht. Im Vergleich zur Rechnung 2002, nach Abzug der beschlossenen Ausgaben, den Ausgaben für die Grünabfuhr und den nichtbeeinflussbaren Mehrkosten (Repol, Regionales Zivilstandsamt), weist der Voranschlag 2004 gegenüber der Rechnung 2002 immer noch einen Mehraufwand von Fr. 540'000.00 auf. Anstelle einer zur Diskussion gestandenen Rückweisung hat die Finanzkommission einstimmig beschlossen, dem Gemeinderat anlässlich der gemeinsamen Sitzung vorzuschlagen, nach weiteren Sparmöglichkeiten im Umfang von Fr. 540'000.00 zu suchen und damit auf die Basis Rechnungsabschluss 2002 zu reduzieren. Der Gemeinderat ist nicht auf das Begehren eingetreten. Er stellt sich auf den Standpunkt, er habe den Voranschlag sorgfältig erarbeitet und alle vertretbaren Sparmöglichkeiten ausgeschöpft. Aenderungen stünden zum heutigen Zeitpunkt nicht zur Diskussion. Die Finanzkommission möge einen Rückweisungsantrag oder konkrete Aenderungsanträge an den Einwohnerrat stellen und diesen darüber entscheiden lassen. Das hat nicht unbedingt unserem Sinne von guter Zusammenarbeit entsprochen. Das Ziel sollte in dieser schwierigen Zeit dasselbe sein, die Ausgaben möglichst tief zu halten, Wesentliches von Unwesentlichem und Dringendes von Aufschiebbarem, zu trennen. Eine andere Variante wäre gewesen, wenn der Gemeinderat den verschiedenen Abteilungen eine den Vorstellungen der Finanzkommission entsprechende Sparvorgabe gemacht hätte. Wie das übrigens in der Wirtschaft auch gemacht wird. Dann hätten die einzelnen Abteilungen selber entscheiden können, wo weitere Einsparungen vorgenommen werden können.

Aber nein, die Finanzkommission hat sich der Aufgabe gestellt. Der Einwohnerrat soll die Möglichkeit erhalten, über die einzelnen Positionen zu entscheiden. Die einzelnen Mitglieder haben in den für sie zuständigen Bereichen nochmals nach Sparmöglichkeiten gesucht. Ueber die Vorschläge (rund 1,4 Mio.) wurden an einer zusätzlich einberufenen Sitzung diskutiert und darüber befunden. Geblieben sind mögliche Einsparungen von rund Fr. 670'000.00. Dies entspricht knapp drei Steuerprozenten. Die Liste wurde am 26.9.2003 dem Gemeinderat zur Information zugestellt.

Die Finanzkommission hat eine faire Auseinandersetzung angestrebt. Dies soll auch bei der nachfolgenden Detailberatung ohne grosse Emotionen der Fall sein. Sie entscheiden schlussendlich mit Ihrer Stimme, in welche Richtung sich die Gemeinde Wohlen finanzpolitisch bewegen soll. Die Finanzkommission, in welcher mit Ausnahme von „Freis Wohle“ alle Fraktionen oder Gruppierungen vertreten sind, hat ihre Aufgabe nach bestem Wissen und Gewissen wahrgenommen. In diesem Sinne bitte ich Sie, die Vorschläge der Finanzkommission zu unterstützen.

Da wäre aber noch die Einnahmenseite. Von dieser spricht kaum jemand. Wir haben immer noch ein sehr tiefes Pro-Kopf-Einkommen. Und dieses sollte zwingend verbessert werden. Wir haben auch kein Rezept, welches wir einfach aus der Schublade ziehen können. Daran zu arbeiten gehört in die Verantwortung des Gemeinderates, vorab zu den Aufgaben eines vollamtlichen Gemeindeammanns.

Letzte Woche wurde eine Studie über die 100 grössten Gemeinden mit mehr als 10'000 Einwohnern veröffentlicht. Es wurde eine Rangierung über die Attraktivität der Gemeinden gemacht. Darin war zu lesen, dass Wohlen um 11 Ränge auf Rang 59 zurückrutschte. Jetzt gilt es, diese Studie zu analysieren und mit dem letzten Jahr zu vergleichen. Ich habe dies bereits gemacht.

Zum Schluss möchte sich die Finanzkommission bei den Mitgliedern der Behörden, den Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleitern sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die gute Zusammenarbeit bedanken.

Antrag an den Einwohnerrat

Die Finanzkommission beantragt Ihnen

den Voranschlag 2004 der Einwohnergemeinde Wohlen - unter Berücksichtigung der vom Einwohnerrat beschlossenen Änderungen - mit dem vom Gemeinderat beantragten Steuerfuss zu genehmigen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Auch ich habe diese Rangierung gesehen. Die Bewertung ist für mich nicht plausibel. Aber ich werde die Unterlagen dazu auch noch besorgen.

Zweifelsohne ist es alles andere als populär, gleichzeitig die Einführung einer Grün- bzw. Recyclinggebühr und eine Steuerfusserhöhung zu beantragen. Das, was Ihnen der Gemeinderat präsentiert, ist das Resultat von fundierten und gründlichen Diskussionen. Unser Denken und Handeln ist nicht nur auf das Jahr 2004 ausgerichtet, sondern darüber hinaus. Es sind die mittel- bis langfristigen Überlegungen, welche uns zu den gestellten Anträgen führten.

Nachtrag: Verschiebung Jugendfest auf 2005

1. Ausgangslage

Im April 2003 machte der Gemeinderat für den Voranschlag 2004 folgende Zielvorgaben (siehe Seite 2):

- Der Steuerfuss bleibt unverändert bei 105 %.
- Der gesamte Nettoaufwand der beeinflussbaren Ausgaben darf nicht höher sein als im Voranschlag 2003 (inkl. Nachtragskredite).
- Als Basis für den Voranschlag 2004 ist von der Rechnung 2002 bzw. maximal vom Voranschlag 2002 auszugehen. Sämtliche Budgetpositionen sind kritisch zu hinterfragen.
- Für die Globalbudgets Bildung (Erhöhung im Rahmen der Zunahme der Schülerzahl) und Feuerwehr wurden Maximalbeträge vorgegeben.

Mit Fr. 26,9 Mio. liegt der budgetierte Nettoaufwand um rund Fr. 2,6 Mio. bzw. 11,0 % über dem Voranschlag 2003. Erhebliche nichtbeeinflussbare Mehrbelastungen führen jedoch dazu, dass die angestrebte Zielsetzung nicht erreicht werden kann. Siehe Seite 8!

Auf der Einnahmenseite schlagen sich höhere Steuern von Fr. 2,6 Mio. nieder. Davon sind rund Fr. 1,2 Mio. auf die Steuerfusserhöhung um 5 % auf 110 % zurückzuführen. Weiter sind Mehreinnahmen von Fr. 680'400.00 aus den Grüngut- und Recyclinggebühren budgetiert.

Die massive Zunahme der erwähnten Mehrbelastungen bzw. die nicht in gleichem Masse steigenden Steuereinnahmen führen zu einer schwachen Eigenfinanzierung von nur noch Fr. 627'00.00 bzw. 732'000.00 (unter Berücksichtigung des verschobenen Jugendfestes). Diese Abschreibungen werden zur Finanzierung von Investitionen oder zum Schuldenabbau eingesetzt.

2. Auswirkungen Grossprojekte

In ihrem Bericht fragt die Finanzkommission, ob sich der Gemeinderat mit den verschiedenen Grossprojekten und den beiden Landkäufen nicht übernommen habe. Dazu folgendes:

Schulhaus Bünzmatt III

Der Bedarf nach dem zusätzlichen Schulhaus mit Turnhalle ist ausgewiesen und wurde in ausführlichen Berichten dargelegt. Es ist praktisch eine Altlast, welche endlich bereinigt wird.

Sportzentrum Niedermatten

Der Bau dieser Sportanlagen entspricht einem jahrzehntelangen Bedürfnis. Die beteiligten Sportorganisationen sind voll motiviert, machen und zahlen mit.

In beiden Fällen lässt sich sagen, dass wir sowohl bezüglich der Baukonjunktur als auch der Situation auf dem Kapitalmarkt im bestmöglichen Zeitpunkt investieren. Die Gemeinde verhält sich antizyklisch. Dies bedeutet für viele Arbeit und Verdienst. Wohlen erhält Infrastrukturen, welche nur von Gutem sein können.

Kauf Merkur-Areal

Dieser Kauf wurde vom Einwohnerrat während drei Amtsperioden von unterschiedlichen Parteien und Gruppierungen immer wieder gefordert. Das Land war preiswert und eröffnet der Gemeinde für die langfristige Zukunft neue Perspektiven.

Kauf Isler-Areal

Der Kauf dieses Areals war das Resultat von zielgerichteten Verhandlungen zum richtigen Zeitpunkt. Dies hat zudem phantastische Synergien zur Folge. Private erwarben das ehemalige Manufakturgebäude und das Streba-Areal. Jetzt wird in Millionenhöhe investiert, was wiederum Bauaufträge für das regionale Gewerbe zur Folge hat. Zudem wird sowohl beim Streba-Gebäude als auch beim Manufakturgebäude Ortsbildschutz betrieben. Dies wertet das Zentrum von Wohlen weiter auf und kostet die Gemeinde erst noch nichts.

Beide Liegenschaften kosteten zusammen „nur“ Fr. 6.2 Mio., belasten uns mit jährlichen Zinsen von weniger als Fr. 200'000.00. Wir erwarben zwei Aktivposten, welche im schlimmsten Fall veräussert werden können. Dies ist aber nicht das Ziel.

Fazit: An diesen mit deutlichen Mehrheiten von Einwohnerrat und Volk beschlossenen weitsichtigen Geschäften gilt es nicht zu zweifeln, sondern die damit verbunden Vorteile zu sehen.

3. Aufgabenteilung

„Hätte der Gemeinderat die Umverteilung der Aufgaben zwischen Bund, Kanton und Gemeinden nicht früher erkennen müssen?“ fragt die Finanzkommission.

Nein. In sämtlichen Berechnungen haben wir immer die Zahlen berücksichtigt, welche auf Beschlüssen basierten oder klar erkennbar waren.

4. Aktueller Stand des Steuerertrages

Aufgrund der bisherigen Verarbeitung darf davon ausgegangen werden, dass die für das Jahr 2003 budgetierten Steuereinnahmen übertroffen werden. Zudem lässt sich sagen, dass die Werte für 2004 realistisch budgetiert sind.

5. Beantragter Steuerfuss von 110 %

Wie auf Seite 5 des überarbeiteten Finanzplanes ersichtlich ist, nimmt die Eigenfinanzierungsquote bis ins Jahr 2006 auf nur noch Fr. 224'000.00 ab. Ab 2005 werden wir aufgrund der Investitionen wieder vorgeschriebene Abschreibungen haben (2005: Fr. 1,3 Mio.; 2006: Fr. 2,2 Mio.).

Ab 2005 ist mit jährlichen Aufwandüberschüssen von Fr. 1 Mio. und mehr zu rechnen. Diese können mit dem vorhandenen Eigenkapital von aktuell Fr. 9.6 Mio. abgedeckt werden. Dies verhindert jedoch nicht, dass die Gemeinde Fremdkapital aufnehmen muss. Damit sich dies in angemessenem Rahmen hält, gilt es jetzt die nötigen Weichen zu stellen.

Nur mit einer Steuerfusserhöhung ist es möglich, eine Eigenfinanzierung für die notwendigen Abschreibungen zu erzielen. Der Steuerfuss trägt nur den aktuellen Bedürfnissen Rechnung. Auswirkungen des möglichen 3. Paketes Aufgabenteilung Kanton – Gemeinden, sowie die angekündigten Entlastungsmassnahmen des Regierungsrates sind nicht berücksichtigt. Wäre dies der Fall, müsste der Steuerfuss noch weiter erhöht werden.

Als der Einwohnerrat am 17. März 2003 den Bericht und Antrag betreffend Kauf des Merkurs-Areals behandelte, fragte Einwohnerrat Bruno Bertschi in Sorge um eine allfällige Steuererhöhung, wie die finanzielle Situation im nächsten Jahr aussieht. Ich antwortete damals, dass die Zielvorgaben für das Budget 2004 im April gemacht werden. Weiter hielt ich fest, dass zum jetzigen Zeitpunkt (d.h. März 2003) keine Erhöhung des Steuerfusses vorgesehen sei. Weshalb an diesem Grundsatz nicht festgehalten werden konnte, habe ich heute erklärt.

6. Schuldnerqualität der Gemeinde

Wenn die Gemeinde bei den Banken aufnehmen will, wird der Zinssatz aufgrund der aktuellen Marktlage einerseits und der Schuldnerqualität anderseits festgelegt. Bis jetzt hatten wir ein erstklassiges Rating und konnten uns entsprechend günstig finanzieren (Beispiel vom April 2003: Fr. 10 Mio., Laufzeit 10 Jahre, Zinssatz 2.94 %). Um kreditmässig weiterhin erstklassig eingestuft zu werden, müssen wir auch über entsprechende positive Kennzahlen verfügen. Diese Erstklassigkeit kann nur dann erhalten werden, wenn wir als Finanzverantwortliche die notwendigen Massnahmen treffen. Auch um die Kennzahlen zu verbessern, ist eine Steuererhöhung notwendig. Die Banken machen ihr Rating letztlich basierend auf unseren Jahresrechnungen, Voranschlägen und Finanzplänen. Haben wir ein schlechteres Rating heisst dies, dass wir mit einem höheren Zinsfuss belastet werden, was höhere Zinsausgaben zur Folge hat und die laufende Rechnung weiter belastet. Dies gilt es zu verhindern.

7. Meinung Gemeindeinspektorat

Nachdem der Gemeinderat den Voranschlag 2004 und den überarbeiteten Finanzplan verabschiedet hat, wollten Finanzverwalter Gregor Kaufmann und ich die Meinung des Gemeindeinspektorates hören. Basierend auf der Analyse der Unterlagen bestätigten uns der Chef des Gemeindeinspektorates Markus Urech und die für Wohlen zuständige Gemeindeinspektorin Karin Bircher, dass die Steuerfusserhöhung finanzpolitisch als richtig zu bezeichnen ist.

Im Vorprüfungsbericht vom 9. Sept. 2003 hielt das Gemeindeinspektorat u.a. folgendes fest: *„Trotz dem grundsätzlich positiven Ergebnis fällt auf, dass die Eigenfinanzierung zur Abdeckung des steigenden Betriebsaufwandes zu gering ist. Der angepasste Finanzplan 2003 – 2007 zeigt, dass sich diese Situation in den kommenden Jahren verschärfen wird. Vor allem der Nettoaufwand wird ab 2004 sehr stark ansteigen. Zur Finanzierung der grossen Investitionen der Jahre 2003 – 2006 und zur Schaffung einer genügenden Selbstfinanzierung scheint uns eine Anpassung des Gemeindesteuerfusses auf 110 % gerechtfertigt.“*

Diesen Bericht hat der Gemeinderat auch der Finanzkommission übergeben.

8. Anträge der Finanzkommission

Wir sind froh, dass auch die Finanzkommission, welche zahlreiche Stunden über dem Voranschlag gebrütet hat, nebst der Einführung der Grüngut- und Recyclinggebühr eine Steuerfusserhöhung von um 5 % auf 110 % befürwortet.

Die Finanzkommission schreibt in ihrem Bericht, sie hätte mögliche Einsparungen von rund Fr. 675'000.00 gefunden. In einem Presseartikel teilte Fiko-Präsident Arthur Fischer mit, dass unterschieden wurde zwischen dringenden und weniger dringenden Bereichen. Einiges sei somit vielleicht nicht gespart, sondern nur aufgeschoben, wird der Fiko-Präsident zitiert. Der Gemeinderat ist klar der Meinung, dass die Abänderungsanträge vor allem in die Richtung „Aufschieben“ hinführen. Die Probleme werden nicht gelöst. Der Gemeinderat wird im Verlauf der Diskussion zu den einzelnen Anträgen Stellung nehmen und die Konsequenzen allfälliger Streichungen aufzeigen.

9. Abschliessende Bemerkungen

Auch beim Voranschlag 2004 wurde gewissenhaft Konto für Konto durchgekämmt. Der Gemeinderat hat sich bemüht, sämtliche Sparmöglichkeiten auszuschöpfen. Ich wiederhole, was ich letztes Jahr schon sagte: Mit den grossen Investitionen (Bünzmatte III, Sportzentrum Niedermatten) werden Bauvorhaben realisiert, welche sowohl die Wohn- und Lebensqualität als auch die Attraktivität von Wohlen steigern. Sie haben allerdings ihren Preis. Wie Sie bei den Ausführungen zum Finanzplan gesehen haben, sind es jedoch die Aufgaben, welche vom Bund und Kanton auf die Gemeinden abgeschoben werden, welche uns „fast den Schnauf“ bzw. den finanziellen Spielraum nehmen. Auch andere Gemeinden jammern über diese Entwicklung. Die Finanzkommission und auch der Einwohnerrat haben den Sparwillen des Gemeinderates und der Verwaltung schon verschiedentlich gewürdigt. Die Leute, welche am Werk sind, sind immer noch die gleichen und arbeiten mit der gleichen sparsamen und sorgfältigen Einstellung. Ende 2002 hatten wir Fr. 12,9 Mio. Nettoschulden. Es besteht kein Grund zur Panik jedoch zum Handeln. Wir sind alles andere als „begeistert“ über das, was wir Ihnen vorschlagen müssen. Aber wir müssen es tun. Und wir tun es mit Überzeugung. Der Gemeinderat bittet Sie, dem Voranschlag 2004 der Einwohnergemeinde mit einem Steuerfuss von 110 % zuzustimmen.

Abschliessend danke ich der Finanzkommission für ihre Zeit und Arbeit.

Jauslin Matthias, FDP: Gemäss Gemeindeordnung obliegt dem Gemeinderat insbesondere die Vorbereitung aller Geschäfte und die Antragstellung zuhanden der ihm übergeordneten Gemeindeorgane.

Die Finanzkommission hat gemäss der vorliegenden Liste über 20 Positionen erfasst, die zusätzliche Reduktionen im Nettoaufwand zulassen. Trotz vorgängiger Aufforderung der Kommission an den Gemeinderat den Voranschlag nochmals zu überarbeiten, schien es für den Gemeinderat unnötig, irgendwelche Korrekturmaßnahmen einzuleiten.

Und jetzt stehen wir vor einem Geschäft, dass an Kleinarbeit schon fast nicht mehr zu überbieten ist. Es kann nicht sein, dass ein Parlament in stundenlanger Diskussion Budgetposten um Budgetposten durcharbeitet, nur weil sich der Gemeinderat vor dieser Aufgabe drückt.

Es ist Führungsaufgabe des Gemeinderates, die notwendigen Einsparungen bei den einzelnen Abteilungen zu fordern und durchzusetzen.

Es ist illusorisch zu meinen, der Einwohnerrat setze nun den Rotstift an den richtigen Ecken an, so wie es von der Finanzkommission vorgeschlagen wird. Es kann ja durchaus sein, dass gewisse Einsparungen gemäss Vorschlag Fiko tatsächlich nicht möglich sind, auf der anderen Seite aber unentdeckte Reservepositionen durch die Abteilungen eingebaut wurden. Für diese Arbeit hat der Einwohnerrat eine Finanzkommission eingesetzt. Und hier erwarten wir Resultate der Zusammenarbeit Gemeinderat-Fiko. Es ist zu beachten, dass durch die Grüngutgebühren bereits 3 % Steuererhöhung beschlossen wurde.

Es ist noch zu beachten, dass der Gemeinderat sich vor Zielsetzungen, Regierungsprogrammen und Leitbildern immer gedrückt hat. Aber eines hatte er im Vorfeld der Grossprojekte immer wieder kommuniziert: „Wir schaffen das ohne Steuerfusserhöhung“. In diesem Sinne hat der Souverän den Projekten auch zugestimmt. Meine Damen und Herren, der Steuerzahler wurde über den Tisch gezogen und wird nun via Steuererhöhung zur Kasse gebeten. Die Masche des Gemeinderates ist, alles den unbeeinflussbaren Mehrausgaben durch Kanton oder Bund zuzuschieben.

Wenn wir nun hier heute Abend alle Positionen durcharbeiten, erhalten wir ein Resultat, das nicht befriedigt. Wir erhalten ein Resultat, das sich an Zufälligem anlehnt. Die Fraktion FDP macht dieses Spiel in der Detailberatung nicht mit.

Daher unser Ordnungsantrag:

Der Voranschlag 2004 ist zurückzuweisen.

*Der Gemeinderat hat den Voranschlag 2004 zu überarbeiten, wobei der Nettoaufwand Geld um mindestens Fr. 675'700.00 zu reduzieren ist und von einer Erhöhung des Steuerfusses wenn möglich abzu-
sehen ist.*

Ich bitte Sie, im Sinne von klarer Aufgabenzuteilung, diesem Ordnungsantrag zuzustimmen, das Budget an den Gemeinderat zurückzugeben. An einer allfälligen Detailberatung wird sich die FDP nicht aktiv beteiligen.

Kuhn Urs, Einwohnerratspräsident: Damit ist die Eintretensdebatte unterbrochen und wir diskutieren über die Rückweisung des Antrages 10077.

Bertschi Bruno, SVP: Nach sieben fetten Jahren, scheinen in Wohlen die sieben mageren Jahren Einzug zu halten. Um es ganz einfach zu sagen, das Geld ist uns ausgegangen. Was macht eine Privatperson, wenn sie vor einem leeren Portemonnaie steht? Sie spart, wo sie kann. Die Person wird aber automatisch sinnvoll sparen, das heisst, jeder Ausgabeposten wird gründlich hinterfragt. Was macht die Gemeinde, der Kanton oder der Bund, wenn gähnende Leere im Geldbeutel herrscht? Sie spart nicht, sondern erhöht die Steuern und Abgaben und macht gar Schulden. Sorglos wird versucht, die Staatsquote zu erhöhen, um unseren Nachfahren ein möglichst hoher Schuldenberg zu hinterlassen. Oder wie es der Kanton Aargau zu Zeit versucht: Man überwälzt gewisse Ausgaben an die Gemeinden, frei nach dem Motto: Die letzten beissen die Hunde. Auch dies ist zu verurteilen. Ausgaben und Aufgaben von Bern und Aarau nach Wohlen und in die anderen Gemeinden zu überwälzen ist zur Zeit im Trend, lässt aber meiner Meinung nach langfristig nichts Gutes erahnen. Die Zeche zahlt schlussendlich der Steuerzahler. Eines dürfen wir heute klar festhalten. Das dritte Aufgabenpaket wird in dieser Form niemals in Kraft treten. Die Aufgabenteilung muss schlussendlich kostenneutral ausfallen. Dies ist eine Bedingung.

Wir haben von unserem Gemeindeammann schon vor der heutigen Sitzung gehört, dass die Finanzlage der Gemeinde vor allem diesen überwälzten Kosten zuzuschreiben sei. Das stimmt teilweise. Wir haben jedoch trotzdem über unsere Verhältnisse gelebt und uns in Projekte gestürzt, welche ein vorsichtig rechnender Gemeinderat wahrscheinlich nicht einmal in Angriff ge-

nommen hätte. „Couverner s'est prévoir“ heisst ein altes, aber immer noch aktuelles Stichwort. Mit den bekannten Grossprojekten Niedermatten und Bünzmatt III, aber auch mit den Landkäufen haben wir uns mit gütiger Absegnung des Stimmbürgers in die aktuelle Lage manövriert. Aber die Initialzündung kam immer vom Gemeinderat.

Wir lesen jeden Tag in der Presse, wie andere Gemeinden ihre Steuern senken oder zumindest auf gleichem Niveau halten, obwohl auch diese Gemeinden mit den selben Belastungen aus Bern zu kämpfen haben. Wir machen uns mit dem vorliegenden Budget und der beantragten Steuererhöhung einmal mehr zu der Lachnummer der Region. Trotz Finanzplan wurden wir von der Realität eingeholt und müssen die Zeche der unprofessionellen Finanzpolitik unseres Gemeinderates bezahlen. Dabei wissen wir nicht, welche Pfeile der Gemeinderat noch im Köcher hat. Die kosten uns möglicherweise auch noch eine Stange Geld. Ich denke an die Sanierung des Schwimmbades, der Kunsteisbahn oder des bbz. Zudem könnte zur Abwechslung der Zuzug eines potentiellen Steuerzahlers gemeldet werden. Solche Anstrengungen des Gemeinderates bleiben aus. Es heisst, die Zitrone sei ausgepresst. Dem ist nicht so. Im vorliegenden Budget hat es haufenweise Positionen, welche gestrichen oder zumindest gekürzt werden können. Z. B. bei der Artengliederung / Personalkosten: Personalkosten im Vergleich zu Rechnung 2002 + 12.5 %, Sachkosten + 14.7 %. Die Finanzkommission zeigt Einsparungsmöglichkeiten auf, unsere Fraktion hat darüber hinaus weitere rund Fr. 400'000.00 gefunden, welche eingespart werden können: Schwergewichtig bei den Ortszulagen, welche mit der Einführung des GAL ohnehin wegfallen und auch die sofortige Aufhebung des Schulsekretariates. Wir sind der Meinung, dass wir in die Bildung investieren sollen und nicht in die Bildungsverwaltung. Es geht nun an das Eingemachte und es wird jede Position auf Nutzen und Notwendigkeit hinterfragt. Wir sind nach wie vor ein ganz normales Dorf, welches einen hohen Ausländer- und Asylantenanteil hat und mit einem Pro-Kopf-Einkommen, welches bei weitem unter dem Kantonsmittel liegt. Von den 12 grössten Aargauer Gemeinden liegen wir bei diesem Eckwert zur Zeit an Platz 11, eingebettet zwischen Spreitenbach und Oftringen.

Wir stehen einstimmig und mit Überzeugung hinter dem Rückweisungsantrag der FDP. Die Rückweisung ist fair und gibt dem Gemeinderat die Möglichkeit, uns ein überarbeitetes Budget nachzureichen. Falls die Rückweisung abgelehnt wird, wird auch unsere Fraktion bei der Detailberatung nur noch als aufmerksame Zuhörer teilnehmen. Und dies nicht aus Trotz, sondern weil wir dieses Budget nicht mittragen können und wir überzeugt sind, dass der Stimmbürger eine Steuererhöhung nicht akzeptieren würde. Im schlimmsten Fall steht auch noch Eigenkapital zur Deckung des Defizites zur Verfügung.

Keine Steuererhöhung auf Vorrat, in einem Jahr beurteilen wir die Lage von neuem.

Fricker Matthias, CVP-CSP: Unsere Fraktion stellt den Antrag, dass die Sitzung für 5 Minuten unterbrochen wird.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Wir sind an einem heiklen Punkt angelangt. Eine einwohnerrätliche Kommission kann einen Antrag stellen. Danach wird der Einwohnerrat darüber entscheiden. Es kann nicht sein, dass eine Kommission eine Sache zurück gibt, ausser es wurde ein Fehler gemacht. Wir haben dieses Budget nach bestem Wissen und Gewissen erarbeitet, daher nahmen wir das Budget nicht zurück. Es ist nicht korrekt, wenn gesagt wird, dass der Gemeinderat sich drücken will. Wer will sich hier drücken? Es ist auch nicht korrekt, wenn von „durch die Abteilungen eingebaute Reserven“ gesprochen wird. Können Sie mir sagen, wo es noch Reserven gibt? Dann können wir die entsprechenden Chefbeamten fragen.

Es wurde uns vorgeworfen, dass wir uns vor einem Leitbild drücken. Wir wollen sparen. Es werden viele Unterlagen verschickt, welche gar nicht studiert werden. Auch haben mir die Äusserungen von Herrn Bertschi gezeigt, dass er den Finanzplan nicht richtig angeschaut hat. Hätte er

dies gemacht, hätte er gesehen, dass wir die Steuern nicht auf Vorrat erhöhen wollen, sondern dass wir im nächsten Jahr Abschreibungen in Millionenhöhe vornehmen werden.

Wir haben niemals gesagt, dass wir alle Vorhaben ohne Steuererhöhung schaffen werden. Dies ist ein ganz entscheidender Punkt. Ganz am Anfang, als es um dieses Haus ging, haben wir gesagt, dass es keine Steuererhöhung gibt. Für die folgenden Geschäfte haben wir wie folgt investiert: Landkäufe Fr. 6.2 Mio., Erweiterung Junkholz Fr. 2.3 Mio., Casino ca. Fr. 6 Mio. Insgesamt haben wir ca. Fr. 14 Mio. investiert und wir stehen immer noch gut da. Ich werde Ihnen nachher nochmals einige Zahlen vorführen, damit Ihnen klar wird, wovon wir reden. Es sind keine zufälligen Anträge, welche von der Finanzkommission gestellt wurden. Die Finanzkommission hat ihre Arbeit korrekt gemacht. Wir sind bereit, zu den Anträgen Stellung zu nehmen.

Es ist sinnlos, wenn zu Kommentaren „Das Geld ist uns ausgegangen!“ und „Gähnende Leere!“ etwas gesagt wird. Die SVP soll sich überlegen, wie sie dazu beigetragen hat.

Ich bitte Sie, verzichten Sie auf die Rückweisung und stellen Sie sich der Verantwortung. Es wäre ein Ausweichen und eines Einwohnerrates unwürdig. Sie sind angetreten, die Interessen der Gemeinde Wohlen zu vertreten und wir sind bereit, Diskussionen zu führen.

Abstimmung

Dem Antrag der Fraktion CVP-CSP auf Sitzungsunterbruch wird mit grosser Mehrheit zugestimmt.

Becker Doris, Freis Wohle: Wir haben es so verstanden, dass sich die Finanzkommission und der Gemeinderat nicht einig waren, wo gespart werden soll. Und nicht so, dass sich der Gemeinderat vor seinen Verpflichtungen drücken will. Die Finanzkommission hat sich bemüht und wir hatten genug Zeit, uns mit dem Voranschlag auseinander zu setzen. Unserer Ansicht nach ist eine Rückweisung nicht der richtige Weg und vor allem nicht konstruktiv.

Fricker Matthias, CVP-CSP: Unser Fraktion ist grossmehrheitlich gegen den Rückweisungsantrag. Ich kann mich dem Votum von Doris Becker anschliessen. Unserer Meinung nach ist es nicht fair, wenn sich einzelne Parteien bei einer allfälligen Detailberatung nicht beteiligen. Wir können uns nicht vor der Verantwortung drücken. Die Anträge sollen gestellt werden.

Bertschi Bruno, SVP: Ich möchte daran erinnern, dass die Erstellung eines Budgets zur Arbeit der Exekutive gehört. Die Legislative hat die Aufgabe, das Budget zu genehmigen. Es kann nicht sein, dass uns ein Budget vorgelegt wird, bei dem die Fiko einen 3-seitigen Antragskatalog vorlegt. Wir haben die Anträge angeschaut und können alle befürworten.

Es wird nicht bemerkt, dass das Schulsekretariat geschlossen werden kann, da es überflüssig ist. Natürlich ist der Schulpflegepräsident der Meinung, dass das Sekretariat noch benötigt wird. Die Ortszulagen, welche nach Inkrafttreten des GAL's gestrichen werden, könnten bereits jetzt gestrichen werden. Es gibt mehrere solche Positionen, bei denen gespart werden kann. Der Gemeinderat soll nochmals über die Bücher gehen und uns das Budget in zwei bis drei Wochen nochmals vorlegen.

Abstimmung

Der Rückweisungsantrag der Fraktion FDP

Der Voranschlag 2004 ist zurückzuweisen.

Der Gemeinderat hat den Voranschlag 2004 zu überarbeiten, wobei der Nettoaufwand Geld um mindestens Fr. 675'700.00 zu reduzieren ist und von einer Erhöhung des Steuerfusses wenn möglich abgesehen ist.

wird mit 19 Ja zu 21 Nein abgelehnt.

Die Sitzung wird unterbrochen und auf 21. Oktober 2003 vertagt.

21. Oktober 2003

18.00 Uhr bis 22.05 Uhr

Präsenz:

Einwohnerrat

39 Mitglieder des Einwohnerrates

Absolutes Mehr: 20

Zweidrittelsmehr: 26

Gemeinderat

Walter Dubler, Gemeindeammann

Dieter Gerber, Vizeammann

Külling Harold, Gemeinderat

Meier Erwin, Gemeinderat

Meier René, Gemeinderat

Müller Christian, Gemeinderat

Piffaretti Marianne, Gemeinderätin (bis 19.30 Uhr)

Weitere Anwesende

Gregor Kaufmann, Finanzverwalter

Peter Hartmann, Gemeindeschreiber

Werner Mäder, Bauverwalter

Werner Lüpold, Betriebsbeamter

Ernesto Hitz, Schulsekretär

Peter Rycherner, Chef Bevölkerungsschutz

Peter Joller, Chef Soziale Dienste

Thomas Laube, Chef Steueramt

Josef Sachs, Schulpflegepräsident (ab 18.20 Uhr)

Markus Stutz, Vizepräsident der Schulpflege

René Bossert, EDV-Verantwortlicher

Entschuldigungen

Fabian Furter

Stimmenzähler:

Perroud Arsène

Wyss Martin

Kuhn Urs, Präsident des Einwohnerrates: Begrüssst die Anwesenden und eröffnet den zweiten Teil der 17. Einwohnerratssitzung der laufenden Amtsperiode.

Die Einwohnerratsmitglieder erhalten:

- Motion 10079 betr. Rettung Güpff-Haus
- Protokoll vom 16. Juni 2003

Becker Doris, Freis Wohle: An diesem Voranschlag haben viele Personen mitgearbeitet. Freis Wohle bedankt sich bei allen. Ein besonderer Dank geht an die Finanzkommission, welche den Mehraufwand auf sich genommen und nach weiteren Sparmöglichkeiten gesucht hat. Dies ist aus unserer Sicht ein konstruktives Vorgehen, welche nun Diskussionen und Stellungnahmen ermöglicht.

Zusammen mit dem Budget beantragt der Gemeinderat eine Steuerfusserhöhung. Für uns ist dies keine Überraschung. Gestern wurde gesagt, dass wir vom Gemeinderat getäuscht und so-

gar belogen wurden. Dies können wir nicht nachvollziehen. Immer wieder wurde von einer Gratwanderung gesprochen, und dass es eine ambitionierte Zielsetzung sei, den Steuerfuss auf 105 % beizubehalten. Zur Frage nach der voraussichtlichen Steuerfussentwicklung hat der Gemeinderat bereits im letzten Jahr gesagt, dass wir mit den bewilligten und aufgezeigten Investitionen bis an die Grenzen der Belastbarkeit gehen und dass eine Steuerfusserhöhung ein Thema wird, wenn noch weitere Aufgaben vom Kanton an die Gemeinden abgeschoben werden. Jetzt sind wir soweit, die Gemeinde ist auf zusätzliche Einnahmen angewiesen, um den Finanzhaushalt im Gleichgewicht zu halten. Eine Steuerfusserhöhung ist eine unpopuläre Massnahme. Es wurde gestern ausführlich erklärt, was letztendlich dazu geführt hat. Es stimmt, Wohlen ist kräftig am Investieren! Daraus wird dem Gemeinderat nun plötzlich ein Vorwurf gemacht. Tatsache ist, dass die Mehrheit des Einwohnerrates und des Volkes zu diesen Investitionen „ja“ gesagt hat. Die finanziellen Auswirkungen waren bekannt, auch die bescheidene Ertragslage. Die Mehrheit hat jedoch zum Ausdruck gebracht, dass die Attraktivität, die Lebens- und Wohnqualität gesteigert werde und es in Wohlen vorwärts gehen sollte.

Natürlich wären unsere Schulden geringer, wenn wir weder das Merkur- noch das Isler-Areal gekauft hätten, natürlich hätte es nicht unbedingt ein Sportzentrum gebraucht, natürlich hätten wir anstelle eines neuen Schulhauses weiter Büroräume zumieten und noch einige Baracken aufstellen können. Ist es dies, was wir wollen? Mir wäre es lieber, wenn sich Wohlen weiterentwickelt und seine Aufgaben wahrnimmt, auch wenn es etwas kostet. Mir persönlich ist dies eine Steuererhöhung wert.

„Wir geben Geld aus, das wir nicht haben“, sagt Bruno Bertschi. Derselbe Bruno Bertschi hat sich jedoch vor einem Monat – mit einem angeblichen Kunstgriff – für einen Kunstrasen eingesetzt. Und dieser Kunstrasen verursacht Mehrkosten von sage und schreibe Fr. 550'000.00. Plötzlich spielte es keine Rolle mehr, dass wir „Geld ausgeben, das wir nicht haben“! Dies kann ich bis heute nicht verstehen! Oft und gerne wird von Visionen gesprochen, aber auch die lassen sich selten zum Nulltarif in die Realität umsetzen.

Für uns ist es selbstverständlich, dass wir kritisch hinterfragen, was immer uns der Gemeinderat vorschlägt. Damit die Arbeit als Einwohnerrat Freude macht, sollte das aus unserer Sicht auf eine konstruktive Art erfolgen. Hören wir doch bitte auf, den Gemeinderat als Gegner zu betrachten – hören wir auf, teilweise destruktiv und von Misstrauen geprägt zu politisieren – hören wir auf, rückwärts zu schauen. Gehen wir vorwärts und konzentrieren uns auf das Wesentliche: Auf das Wohl der Gemeinde Wohlen.

Perroud Arsène, SP: Was gestern in diesem Saal abgelaufen ist, ist eigentlich unsäglich. SVP und FDP sehen sich ihrer Wahlversprechen bedroht und wollten den Voranschlag 04 zurückweisen. In einer Manier, die dem Auftreten des SVP-Präsidenten während der Elefantenrunde am Wahlsonntag sehr ähnlich ist, versuchen sie sich aus der Verantwortung zu stehlen. Liebe Damen und Herren, wer sich an der Diskussion über den Voranschlag nicht beteiligt, übernimmt die politische Verantwortung, die uns die Wählerschaft gegeben hat, nicht mehr. Ich bitte die beiden Parteien, sich an der Diskussion zu beteiligen und dem demokratischen Gedanken vollumfänglich nachzuleben. Erpressungsversuche der gestrigen Art sind unwürdig und bis anhin hielten sich die beiden Parteien auch nicht unbedingt mit Anträgen während den Diskussionen zurück.

Wir und viele andere Bürger/Innen finden es zudem nicht nachvollziehbar, von Sparen zu reden, wenn man an der letzten Einwohnerratssitzung durchs Hintertürchen vom Volk genehmigte Geschäfte abändert und dabei viel mehr Geld ausgibt. Fr. 541'000.00 für einen Kunstrasen auszugeben, bedeutet 2 Steuerprozent auszugeben, die nun irgendwie wieder eingefahren werden müssen. Wenn die SVP darunter „Sparen“ versteht, werden sämtliche Spar- und Rückweisansträge seitens der SVP zum Widerspruch.

Ein Voranschlag darf dem Gemeinderat nicht zurückgewiesen werden, wenn die Vorschläge der verschiedenen Kommissionen und Parteien noch nicht im Einwohnerrat besprochen wurden. Der Gemeinderat braucht auch eine Leitplanke, um sich daran orientieren zu können. Dabei geht es nicht nur um finanzielle, sondern vor allem um inhaltliche Vorgaben.

Es muss das Ziel dieses Rates sein, heute Abend Korrekturen am Voranschlag 04 vorzunehmen, damit der Voranschlag der Bevölkerung unterbreitet werden kann. Als Basis dazu dient uns der vom Gemeinderat erarbeitete Voranschlag. Von uns beantragte Kürzungen müssen genau geprüft werden und Sinn machen. Dies kann man vom gestrigen Vorschlag der SVP, das Schulsekretariat zu streichen, nicht behaupten. Wenn selbst alte Sparfüchse wie Bruno Bertschi auf so absurde Gedanken kommen, zeigt dies uns vielmehr auf, wie knapp die finanziellen Mittel bemessen sind und wie wenig Möglichkeiten es gibt, Geld einzusparen.

Es war absehbar, dass sich die Gemeinde Wohlen auf die Dauer keinen Steuerfuss von 105 % leisten kann. Grosse Investitionen wie das neue Schulhaus Bünzmatt III, die Sportanlage Niedermatten oder die Landkäufe haben die Gemeindekasse stark beansprucht. Der Gemeinderat sprach schon immer von einem „ambitiösen Ziel“, dass der Steuerfuss trotz den massiven Investitionen auf 105 % gehalten werden kann. Dieses Ziel kann nun nicht mehr eingehalten werden.

Sepp Muff, unser langjähriges Einwohnerratsmitglied, hat es häufig auf den Punkt gebracht, wenn er während den Beratungen der Geschäfte auf die finanziellen Auswirkungen und auf eine Erhöhung des Steuerfusses aufmerksam gemacht hat. Ich möchte da nur das Sportzentrum Niedermatten erwähnen. Die viel genannten zusätzlichen Ausgaben im Sozial- oder Gesundheitsbereich sind nur der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. In Tat und Wahrheit aber sind es die oben genannten Investitionen, welche die Gemeinde tätigt oder bereits getätigt hat, welche den Finanzhaushalt Wohlen an die Grenzen bringen. Wohlen will und soll sich weiterentwickeln, dies ist aber nur mit Investitionen machbar. Dieser Rat und das Volk hat den Geschäften mit grossem Mehr zugestimmt. Diese Projekte verschlingen zwar viel Geld, sind aber auch ein Bekenntnis zur Weiterentwicklung von Wohlen.

Schauen wir das Budget 04 an, müssen wir feststellen, dass trotz des erhöhten Steuerfusses kein neuer Spielraum für Visionen und Innovatives besteht. Wir bezahlen also mehr als vorher und die Leistungen bleiben die gleichen. Das viel genannte Standortmarketing, welches ein Weg aus der Misere sein soll und aus allen Lagern hochgelobt wird, verschlingt Geld, welches die Gemeinde auch mit dem neuen Budget nicht hat. Natürlich sind einige Posten im Budget vorhanden, die aktives Standortmarketing fördern, aus unserer Sicht aber noch lange nicht genug. Standortmarketing bedeutet für uns ganzheitlich angesehene Lösungen, die es Menschen reizvoll machen, nach Wohlen zu ziehen. Interessante Anschlüsse an den öffentlichen Verkehr und ein kulturell vielfältiges Programm gehören genauso dazu, wie die Einzonung attraktiver Wohnlagen. Wichtig sind aber auch tiefgreifende Qualitätsverbesserungen, zum Beispiel bei der Verkehrsplanung.

Die Gemeinde Wohlen braucht, wenn die Grüngutgebühr wie vorliegend angenommen wird, einen Steuerfuss von 110 % um überhaupt das momentane Level halten zu können. Für weiteren Spielraum bräuchten wir nochmals mehr. Investieren wir nicht in die Zukunft, so werden Neuzuzüger und Attraktivitätssteigerung auch weiterhin Wunschträume bleiben. Wir müssen uns einmal überlegen, was jemanden dazu bringt, nach Wohlen zu ziehen. Oder was uns bewegen würde, in eine andere Ortschaft zu ziehen. Meine lieben Damen und Herren, der Steuerfuss alleine bewegt niemanden, nach Wohlen zu ziehen und in einem Steuerwettbewerb à la Freienbach, Zug und Herrliberg können wir ohnehin nie vorne mitmachen. Vielmehr spielt es eine Rolle, ob Wohlen den Bürgerinnen und Bürgern etwas bieten kann, und zwar in den Bereichen Bildung, Kultur, Soziales, öffentlicher Verkehr, Ökologie, usw. Interessant in dieser Hinsicht ist sicher die eben erschienene Rangliste der attraktivsten Gemeinden in der Schweiz, in der Wohlen nicht gerade in den vorderen Rängen zu finden ist.

Bei einer Erhöhung des Steuerfusses von 5 % schreckt alle auf. Aber, wie wirkt sich denn das für die Einzelperson konkret aus? Auf der Gemeindehomepage ist eine wunderbare Tabelle zu finden, welche über die konkreten Auswirkungen Auskunft gibt. Ein Alleinstehender mit einem steuerbaren Einkommen von Fr. 40'000.00, und das betrifft den grössten Teil der Wohler Bevölkerung, bezahlt mit einem Steuerfuss von 110 % rund Fr. 90.00 mehr, Verheiratete lediglich Fr. 43.00. Bei einem steuerbaren Einkommen von Fr. 90'000.00 bezahlen Alleinstehende Fr. 340.00 mehr, Verheiratete Fr. 220.00. Ist es denn so abwegig, von einer alleinstehenden Person, die mehr als Fr. 90'000.00 verdient, Fr. 340.00 mehr zu verlangen, wenn es für die Gemeinde von dringender Notwendigkeit ist? Geschätzte Damen und Herren, schauen wir doch die wahren Relationen an. Für den Einzelnen ist es ein kleiner Betrag, für die Gemeinde aber bitter notwendig, um sich weiterentwickeln zu können. Und das wollen ja alle hier im Saal, andernfalls hätte ich alle Voten der letzten zwei Jahre falsch verstanden.

Viel genannt wird in letzter Zeit die Aufgabenteilung zwischen dem Kanton und den Gemeinden. Der Kanton, resp. die bürgerliche Mehrheit im Grossrat, schiebt Aufgaben an die Gemeinden ab und damit auch die Kosten. Die Aussagen von einem Grossratsmitglied gestern abend nehme ich als Versprechen entgegen und erwarte, dass er gegen weitere Verschiebungen der Kosten von Kantons- auf Gemeindeebene kämpft. Von diesen Kosten sind allerdings erst wenige im Budget enthalten, viele sind ja auch noch nicht definitiv beschlossen, aber es werden einige auf uns zu kommen.

In naher Zukunft, darüber gibt der Finanzplan Auskunft, werden aufgrund der getätigten Investitionen die vorgeschriebenen Abschreibungen folgen, welche das Gemeindebudget ebenfalls belasten werden. Die Schulden werden in den nächsten Jahren markant ansteigen. Wir sind der Meinung, dass ein solcher Anstieg verhindert werden muss, wäre es doch unsinnig, knapp bemessenes Geld in die Zinslast der Gemeindeschulden zu stecken. Die Gemeinde Wohlen braucht für das Jahr 04 und die weiteren Jahre mehr Geld. Wir laufen sonst in einen Schuldenberg, der uns über den Kopf zu wachsen droht.

Die Aenderungsanträge seitens der Finanzkommission können wir nur teilweise unterstützen. Die grosse Anzahl der Anträge zeigt den grossen Aufwand, den die Finanzkommission getätigt hat, um Einsparungen machen zu können. Es bringt aber nichts, wenn Kosten auf nächstes Jahr verschoben werden und wir dabei das Gefühl haben, dass wir dabei gespart hätten. Und auf die Hoffnung, dass die Gemeinde im nächsten Jahr finanziell besser da steht, dürfen wir nicht bauen. Wir, als Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, müssen uns davor hüten, RappenspalterInnen zu werden und dem Gemeinderat und somit der Gemeinde sämtlichen Spielraum zu nehmen. Wir müssen uns darauf konzentrieren, eine Diskussion zu langfristigen Zielen und Grundsätzen der Gemeinde Wohlen zu führen und so die geeigneten Veränderungen einzuleiten. Eine „Pflasterlipolitik“, an der immer jemand etwas auszusetzen hat und nie eine ganzheitliche Lösung gefunden werden kann, darf es nicht geben.

Die SP Wohlen freut sich auch nicht über immer steigende Ausgaben, doch das Budget 04 zeigt aus unserer Sicht in die richtige Richtung. Anstehende Probleme müssen gelöst werden und dazu sind nun einmal finanzielle Mittel notwendig. Wir würden es allerdings begrüssen, wenn zusätzlicher finanzieller Spielraum vorhanden wäre, um Visionen zu verwirklichen. Wir freuen uns aber auch darüber, dass einige Positionen im Budget vorhanden sind, die kreative Lösungen der Probleme zulassen.

Liebe Ratsmitglieder, die Fraktion der SP Wohlen möchte, dass Wohlen sich weiterentwickelt und zu einer noch attraktiveren Gemeinde wird. Stimmen Sie dem Budget 04 mit einem Steuerfuss von 110 % zu und verhindern Sie somit, dass Wohlen stehen bleibt und sich damit selbst zur Statistin im Rennen zu einer attraktiven Gemeinde macht. Das Prinzip „Sparen um des Sparens Willen“ ist der falsche Weg. Wir müssen den Realitäten ins Auge sehen; die Gemeinde Wohlen

braucht mehr Geld. Dies ist leider keine frohe Botschaft, die verkündet werden kann, aber sie muss verkündet werden, auch wenn sie überhaupt nicht populär ist, und schon gar nicht dem bereits wieder lancierten Wahlkampf hilft.

Bertschi Bruno, SVP: Ich habe keinen Kunstgriff gemacht betr. Kunstrasen. Ich habe einen Antrag gestellt, der vom Einwohnerrat gutgeheissen wurde. Wenn dies nachträglich als Kunstgriff gesehen wird, tut mir das Leid.

Die Abschaffung des Schulsekretariates als absurde Idee zu taxieren, ist ziemlich daneben. Es kann zwar nicht über das Budget gemacht werden, es ist jedoch bekannt, dass das Schulsekretariat plus-minus überflüssig ist. Zudem ist das Schulsekretariat die halbe Zeit geschlossen und ich bitte den Gemeinderat, diese Sache sofort an die Hand zu nehmen.

Arsène Perroud hat erwähnt, dass der Gemeinde Spielraum gegeben werden sollte. Dies ist jedoch keine gute Idee, da so noch mehr Geld ausgegeben wird.

Die zwei Voten von Doris Becker und Arsène Perroud hätten auch vom Gemeinderat sein können, dies hätte wunderbar gepasst.

Jauslin Matthias, FDP: Meine Aussage, dass sich die FDP an einer allfälligen Detailberatung nicht aktiv beteiligen wird, wurde von vielen hier im Rat scheinbar als Drohung aufgenommen. Bei allen, bei welchem ich mit dieser Aussage angeeckt bin, möchte ich mich persönlich entschuldigen. Es war nie die Meinung, irgend welche Personen zu erpressen. Ich bin jedoch auch überzeugt, dass die Entscheidung des Einwohnerrates gegen eine Rückweisung aus rein objektiven Überlegungen zustande kam.

Wir werden an der Diskussionsrunde nicht aktiv teilnehmen. Das heisst für uns, wir werden die Sparanträge der Finanzkommission deckungsgleich unterstützen. Allen anderen Anträgen aus der Ratsmitte werden wir, übrigens wie alle hier im Saal auch, nach bestem Wissen und Gewissen zustimmen oder sie ablehnen.

Wir sind nach wie vor davon überzeugt: Es liegt nicht am Gesamteinwohnerrat, jede Budgetposition aus allen Winkeln zu beleuchten und zu hinterfragen. Das Instrument Finanzkommission sollte uns eigentlich in dieser Entscheidungsfindung unterstützen.

Die FDP möchte keine Zufallsentscheide. Wir werden heute Abend über das gesamte Gemeindegeldspektrum diskutieren. Von der EDV-Abteilung über den Strassenunterhalt bis hin zum Schulsekretariat. Mit der Absicht für das Wohl für Wohlen führen wir engagierte Diskussionen über Themen, in denen wir mehr oder weniger sattelfest sind. Sicher werden wir auf dem Papier noch einige Tausend Franken einsparen. Strukturell ändern wir aber nichts. Langfristige Zielvorgaben müssten alphanumerisch formuliert werden und können nicht durch einige Budgetzahlen ersetzt werden. Eine alte und bekannte Forderung seitens der FDP.

Nach wie vor sind wir der Überzeugung, dass wir Jahr für Jahr einen zu grossen Nettoaufwand budgetieren. Die alljährlichen guten Rechnungsabschlüsse bestätigen dies. Auf der anderen Seite stellen wir aber auch fest, dass die Aufwendungen Jahr für Jahr ungebremst wachsen. Ein typisches Beispiel hier sind die Personalkosten. Hier sind ernsthafte Überlegungen betreffend Stellenplan und Besoldungsreglement zu machen. Und das vor allem auch auf der obersten Stufe. Kosten- / Nutzenverhältnis scheint hier nicht immer zu stimmen. Der für uns entscheidende Punkt ist jedoch der Steuerfuss.

Und hier wiederhole ich mich:

Der Steuerzahler wurde im Vorfeld der Großprojekte immer wieder kommuniziert: „Wir schaffen das ohne Steuerfusserhöhung“. In diesem Sinne hat der Souverän den Projekten auch zuge-

stimmt und soll nun nachträglich via Steuererhöhung zur Kasse gebeten werden. Dies ist nicht fair. Diese Massnahme können wir nicht unterstützen, insbesondere da der Einwohnerrat ja bereits einer weiteren Abgabe, nämlich der Grüngutgebühr zugestimmt hat. In diesem Sinne warten wir gespannt auf die folgende Beratung.

Keusch Marianne, EL & Grüne: Ich verzichte auf ein längeres Votum, da wir dem Votum von Arsène Perroud zustimmen können. EVP und die Gruppe EL & Grüne unterstützen die vorgeschlagene Steuerfusserhöhung. Ohne diese Erhöhung fehlt der Gemeinde jeglicher finanzielle Spielraum, auch wenn wir heute einige Posten aus dem Budget streichen werden. Wir wollen keine Gemeinde, welche nur im Notfall investiert, sondern wir wollen innovative Ideen verwirklichen können und Geld haben für Massnahmen in oekologischen, kulturellen und sozialen Bereichen, nicht zuletzt auch für die Jugend. Unser Dorf kann neben dem Sportzentrum noch einige Attraktivitätssteigerungen ertragen. Wir denken hier an die Einrichtung von weiteren Tempo-30-Zonen und an die Umsetzung weiterer Massnahmen, welche im Verkehrsplan enthalten sind.

Was nützt uns Land an zentraler Stelle, wenn wir kein Geld haben, um es sinnvoll zu nutzen. Unser Dorf wird nicht attraktiver durch einen tiefen Steuerfuss. Wir haben uns nie gegen eine Steuerfusserhöhung gewehrt und wir sind der Meinung, dass der Gemeinderat den Handlungsbedarf sehr spät erkannt hat. Warnende Stimmen aus dem Einwohnerrat wurden nicht erhört. Das Ganze erinnert uns im Nachhinein an eine Verdrängungstaktik. Wir haben das Budget und die Änderungsanträge der Finanzkommission eingehend beraten und können einigen Anträgen zustimmen. Wir wehren uns gegen Sparübungen in den Bereichen Jugend, Bildung und Kultur.

Fricker Matthias, J-CVP: Wir sind nicht erfreut, dass wir heute über eine Steuerfusserhöhung diskutieren müssen. Jedoch ist sie unserer Meinung nach unausweichlich. Wie wir gehört haben, werden viele Kosten vom Kanton auf die Gemeinden abgewälzt, dazu kommen die Projekte, welche wir und auch das Volk beschlossen haben. Die Liste der Fiko mit den Sparvorschlägen haben wir genauestens studiert. Wir können vielen zustimmen.

Was ist wichtig für einen attraktiven Standort? Sicher auch ein tiefer Steuerfuss, aber auch gute Schulen und Freizeitmöglichkeiten. In dieser Richtung wurde in den letzten Jahren sehr vieles gemacht. Man kann sich fragen, ob es zuviel war. Wir sind jedoch der Meinung, dass es so gut war.

Wir sagen Ja zum Voranschlag 2004 mit einigen Änderungen.

Muff Sepp, SP: Ich bin nicht einverstanden mit den vielen Abänderungsanträgen der Fiko. Es ist eine Zumutung und führt zu Willkür und Zufallsentscheiden. Vieles wird einfach auf das nächste oder übernächste Jahr verschoben. Schlussendlich haben wir nichts gespart. Niemand übernimmt die Verantwortung, wenn etwas schief läuft.

Es wurden wieder einmal die Personalkosten angesprochen. Liebe Gewerbetreibende, gebt den Arbeitnehmern mehr Lohn, das führt zu weiteren Steuereinnahmen.

Warum sind vor einigen Jahren Personen nach Waltenschwil gezogen? Die hatten einen Steuerfuss von 114 %. Nun wird gebaut und der Steuerfuss kann gesenkt werden. Hätten wir den Schritt der Steuererhöhung vor einigen Jahren gemacht, hätten wir viele Probleme weniger und evtl. einige Mio. Franken weniger Schulden. Vielleicht hätten wir sogar die Möglichkeit, an den Orten, an denen wir Land gekauft haben zu helfen, dass gebaut wird.

So wie ich es sehe, wollen alle an dem Steuerfuss sägen und sparen. Die Mitglieder der Partei hinter mir (SVP) will dafür besorgt sein, dass das Volk einer Steuerfusserhöhung nicht zustimmt. Auch die Finanzkommission hilft mit, an einigen Orten zu schröpfen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Vielen Dank den Fraktionssprechern der SP + Freis Wöhl für die positiven Voten. Ich möchte die gestrige Folie nicht nochmals zeigen, es ist jedoch eindrücklich, wenn man sieht, welche Kosten vom Kanton an die Gemeinden abgeschoben werden und welche Auswirkungen dies für uns hat. Wir haben eine Aussage von Bruno Bertschi betr. Schulsekretariat gehört. Ich bitte im Anschluss an mein Votum, den Schulpflegepräsidenten dazu Stellung zu nehmen.

Es wurde der Anstieg des Nettoaufwandes angesprochen. Wir haben den Vergleich Budget 2004 mit Rechnung 2002 gemacht und stellten einen Mehraufwand von Fr. 3,9 Mio. fest. Folgende Positionen haben zu diesem Mehraufwand geführt:

• Sozialversicherungen, AHV, IV. EO	Fr. 539'000.00
• Sozialhilfe	Fr. 661'000.00
• Spitäler	Fr. 279'000.00
• Schulleitung	Fr. 633'000.00
• Spitex, Bifang	Fr. 252'000.00
• Strassenentwässerung	Fr. 73'000.00
• Niedermatten / Bünzmatt III	Fr. 158'000.00
• Konzessionsabgaben IBW	Fr. 453'000.00
• Baulicher Unterhalt	Fr. 442'000.00
• Informatik Repol/Schulleitung/Reg. Zivilstandsamt	Fr. 270'000.00
• Amtsvormundschaft / Mütter- Väterberatung	Fr. 56'000.00
• Jugendräume	Fr. 40'000.00

Personalaufwand

Wenn Sie die Kosten Löhne Verwaltung, Betriebspersonal anschauen, erhält man Fr. 10.3 Mio., dies ist eine Abweichung gegenüber 2003 von Fr. 1.5 Mio. Was führt zu dieser Abweichung:

• Volksschule / HPS / Musikschule	Fr. 772'000.00
• Repol (hier muss jedoch noch die Beteiligung der angeschlossenen Gemeinden abgezogen werden)	Fr. 360'000.00
• Hauswarte / Platzwarte Bünzmatt III und Niedermatten	Fr. 103'000.00
• Beschäftigungsprogramm (führt zu kleineren Ausgaben im Bereich Sozialhilfe)	Fr.
• Minderaufwand Personal/Pensumswechsel	Fr. 70'000.00
• Mehraufwand Mitarbeiterqualifikation gemäss Dienst- und Besoldungsreglement	Fr. 100'000.00

Ich möchte in Erinnerung rufen, dass es selten ein Dorf gibt, das so intensiv über Finanzen spricht. Dem Einwohnerrat wird mittels Finanzplan, Rechnung und Budget die Gelegenheit gegeben, in die finanzielle Lage der Gemeinde Einsicht zu nehmen. Wir versuchen, Ihnen immer so früh als möglich die Zahlenmechanik zu erklären.

Fischer Arthur, Präsident der Fiko: Herzlichen Dank für die Würdigung unserer Arbeit. Wir befinden uns mit der Steuererhöhung in einer speziellen Situation. Es ist daher wichtig, dass wir den Voranschlag genau studieren. Dies wird von uns erwartet. Wir haben ein tiefes Pro-Kopf-Steureinkommen. Dies kann nur damit geändert werden, indem grosse Steuerzahler nach Wöhlen kommen.

Sepp Muff kritisierte die Liste der Änderungsanträge der Fiko. Dies ist jedoch die Aufgabe der Fiko, es handelt sich um Sparvorschläge. Es ging dabei nicht um die Grösse der Beträge, sondern um die Dringlichkeit. Es ist kein einziger Posten dabei, bei welchem die Kürzung zu Problemen führen wird. Viele Posten, die zur Zeit nicht notwendig sind, wurden hinausgeschoben. Sie stehen heute Abend in der Verantwortung, Entscheidungen zu treffen. Ich habe nie gesagt, dass diese Anträge zu einer Steuersenkung führen. Sie entsprechen jedoch 3 Steuerprozenten. Wir warten den Rechnungsabschluss 2003 ab, wenn dieser um Fr. 3 Mio. höher ausfällt, kann man wieder von einer Steuersenkung sprechen.

Detailberatung

Konto Nummer	Konto-Bezeichnung	Kürzung	Anträge / Diskussion
Stellenplan 2004	Stellenplan		<u>Lanz Christian, FDP:</u> Es sind nur die zusätzlichen Stellen im Stellenplan zu bewilligen, welche bereits durch den Einwohnerrat genehmigt wurden. Für alle weiteren Stellen fordern wir einen separaten Bericht und Antrag. <u>Dubler Walter, Gemeindeammann:</u> Wir bitten Sie, den Antrag abzulehnen. Wir wollen effizient und kostengünstig arbeiten. Die Begründung habe ich Ihnen bereits gegeben (Repol). <u>Lanz Christian, FDP:</u> Ich gebe Ihnen betr. Repol Recht, es geht jedoch um das Zivilstandsamt und die Hauswarte. Da sind noch keine festen Angaben vorhanden. Es soll uns dann zur Genehmigung vorgelegt werden, wenn alles geregelt ist. <u>Dubler Walter, Gemeindeammann:</u> Beim Zivilstandsamt basiert die Einführung auf den Beschluss des Grossen Rates und fällt so in die Kompetenz des Gemeinderates. Die Arbeitsgruppe „Betriebskonzept Sportzentrum Niedermatten“ ist dabei, das Betriebskonzept auszuarbeiten. <u>Meier Maya, Freis Wohle:</u> Wird das Betriebskonzept dem Einwohnerrat vorgelegt? <u>Dubler Walter, Gemeindeammann:</u> Nein!
Abstimmung Der Änderungsantrag der FDP <i>Es sind nur die zusätzlichen Stellen im Stellenplan zu bewilligen, die bereits durch den Einwohnerrat genehmigt wurden. Für alle weiteren Stellen wird je ein separater Bericht und Antrag gefordert.</i> wird mit 26 Ja zu 13 Nein angenommen. <u>Muff Sepp, SP:</u> Warum haben wir 2 Lehrstellen weniger als im letzten Jahr? <u>Dubler Walter, Gemeindeammann:</u> Seit Bezug des Gemeindehauses werden auf der Gemeindeverwaltung Lehrlinge ausgebildet. Anfang der 90-Jahren wurden jeweils 6, 1997 4 Lehrlinge, 1998 6 Lehrlinge ausgebildet. Weiter haben wir 2 Betriebspraktikerlehrlinge, welche 1999 angestellt wurden. <u>Hartmann Peter, Gemeindeschreiber:</u> Grundsätzlich werden immer 6 Lehrlinge ausgebildet. Ausnahmsweise wurden im letzten Jahr 8 Lehrstellen angeboten (Zusatzlehre zu Bürolehre). Diese hätten eigentlich gar nicht aufgeführt werden müssen, da es sich um eine Ausnahmesituation handelte. Es ist wichtig, dass die Ausbildung der Lehrlinge nicht leidet. <u>Muff Sepp, SP:</u> Ich verstehe dies trotzdem nicht, denn zur Zeit ist es sehr schwer eine Lehrstelle zu finden. <u>Külling Harold, Gemeinderat:</u> Wir haben in Aussicht, dass ab August eine zusätzliche Lehrstelle im Chinderhuus angeboten wird.			
012.318.01	Expertisen, Gutachten, Gerichtskosten, Treuhand	Fr. 15'000.00	<u>Fischer Arthur, Präsident der Fiko:</u> Wir stellen den Antrag, den Betrag an die Rechnung 2002 anzulehnen. <u>Dubler Walter, Gemeindeammann:</u> Wir bitten Sie, diesen Antrag abzulehnen. Wenn solche Kosten anfallen, muss das Geld ausgegeben werden. Wir haben keinen grossen Spielraum. Fr. 16'000.00 ist bereits für die externe Revision vergeben. Der externe Berater, welcher zu Revision des Dienst- und Besoldungsreglements

			beigezogen wurde, kostet ca. Fr. 36'000.00. Diese Kosten werden in diesem und im nächsten Jahr abgewickelt. Einsparungen sind daher nicht möglich. <u>Bertschi Bruno, SVP:</u> Ich bin mir nicht sicher, ob wir in dieser Kommission einen zusätzlichen Berater benötigen. Unser vollamtlicher Gemeindeammann sollte mit seiner Ausbildung in der Lage sein, die nötigen Impulse zu geben. Der externe Berater hat bereits in verschiedenen anderen Gemeinden gearbeitet. Diese könnten uns die Unterlagen schicken. Wir unterstützen den Antrag der Fiko. <u>Dubler Walter, Gemeindeammann:</u> Dieses Kompliment freut mich. Ich sehe jedoch meine Grenzen und es ist notwendig, dass dies professionell gemacht wird. Sie haben gestern erwähnt, dass Sie nicht stark in die Details gehen wollen – dies ist jetzt jedoch der Fall. <u>Fischer Arthur, Präsident der Fiko:</u> Fr. 14'000.00 Reserve reichen. Wenn es mehr kosten sollte, kann das im Nachhinein ganz klar begründet werden. <u>Dubler Walter, Gemeindeammann:</u> Da der Gemeinderat dieses Geschäft noch nicht verabschiedet hat, ist dies im Budget noch nicht enthalten.
Abstimmung Der Antrag der Finanzkommission <i>Der Betrag sei um Fr. 15'000.00 auf Fr. 30'000.00 zu kürzen.</i> wird mit 26 Ja zu 11 Nein angenommen.			
011.310	Abstimmungsunterlagen, Inserate, etc.	Fr. 7'000.00	<u>Bertschi Bruno, SVP:</u> Das Jahr 2004 ist ein ganz normales Wahljahr, daher sind die Ausgaben nicht höher als im 2003 zu budgetieren.
Abstimmung Der Antrag der SVP <i>Der Betrag sei um Fr. 7'000.00 zu kürzen.</i> wird mit grossem Mehr angenommen.			
020.309.03	Stelleninserate	Fr. 5'000.00	<u>Fischer Arthur, Präsident der Fiko:</u> Wir haben festgestellt, dass die Gemeinde Wohlen sehr grosse Stelleninserate macht. Man soll sich jedoch auf das Wesentliche beschränken und auf unsere Homepage verweisen. Es ist dank dem heutigen Stellenmarkt nicht notwendig, so grosse und aufwendige Inserate aufzugeben. <u>Bertschi Bruno, SVP:</u> Auch wir haben über diesen Posten gesprochen. Wir stellen den Antrag, den Betrag auf Fr. 15'000.00 zu kürzen. Momentan ist die Fluktuation nicht mehr so gross und es müssen keine zusätzlichen Personen angestellt werden. <u>Dubler Walter, Gemeindeammann:</u> Seit der letzten Anregung der Finanzkommission wurde die Inserategrösse reduziert und wir beschränken uns wenn möglich auf den WA oder den Freiamter-Teil der AZ. Für Personal mit spezifischen Anforderungen und Berufserfahrung wird weiterhin in der Mittellandzeitung und der Fachpresse inseriert. Es ist wichtig, dass die Gemeinde mit einem gewissen Erscheinungsbild auftritt.
Abstimmung Der Antrag der Finanzkommission, der Betrag sei um Fr. 5'000.00 zu kürzen, und der Antrag der SVP, der Betrag sei auf Fr. 15'000.00 zu kürzen, werden einander gegenüber gestellt. Der Antrag der Finanzkommission obliegt grossmehrheitlich. Der Antrag der Finanzkommission <i>Der Betrag sei um Fr. 5'000.00 auf Fr. 15'000.00 zu kürzen.</i> wird mit 30 Stimmen angenommen.			

020.318.02	Telefongebühren	Fr. 5'000.00	<u>Fischer Arthur, Präsident Fiko</u> : Das Personal sollte darauf hingewiesen werden, dass nur in dringenden Fällen auf Natels telefoniert werden sollte. Gespart werden kann auch, indem man Telefonanschlüsse zusammenlegen würde oder Offerten bei anderen Telefonanbieter einholt.
Abstimmung Der Antrag der Finanzkommission <i>Der Betrag sei um Fr. 5'000.00 auf Fr. 49'000.00 zu kürzen.</i> wird mit 26 Ja-Stimmen grossmehrheitlich angenommen.			
090.314.02	Baulicher Unterhalt durch Dritte, ausserordentlich	Fr. 17'000.00	<u>Fischer Arthur, Präsident der Fiko</u> : Der Betrag beinhaltet Umgebungsarbeiten Gemeindehaus und Beleuchtung Strohmuseum. Diese Arbeiten sind nicht dringend nötig. <u>Bächer Andy, CVP-CSP</u> : Ich rede zu den Unterhaltsarbeiten im Allgemeinen, welche die Fiko hinausschieben will. Hier handelt es sich nicht um Sparen, sondern um Hinausschieben, schlussendlich kostet es mehr. Dagegen wehre ich mich. <u>Weber Edith, CVP-CSP</u> : Die Beleuchtung des Strohmuseums ist seit 26 Jahren die selbe und es gibt keine Ersatzteile. Wenn die Beleuchtung nicht repariert wird, ist es unmöglich dort zu arbeiten. <u>Fankhauser Robert, CVP-CSP</u> : Dieser Posten sollte gestrichen werden. Es gibt dort einiges mehr zu machen als nur die Beleuchtungsschiene. Es sollte grundsätzlich angeschaut werden. <u>Meier Erwin, Gemeinderat</u> : Ich bitte Sie, diesen Posten nicht zu streichen. Dies ist das einzige Objekt in Wohlen, zu dem Personen mit dem Car anreisen. Wir machen beim Gemeindehaus keine neue Gartenanlage, sollte jedoch im nächsten Jahr der Kreisel erbaut werden, müssen einige Anpassungen vorgenommen werden, welche von der Gemeinde getragen werden müssen. So müssen wir kein separaten Bericht und Antrag vorlegen.
Abstimmung Der Antrag der Finanzkommission <i>der Betrag sei zu streichen</i> wird mit 18 Ja, 20 Nein und 1 Enthaltung abgelehnt.			
090.314.03	Baulicher Unterhalt durch Dritte, Vandalismusbeschädigung	Fr. 30'000.00	<u>Fischer Arthur, Präsident der Fiko</u> : Eigentlich ist dies ein guter Ansatz und sollte die Jugendlichen vom Sprayen abhalten. Uns ist nicht bekannt, wie viel in den letzten Jahren für die Beseitigung der Sprayereien aufgewendet wurde. Man müsste Vergleichsmöglichkeiten haben. Allfällige Ausschüttungen an die Vereine sollten via Nachtragskredite gesprochen werden. Die Finanzkommission ist also nicht grundsätzlich gegen diese Idee, wir sind uns jedoch nicht sicher, ob der Betrag nicht zu hoch ist. <u>Chaksad David, SP</u> : Ich vertraue dem Gemeinderat, dass er den Betrag nicht sinnlos ausgibt. Für mich stehen die Sprayereien im Mittelpunkt. Diese müssen beseitigt werden. Der Anhang, dass ein allfälliger Überschuss der Jugend zur Verfügung gestellt wird, ist für mich zweitrangig. Ich hoffe, dass wir hier auch die Unterstützung der FDP haben, welche diese Forderung bereits einmal gestellt hat. <u>Dörig Werner, FDP</u> : Ich warte schon seit langem, dass die versprayed Turnhallenfassaden sauber gemacht wird. Für dieses Problem sollte der Gemeinderat Geld zur Verfügung haben. <u>Meier Erwin, Gemeinderat</u> : Dieses Thema wurde in den letzten Jahren aus finanziellen Gründen vernachlässigt. Regelmässig werden Gebäude und Unterführungen versprayed, dies sieht nicht schön aus. Diese Fr. 30'000.00 sind ein kleiner Anfang, um dieses Problem zu lösen. Beim Bünzmatthaus wollen wir einen Sprayschutz machen. Dies ist nicht günstig und kostet ca. Fr. 67'000.00. Wir wollen damit dazu beitragen, dass Wohlen „an-

			mächeliger“ wird. Das Gesicht von Wohlen muss verschönert werden. <u>Keller Anna, EL & Grüne</u>: Der Beitrag sollte beibehalten werden. Ich habe jedoch Mühe damit, dass ein allfälliger Restbetrag der Jugendkommission zur Verfügung gestellt wird. Es wird sehr schwierig sein, den Betrag gerecht zu verteilen. Meiner Meinung nach wird dies nicht funktionieren. <u>Meier Erwin, Gemeinderat</u>: Es wäre ein Versuch wert.
Abstimmung Der Antrag der Fiko <i>Der Betrag sei zu streichen.</i> wird mit 20 Ja zu 19 Nein angenommen.			
	Ortszulagen		<u>Bertschi Bruno, SVP</u>: Eine Position, welche ins Gewicht fallen würde, sind die Ortszulagen an die Lehrer. Ich habe bei ca. 15 Gemeinden des Kantons eine Umfrage gemacht und festgestellt, dass die Gemeinden, welche in etwa den selben Pro-Kopf-Steuerertrag haben wie wir, die Ortszulagen abgeschafft haben. Gemeinden wie Zofingen, Baden und Aarau haben sie noch. Eigentlich wollte ich einen Antrag zur Abschaffung der Ortszulagen stellen, musst mich jedoch vom Gemeindegemeinsamer beschreiben lassen, dass die Ortszulagen auf einen Volksbeschluss beruhen, und dass dieser Betrag nicht mittels Budget gestrichen werden kann. Ich bitte den Gemeinderat, dass er uns einen Bericht und Antrag vorlegt, welcher noch im alten Jahr genehmigt werden könnte. So könnten Fr. 230'000.00 gespart werden. Es geht nicht darum, den Lehrern Geld wegzunehmen, aber ab 2005 fallen diese Ortszulagen sowieso weg. <u>Meier Erwin, Gemeinderat</u>: Sobald mit dem GAL das neue Dienst- und Besoldungsreglement in Kraft tritt, fallen die Ortszulagen automatisch weg. Somit ist kein Bericht und Antrag nötig.
214.314.02	Baulicher Unterhalt durch Dritte, ausserordentlich	Fr. 26'500.00	<u>Fischer Arthur, Präsident der Fiko</u>: Hier handelt es sich um: die Beleuchtung des Lehrerzimmers im Bünzmatt; Fr. 5'000.00, Aufnahme des Ist-Zustandes Kanalisation; Fr. 18'000.00 und Kunstglas Aulasanierung; Fr. 3'500.00. Beleuchtung und Fenster sind unserer Meinung nach nicht dringend. Wir haben selber einen Augenschein genommen und keinen Defekt festgestellt. Die Arbeiten betr. Kanalisation sollten im Baukredit Bünzmatt III Platz haben. <u>Schmid Tomi, Freis Wohle</u>: Es geht hier um ein Kunstwerk eines Wohler Lehrers. Dieses Kunstwerk hält nicht mehr und sollte repariert werden. <u>Becker Doris, Freis Wohle</u>: Betrifft die Aufnahme des Ist-Zustandes die Kanalisation der Schulhäuser Bünzmatt I + II? Es hat also nichts mit dem Bünzmatt III zu tun? Kann es in den Baukredit Bünzmatt III genommen werden? <u>Meier Erwin, Gemeinderat</u>: Nein, das kann so nicht gemacht werden. Das Kunstwerk sollte erhalten werden. Wenn man es näher betrachtet, sieht man, dass einige Scheiben neu gelötet werden müssen. <u>Fischer Arthur, Präsident der Fiko</u>: Auch wir sind für die Erhaltung. Wir konnten jedoch keinen Defekt feststellen.
Abstimmung Der Antrag der Fiko <i>Der Betrag sei zu streichen</i> wird mit 20 Nein, 18 Ja, 1 Enthaltung abgelehnt.			
216.314.02	Baulicher Unterhalt durch Dritte ausserordentlich	Fr. 30'000.00	<u>Fischer Arthur, Präsident der Fiko</u>: Unserer Meinung nach sollten diese Arbeiten durch einen ortsansässigen Elektriker getätigt werden. <u>Bächer Andy, CVP-CSP</u>: Dies kann nicht mehr repariert, sondern muss ersetzt werden. Die Finanzkommission will diesen Betrag streichen, obwohl sie keine Ahnung davon hat und nie vor Ort waren. Genau so ist es auch bei der Beleuchtung des Bünzmatt II.

			<u>Huwiler Paul, CVP-CSP:</u> Andy Bächer hat an unserer Fraktionssitzung den Zustand geschildert. Es ist nicht sinnvoll, wenn Unterhaltsarbeiten gestrichen werden. So wird nichts gespart. <u>Schmid Tomi, Freis Wohle:</u> Es muss eine Anlage vorhanden sein, die funktioniert! Dies ist eine Arbeitserleichterung und motiviert. <u>Zulauf Ruedi, EL & Grüne:</u> Allgemein zu den Unterhaltungsposten: Wie die öffentlichen Gebäude und unser Dorf aussehen, hat auch mit Standortmarketing zu tun.
Abstimmung Der Antrag der Finanzkommission <i>Der Betrag um Fr. 30'000.00 auf Fr. 117'000.00 zu kürzen.</i> wird mit 20 nein, 19 ja abgelehnt.			
	Schulsekretariat		<u>Bertschi Bruno, SVP:</u> Durch die Einführung der Schulleitung, welche 2 Jahre früher als nötig eingeführt wurde, ist das Schulsekretariat langsam aber sicher überflüssig und kann gestrichen werden. Natürlich muss dies auf sozialverträgliche Art geschehen. Scheinbar ist das Büro auch oft geschlossen. Kann der Gemeinderat uns einen genaueren Zeithorizont geben? <u>Dubler Walter, Gemeindeammann:</u> Im Zusammenhang mit der Einführung der Schulleitung erhielten Sie einen ausführlichen Stellenplan. Dort sind auch die Stellenpensen bezüglich Schulsekretariat ausgewiesen. Es ist eine Illusion, dass es ohne Schulsekretariat geht. Die Pensen wurden bereits von 200 % auf 160 % reduziert. <u>Sachs Josef, Präsident der Schulpflege:</u> Das Schulsekretariat ist ein integraler Bestandteil des Schulleitungskonzeptes. Wenn wir das Schulsekretariat nicht hätten, wäre das Konzept nicht durchführbar und müsste abgeändert werden. Genau wie in der Gemeindeverwaltung die Gemeindkanzlei nicht gestrichen werden kann, benötigt die Schulleitung ein Schulsekretariat als zentrale Behörde (Protokolle, Budget, Sitzungen, Korrespondenzen). Momentan ist das Schulsekretariat voll ausgelastet. Selbstverständlich könnten die Sekretariatsdienste anders verteilt werden. Die Arbeit ist jedoch vorhanden und muss getätigt werden. Es ist nicht möglich, das Schulsekretariat abzuschaffen. <u>Fischer Arthur, Präsident der Finanzkommission:</u> Auch die Finanzkommission hat diesen Posten angeschaut. Wir sind der Meinung, dass nun jedoch vorerst Erfahrungen gesammelt werden müssen. Auf Antrag der CVP wird eine Evaluation durchgeführt, bevor die jetzige Schulpflege neu gewählt wird. Danach kann weiter geschaut werden.
237.314.02	Baulicher Unterhalt durch Dritte allgemein	Fr. 54'500.00	<u>Fischer Arthur, Präsident der Finanzkommission:</u> Hierbei handelt es sich um neue Duschräume in der Hofmatten-Turnhalle. Wir sind der Meinung, dass dies über einen Nachtragskredit beantragt werden sollte. <u>Meier Erwin, Gemeinderat:</u> Es geht um Folgendes: Die Duschräume werden sehr viel gebraucht. Die Feuchtigkeit steigt in die Höhe und führt zu Defekten an den Wandplatten. Wir haben nach einer Lösung gesucht. Zum Glück hat es bis jetzt noch zu keinen Wasserschäden geführt. Es ist eine dringende Arbeit und muss unverzüglich getätigt werden. Ich bitte Sie, diesen Betrag im Budget zu belassen, damit Geld gespart werden kann.
Abstimmung Der Antrag der Fiko. <i>Der Betrag sei zu streichen</i> wird mit 20 Nein zu 19 Ja abgelehnt			

237.314.01	Baulicher Unterhalt durch Dritte, ausserordentliche	Fr. 35'500.00	<u>Bertschi Bruno, SVP</u>: Hier sind Fr. 35'5000.00 budgetiert, jedoch ohne Erklärung. Um was handelt es sich bei diesem Posten? <u>Meier Erwin, Gemeinderat</u>: Dieses Konto wurde aufgeteilt in Allgemeiner Unterhalt und Ausserordentlicher Unterhalt. Beim Allgemeinen Unterhalt wurden Fr. 12'000.00, budgetiert, für Serviceverträge Fr. 22'000.00 (Dachkontrollen, kontrollieren der Turngeräte, Lift, Kanalspülung)
230.366.01	Stipendien für Berufsbildung		<u>Widmer Reto, Freis Wohle</u>: Wieviele Personen werden von der Gemeinde Wohlen durch Stipendien unterstützt? <u>Sachs Josef, Präsident der Schulpflege</u>: Dies läuft nicht über die Schulpflege sondern über das bbz. <u>Meier Erwin, Gemeinderat</u>: Ich war einige Jahre Mitglied der Stipendienkommission. Personen, welche sich in einer Ausbildung befinden, können ein Stipendengesuch stellen. Diese werden nach kantonalen Gesetzen geprüft und bewilligt oder nicht. <u>Widmer Reto, Freis Wohle</u>: Ich wollte nur wissen wie viele Personen von diesen Stipendien profitieren können. <u>Sachs Josef, Präsident der Schulpflege</u>: Dies wird durch eine Kommission geprüft, welche über die Schulpflege läuft. Jedes Jahr können ca. 6-7 Personen von Stipendien in der Höhe von Fr. 1'000.00 – Fr. 2'000.00 profitieren.
290.365.03	Verein Lernen im Quartier	Fr. 10'000.00	<u>Bertschi Bruno, SVP</u>: Nach wie vor ist dieser Verein für uns ein Phantom. Zwar wurde mir versprochen, dass ich per Mail Informationen erhalte. Wir sind der Meinung, dass die Unterstützung dieses Vereines nicht eine Kernaufgabe der Gemeinde sein sollte. Wir stellen den Antrag, diesen Beitrag zu streichen. Ich kenne zwei Familien, welche in Wohlen wohnten und nun nach Waltenschwil zogen. Sie wollten ihre schulpflichtigen Kinder nicht in eine Schulklasse schicken, in welcher 80 % der Schüler die Deutsche Sprache nicht beherrschen. <u>Perroud Arsène, SP</u>: Genau dieser Verein hilft mit, dass die Kinder Deutsch lernen. Der Verein bietet Deutschkurse für Migrantinnen an, welche sich in einer finanziell schwierigen Lage befinden. Zusätzlich wird auch noch Kinderbetreuung angeboten. Die Kurse sollten dazu beitragen, dass sich die Ausländer in ganz alltäglichen Angelegenheiten auf Deutsch verständigen können. Wenn dieser Betrag gestrichen wird, wird verhindert, dass sich die Schulqualität verbessert. <u>Huwiler Paul, CVP-CSP</u>: Ich habe tatsächlich vergessen, Bruno Bertschi die Adresse zu mailen und werde dies nachholen. Ich kenne 2 Personen in diesem Saal, die Mitglieder dieses Vereins sind; der Präsident und ich. Ich habe begriffen, dass es vor allem unseren Kindern zu Gute kommt, wenn diese Personen Deutsch lernen. Zudem kam dieser Antrag ursprünglich von der Schulpflege. <u>Chaksad David, SP</u>: Die ganze Sache hat mit einer ideologischen Grundlage zu tun. Es gibt auf der ganzen Welt vom Staat unterstützte Programme um Fremdsprachen zu lernen. Es ist nicht nur die „geistreiche Akademische Elite“, welche diese Möglichkeiten erhalten sollte. <u>Bertschi Bruno, SVP</u>: Die Ideale dieses Vereins sind absolut lobenswert. Warum kann diese Arbeit nicht ehrenamtlich getätigt werden? <u>Hübscher Bertha, EVP</u>: Ich kann mich noch gut erinnern, dass Paul Huwiler alle Mitglieder des Einwohnerrates eingeladen hat, an der Generalversammlung teilzunehmen. Es war niemand anwesend.
Abstimmung Der Antrag der SVP / Dorfteil Anglikon <i>Der Betrag sei zu Streichen.</i> wird grossmehrheitlich abgelehnt.			

303.311	Anschaffung von Mobilien	+ Fr. 5'000.00	<u>Bertschi Bruno, SVP:</u> Seit wir unsere Sitzungen im Casino abhalten, haben wir Probleme mit den Verstärkern und die Mikrophone funktionieren nicht. Dies ist gegenüber den Besuchern auf der Tribüne nicht anständig. Wir wünschen, dass eine Verstärkeranlage angeschafft wird, die funktioniert. <u>Meier Erwin, Gemeinderat:</u> Dieser Betrag reicht nicht. Ein Mikrophon kostet Fr. 1'200.00 und wir benötigen mehrere. Eine komplette Anlage kostet im Minimum Fr. 30'000.00. <u>Bertschi Bruno, SVP:</u> Wir stellen fest, dass wir im Casino eine Hobby-Verstärkeranlage haben. Wir verzichten auf die Erhöhung des Betrages, bitten den Gemeinderat jedoch, uns einen Bericht und Antrag oder Nachtragskredit vorzulegen.
303.314.01	Baulicher Unterhalt durch Dritte allgemein	Fr. 10'000.00	<u>Fischer Arthur, Präsident der Fiko:</u> Bei diesem Posten fehlt eine Begründung und in den Jahren 2002/2003 ist kein Betrag enthalten. Gemäss Auskunft des Gemeinderates geht es hier um Fr. 15'000.00 Allgemeiner Unterhalt (Ausbessern von Benützungsschäden) und Serviceverträgen Fr. 7'500.00. Der Betrag sollte um Fr. 10'000.00 gekürzt werden, da die Benützungsschäden an die Veranstalter weiter zu verrechnen sind. <u>Meier Erwin, Gemeinderat:</u> Ich bitte Sie, diesem Antrag nicht stattzugeben. Einige Arbeiten müssen getätigt werden und können nicht dem Veranstalter weiterverrechnet werden. Wir wollen, dass das Casino möglichst gut präsentiert. Wir geben nur das Geld aus, welches nötig ist. Wir haben mit Eugen Räber einen sehr guten Abwart für das Casino. Mir graut schon jetzt von dem Tag, an dem er diesen Job nicht mehr machen wird. Natürlich werden wir die Schäden weiterverrechnen, wenn dies möglich ist.

Abstimmung

Dem Antrag der Finanzkommission

Der Betrag sei um Fr. 10'000.00 auf Fr. 12'500.00 zu kürzen.

wird mit 20 Ja-Stimmen zugestimmt.

303.314.02	Baulicher Unterhalt durch Dritte, ausserordentlich	Fr. 50'000.00	<u>Fischer Arthur, Präsident der Fiko:</u> Gegen die Reparatur des Parkettbodens ist nichts einzuwenden, jedoch gegen die Renovation der Kleiderboutique. Wenn das Geschäft renoviert werden soll, dann müsste dies auf den Mietzins abgewälzt werden. <u>Muff Sepp, SP:</u> So macht man den Ladenbesitzern das Leben schwer. Ich habe kein Verständnis dafür. <u>Meier Erwin, Gemeinderat:</u> Wenn man einen Mieter hat, der regelmässig zahlt, muss etwas dafür gemacht werden. Wir wollen nicht, dass diese Frau den Laden aufgibt. An der Zentralstrasse findet ein reger Besitzerwechsel statt. Dies wollen wir bei der Kleiderboutique verhindern. Wir haben der Besitzerin versprochen, dass der Laden zu einem späteren Zeitpunkt renoviert wird. Der Laden sieht erbärmlich aus! Wir wollen das Risiko nicht eingehen, dass die Besitzerin den Vertrag kündigt, denn dies führte zu grösseren Kosten. <u>Schmid Tomi, Freis Wohle:</u> Hat die Mieterin über den Boden geklagt? <u>Meier Erwin, Gemeinderat:</u> Über den Boden hat sie nicht geklagt, jedoch über alles andere. Es wurde so lange nichts getan, dass nun alles renoviert werden muss. Als die Casinosanierung vorgenommen wurde, hat man bereits eine Toilette gemacht, nun müsste der Rest noch gemacht werden. <u>Fischer Arthur, Präsident der Fiko:</u> Auch ich habe den Laden angeschaut. Der Teppich sieht nicht schlecht aus. Die Augen der Kunden richten sich auf die Kleider und nicht auf den Boden. <u>Bertschi Bruno, SVP:</u> Ich habe den Laden auch angeschaut. Ich weiss nicht, wie dort Fr. 50'000.00 eingesetzt werden sollen. Der Teppich muss ersetzt werden und Malerarbeiten werden vorgenommen. Aber dies kostet bei weitem nicht Fr. 50'000.00.
------------	--	---------------	--

			<u>Fankhauser Robert, CVP-CSP:</u> Auch ich bin der Meinung, dass zuerst gründlich abgeklärt werden sollte, was im Detail gemacht werden muss. Ich habe auch mit der Mieterin gesprochen. Falls der Laden nicht renoviert werden sollte, wird sie den Vertrag nicht kündigen. Sie ist nicht bereit, einen höheren Mietzins zu bezahlen, dies ist jedoch meiner Meinung nach reine Verhandlungssache. <u>Bertschi Bruno, SVP:</u> Ich möchte genau wissen, was alles renoviert wird. Ich bitte den Gemeinderat, diese Position zu streichen und dem Gemeinderat einen Bericht und Antrag vorzulegen. <u>Meier Erwin, Gemeinderat:</u> Folgende Sachen werden neu gemacht: Decke, Wände, Boden. Mehr kann ich nicht sagen. Auch hier geben wir so wenig Geld wie möglich aus. <u>Fankhauser Robert, CVP-CSP:</u> Es gibt einiges mehr zu machen, z.B. das Elektrische und die Lavabos.
Abstimmung Der Antrag der Fiko <i>Der Betrag sei um Fr. 50'000.00 auf Fr. 5'000.00 zu kürzen</i> wird mit 26 Ja-Stimmen angenommen. <u>Chaksad David, SP:</u> Ich stelle den Antrag auf eine kurze Pause. <u>Kuhn Urs, Präsident des Einwohnerrates:</u> Es ist der falsche Zeitpunkt für eine Pause.			
542	Chinderhuus		<u>Meier Maya, Freis Wohle:</u> Hat sich der Gemeinderat bereits Gedanken gemacht über die Privatisierung des Chinderhuus Wohlen? Ist dies zumindest auf der Penzenzenliste? Es ist meiner Meinung nach richtig, wenn vom Kanton wenigstens das zurückgeholt wird, was uns zusteht. Soviel ich weiss, handelt es sich um einen Betrag von mehreren Fr. 10'000.00. <u>Külling Harold, Gemeinderat:</u> Ich habe Ihnen bereits beim letzten Mal gesagt, dass wir dies prüfen werden. Das geht nicht so schnell und einfach. Wenn das Chinderhuus in eine private Gesellschaft umgewandelt wird, hat dies Konsequenzen. Es ist so, dass nur private Kinderhorte die Beiträge des Kantons bekommen. Warum dies so ist, weiss ich auch nicht. Wir werden die Privatisierung prüfen, ich kann Ihnen jedoch nichts versprechen.
620.313.01	Bau- und Unterhaltsmaterial	Fr. 5'000.00	<u>Fischer Arthur, Präsident der Fiko:</u> Wir stellten eine grosse Veränderung gegenüber der Rechnung 2002 fest. Daher schlagen wir vor, den Betrag um Fr. 5'000.00 zu kürzen. <u>Gerber Dieter, Vizeammann:</u> Wir haben ehrlich budgetiert. Es geht um die Arbeit des Bauamtes. Diese Personen beheben die nötigsten kleinen Schäden der Strassen. Dazu wird Material benötigt. Bei der Rechnung dieses Jahres sind wir bereits bei Fr. 15'000.00. Es ist wichtig, dass diese Arbeiten gemacht werden, um die Unfallgefahr zu verringern.
Abstimmung Der Antrag der Fiko <i>Der Betrag sei um Fr. 5'000.00 auf Fr. 10'000.00 zu kürzen</i> wird mit 20 Ja-Stimmen angenommen.			
620.314.01	Strassenunterhalt durch Dritte	Fr. 100'000.00	<u>Fischer Arthur, Präsident der Fiko:</u> Dieser Betrag ist im Vergleich zum letzten Jahr sehr hoch. Er sollte angepasst werden. <u>Dieter Gerber, Vizeammann:</u> Diese Fr. 270'000.00 werden für folgende Arbeiten benötigt: Oberflächenteuerung (kleinere Beträge): Turmstrasse, Rössligut, Dorfstrasse, Grenze Waltenschwil entlang der SBB, Waltenschwilerstrasse bis SBB, Kesselacker Kaltmikrobeläge: Sonnmattweg (Fr. 32'000.00), Raimattstrasse (Fr. 25'000.00)

			Deckbeläge: Gehweg Raimattstrasse (Fr. 11'000.00), Wilstrasse (Fr. 77'000.00), Schulweg unterhalb Halde (Fr. 6'000.00), Zufahrt zum Gemeindehaus (Fr. 30'000.00). Wenn Sie die Fr. 100'000.00 streichen wollen, soll mir jemand erklären, welche dieser dringenden Arbeiten gestrichen werden soll. Dies hat auch etwas mit Werterhaltung zu tun. <u>Bertschi Bruno, SVP:</u> An der Raimattstrasse wird eine Tankstelle gebaut. Ich möchte verhindern, dass der Deckbelag vor Ende der Bauarbeiten gemacht wird. <u>Fischer Arthur, Präsident der Fiko:</u> Wir wurden auf diesen Posten aufmerksam, da im letzten Jahr ein deutlich kleinerer Betrag budgetiert wurde. Hat man in den letzten Jahren keine Strassen gebaut? <u>Gerber Dieter, Vizeammann:</u> Aus diesem Grund habe ich Ihnen aufgezählt, was alles gemacht werden muss. Bezüglich Raimattstrasse bitte ich den Bauverwalter um sein Wort. <u>Mäder Werner, Bauverwalter:</u> Bei diesen Deckbelägen geht es nicht darum, dass wir die nur öffnen wollen. Ein Belag besteht aus zwei Schichten: HMP und Deckbelag. Der Deckbelag wird jeweils zu einem späteren Zeitpunkt gemacht. Wenn das nicht innert einer gewissen Zeit gemacht wird, könnte auch die erste Schicht Schaden nehmen und müsste erneuert werden. Es kommt der Zeitpunkt, da muss dieser Deckbelag gemacht werden, damit die Strasse keinen Schaden nimmt. Einzelne Gräben können beim Bau der Tankstelle nicht verhindert werden. <u>Bächer Andy, CVP-CSP:</u> Für mich ist diese Entscheidung schwer. Ich kenne die Strassen nicht und habe keine Ahnung, ob die Arbeiten wirklich nötig sind. Ich möchte vom Bauverwalter wissen, ob diese Arbeiten wirklich im nächsten Jahr gemacht werden müssen oder ob damit gewartet werden kann, bis z.B. die Tankstelle fertig gebaut ist <u>Mäder Werner, Bauverwalter:</u> Der Deckbelag sollte gemacht werden, damit einzelne Schäden verhindert werden können und die Löcher nicht grösser werden.
--	--	--	---

Abstimmung

Dem Antrag der Finanzkommission

Der Betrag sei um Fr. 100'000.00 auf Fr. 170'000.00 zu kürzen.

wird mit 22 Ja-Stimmen stattgegeben.

620.318.02	Honorare Planung + Projektierung, Expertisen von Strassen + Brücken	Fr. 50'000.00	<u>Fischer Arthur, Präsident der Fiko:</u> Dies entspricht einer 50 %-Stelle. Wir haben vor einiger Zeit die Stellenprozente der Bauverwaltung aufgestockt. In einem Jahr werden die beiden Grossprojekte abgeschlossen sein, dann sollten Ressourcen vorhanden sein, um dieses Projekte selber zu erarbeiten. <u>Gerber Dieter, Vizeammann:</u> Diese Arbeiten können nur durch ein externes Fachbüro gemacht werden. Seit Jahren redet man davon, die Wohler Strassen aufzunehmen, damit man auch sieht, in welchem Zustand sie sind. <u>Fischer Arthur, Präsident der Fiko:</u> Basiert diese Zahl auf einer Offerte oder auf einer Schätzung? <u>Mäder Werner, Bauverwalter:</u> Es ist eine Richtofferte vorhanden.
------------	---	---------------	--

Abstimmung

Dem Antrag der Fiko

Der Betrag sei um Fr. 50'000.00 auf Fr. 10'000.00 zu kürzen.

wird mit 27 Ja-Stimmen stattgegeben.

651	Ortsbus		<u>Bertschi Bruno, SVP:</u> Ich habe dieses Thema bereits einmal aufgegriffen. Ich bin der Meinung, dass niemand in diesem Saal, ausser Dieter Gerber, diese Rechnung versteht. Die Auslastung des Ortsbusses (23 %) ist sehr schlecht. Die fahren ausser zu den Stosszeiten plus/minus leer. Es wäre Standortmarketing, wenn da etwas unternommen werden würde (z.B. Ruftaxi). Die SVP wird das Thema Ortsbus an die Hand nehmen und mit Dieter Gerber und mit der Kommission Kontakt aufnehmen und evtl. einen Vorstoss einreichen.
740.314.02	Baulicher Unterhalt durch Dritte ausserordentlich	Fr. 30'000.00	<u>Fischer Arthur, Präsident der Fiko:</u> Wir schlagen vor, die Malerarbeiten, welche nicht dringend vorgenommen werden müssen, aus dem Budget zu streichen. Werden die Urnensteine weiter belastet? <u>Erwin Meier, Gemeinderat:</u> Die Urnensteine werden weiterbelastet. Der Mensch hat Anrecht auf eine schickliche Beerdigung. Die Malerarbeiten in der Abdankungshalle sind dringend nötig. Die Friedhofkirche wird unter anderem auch an die Neuapostolische Kirche und die Missione Catolica weiter vermietet.
Abstimmung Der Antrag der Fiko <i>Der Betrag sei um Fr. 30'000.00 auf Fr. 20'000.00 zu kürzen</i> wird mit 18 Nein, 17 Ja, 4 Enthaltungen abgelehnt.			
780.318.07	Label „Energie-stadt“	Fr. 14'500.00	<u>Fischer Arthur, Präsident der Fiko:</u> Es ist wichtig, dass die Gemeinde Wohlen etwas für die Umwelt macht. Der Gemeinderat soll jedoch in einem Bericht und Antrag aufzeigen, worum es in diesem Label geht und was es kosten wird. Wie uns erklärt wurde, wird dieses Label noch weitere Kosten nach sich ziehen. Mit den Fr. 14'500.00 ist es nicht getan. <u>Müller Christian, Gemeinderat:</u> Lehnen Sie diesen Antrag bitte ab. Energie Schweiz ist ein Programm des Bundes zur Förderung der erneuerbaren Energie und zugleich zur Förderung des sparsamen Umgangs mit der Energie. Ziele: Stabilisierung des Stromverbrauches, Senkung des Einsatzes von Öl und Gas, vermehrte Nutzung von erneuerbarer Energie (Wind, Wasser, Sonne). Das Label unterstützt fortschrittliche Gemeinden bei den Anstrengungen für eine energie- und umweltfreundliche Politik. Der erzielte Imagegewinn für die Gemeinde bringt uns weiter und positiv ins Gespräch. Der Bund finanziert uns die Hälfte des Betrages. Daher kostet es uns nur Fr. 14'500.00 und hat keine Folgekosten. <u>Becker Doris, Freis Wohle:</u> Es ist wichtig, dass in Wohlen auch im Zusammenhang mit Energie gesprochen wird. Das Energiestadt-Label verpflichtet dazu, in Bereichen wie Energie und Verkehr aber auch in vielen anderen Gebieten mittelfristig ausgesuchte Massnahmen zu realisieren. Wir haben eine fortschrittlich denkende Bauverwaltung, welche den vorgesehenen Betrag für eine Bestandesaufnahme und das Erfassen von vorhandenen Defiziten gebrauchen könnte. Man muss zuerst Geld in die Hand nehmen, damit im Nachhinein Einsparungen verzeichnet werden können. Wohlen hatte den Mut zu einem Minergie-Schulhaus, zu Sonnenkollektoren auf dem Tennisgebäude der Niedermatten und zu Tempo-30-Zonen. Die ibw energie AG produziert Strom mittels Photovoltaik und bietet Ökostrom aus einem Mix von Sonne, Wasser und Wind an. Aus meiner Sicht sind dies alles fortschrittliche Ideen, welche Wohlen bekannt machen. Das zukunftsorientierte Denken sollte unterstützt werden. Dem Sparvorschlag der Fiko kann die Mehrheit von Freis Wohle nicht zustimmen. <u>Bertschi Bruno, SVP:</u> Christian Müller hat gesagt, dass dieses Label keine Folgekosten nach sich ziehen wird. Beim Votum von Doris Becker habe ich zwischen den Zeilen gehört, dass dies nicht so ist. Da möchte ich genaueres wissen, denn das könnte ein Fass ohne Boden sein. <u>Fankhauser Robert, CVP-CSP:</u> Im Finanzplan wurden für dieses Label in den Jahren 2004-2006 je Fr. 30'000.00 eingesetzt. Die Fr. 14'500.00 sind der erste Schritt. Man muss jedoch das gesamte Projekt betrachten.

			<u>Perroud Arsène, SP:</u> Bei dieser Energiestadt geht es darum, dass wir uns auf die Zukunft ausrichten und dass nachhaltige Lösungen verwirklicht werden. Es ist etwas für die Zukunft. <u>Fischer Arthur, Präsident der Fiko:</u> Für das Label werden in den Jahren 2004 und 2005 je Fr. 14'500.00 budgetiert. Es steht nichts geschrieben von Subventionen. Wusste man dies noch nicht? <u>Müller Christian, Gemeinderat:</u> Bei den Label-Kosten geht es insgesamt um Fr. 29'000.00. Die Gesamtkosten werden auf zwei Jahre verteilt. Die Phase A umfasst Standortbestimmung Energie/Verkehr (Fr. 15'000.00), die Phase B den Label-Antrag und die Zertifizierung (Fr. 12'000.00) sowie die Mitgliedschaft (Fr. 2'000.00). <u>Mäder Werner, Bauverwalter:</u> Von diesen Fr. 29'000.00 zahlt der Kanton Fr. 12'000.00, aber erst nach der Zertifizierung. Daher wurde dies noch nicht erwähnt. Als der Finanzplan gemacht wurde, beruhten die Kosten auf Schätzungen. Wie sich nun herausstellte, wird dieses Label um einiges günstiger. <u>Fankhauser Robert, CVP-CSP:</u> Die Fr. 90'000.00 werden aus dem Finanzplan gestrichen? <u>Bertschi Bruno, SVP:</u> Ich bin allergisch gegen Zertifizierungen. Ich habe bei der eigenen Firma festgestellt, dass dies weitgehend eine Geldmacherei ist. Ich frage mich, ob man die Ziele, welche bei diesem Label erfüllt werden müssen, nicht auch ohne das Label erreichen könnte.
Abstimmung Der Antrag der Fiko <i>Der Betrag sei zu streichen.</i> wird mit 20 Ja-Stimmen stattgegeben.			
790.318.01	Honorare Konzepte, Ortsplanung/ Gestaltungs-/Strassenrichtpläne	Fr. 30'000.00	<u>Fischer Arthur, Präsident der Finanzkommission:</u> Die Verkehrsgutachten für Tempo-30-Zonen sind zurückzustellen, da sie nicht dringend sind. <u>Meier René, Gemeinderat:</u> Wir stimmen nicht über Fr. 30'000.00 ab. Wir stimmen darüber ab, ob wir die Massnahmen gemäss Verkehrsrichtplan umsetzen wollen. Auf der Bauverwaltung häufen sich die Begehren um Einführung von Tempo-30-Zonen. Wir haben vor, im nächsten Jahr das Quartier Halde in eine Tempo-30-Zone umzuwandeln. Wenn Sie nun diesen Betrag aus dem Budget streichen, wird sich diese Massnahme um Jahre verzögern. <u>Chaksad David, SP:</u> Es ist ein elementarer Weg, den wir für Wohlen einschlagen und es geht um den Schutz unserer Kinder. Ich sehe keinen Grund, warum wir diese Marschrichtung nicht weitergehen sollen. Wohlen ist die viertgrösste Stadt im Kanton. Nun müssen wir Farbe bekennen und dies geht auch richtig Service Publique (Ortsbus). Wir bieten etwas und betreiben so Standortmarketing. In den Quartierstrassen wird trotz spielender Kinder gerast. Mit den Tempo-30-Zonen können Unfälle vermieden werden. <u>Keller Anna, EL & Grüne:</u> Ich unterstütze, dass die Einführung von Tempo-30-Zonen in den Quartieren weiter vorangetrieben wird. Personen, welche in einen neuen Ort ziehen, überlegen sich, ob sie wirklich in ein Dorf ziehen wollen, in dem es keine Tempo-30 Zonen gibt. Diese Zonen sind wichtig für Kinder, Jugendliche, ältere und gehbehinderte Personen. <u>Schmid Tomi, Freis Wohle:</u> Es ist der Wunsch der Eltern, dass diese Tempo-30-Zonen seriös abgeklärt werden. Es ist eine schwierige Aufgabe zu entscheiden, bei welchen Strassen und Quartieren diese Zonen eingeführt werden sollen. Dies müssen Personen machen, die Erfahrung damit haben. <u>Bertschi Bruno, SVP:</u> Ich bin beeindruckt von der angesprochenen Dramatik. Ich erinnere daran, dass jeder Autofahrer und Töfffahrer Verantwortung trägt. Jeder Raser rast, auch wenn eine Tempo-30-Tafel angebracht ist. <u>Meier René, Gemeinderat:</u> Es ist eigenartig, was Bruno Bertschi erzählt. Ich erinnere

			re daran, dass Du in deinem Quartier auch eine Tempo-30-Zone möchtest. <u>Bertschi Bruno, SVP:</u> Dort wird jedoch mit 80 oder 90 km/Std. gefahren. <u>Muff Sepp, SP:</u> Die Obere Halde Richtung Waltenschwil ist eine typische Raserstrecke. Wenn ich mein Auto an die Strasse stelle, haben wir weitgehend Ruhe. Es ist wichtig, dass diese Tempo-30 Zonen vorangetrieben werden.
Abstimmung Der Antrag der Fiko <i>Der Betrag sei um Fr. 30'000.00 auf Fr. 110'000.00 zu reduzieren.</i> wird mit 21 Nein zu 18 Ja abgelehnt.			
840.318	Marketing Standort Wohlen	Fr. 5'000.00.	<u>Fischer Arthur, Präsident der Fiko:</u> Das Saisonpatronat für den FC Wohlen ist unnötig. Diese Saisonpatronate sind vor allem für Wirtschaftsbetriebe gesichert. Es ist nicht zwingend, dass die Gemeinde ein Saisonpatronat übernimmt, zudem ist der Bürger der Meinung, dass der FC Wohlen bereits genug Unterstützung von der Gemeinde erhält. <u>Dubler Walter, Gemeindeammann:</u> Es geht um den Marketingstandort Wohlen. Das Saisonpatronat der Gemeinde Wohlen hat gemäss Hans Hübscher Synergien zur Folge. Nachdem wir in Wohlen keine Grossindustrie haben, ist man darauf angewiesen, dass die KMU-Betriebe mitmachen. <u>Bächer Andy, CVP-CSP:</u> Es macht sich sehr gut, wenn die Gemeinde als Inhaber eines Saisonpatronates in der Match-Broschüre erscheint. Dies sehen sehr viele Personen und wird geschätzt.
Abstimmung Dem Antrag der Fiko <i>Der Betrag sei um Fr. 5'000.00 zu reduzieren.</i> wird mit 24 Ja stattgegeben			

Meier René, Gemeinderat: Darf ich in dieser Angelegenheit einen Wiedererwägungsantrag stellen?

Kuhn Urs, Präsident des Einwohnerrates: Ich bin der Meinung, dass man mit einer 2/3-Mehrheit bis am Schluss der Sitzung auf einen Beschluss zurückkommen kann. Dies ist gemäss § 27 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates geregelt.

Muff Sepp, SP: Ist der Gemeinderat berechtigt, einen Wiedererwägungsantrag zu stellen? Wir sind zuständig für das Budget und nicht der Gemeinderat.

Kuhn Urs, Präsident des Einwohnerrates: Wie bereits gestern gesagt, lassen die § des Reglements einigen Handlungsspielraum offen. Dies kann ich Ihnen nicht genau beantworten. Ich bin jedoch der Meinung, dass der Gemeinderat das Antragsrecht an unserer Sitzung hat. Peter Hartmann, kannst Du dies bestätigen?

Hartmann Peter, Gemeindeschreiber: Ich denke, dass der Gemeinderat dazu berechtigt ist.

Jauslin Matthias, FDP: Gemäss Art. 13 des Geschäftsreglements des Gemeinderates kann der Gemeinderat Anträge stellen.

Meier René, Gemeinderat: Ich halte dies für einen Fehlentscheid. Es geht nicht darum, dass so dem FC Wohlen eine weitere Leistung zukommt, sondern dass die Gemeinde für diesen Betrag entsprechend Werbung bekommt. Es ist beim Verkauf der Saisonpatronate sehr wesentlich, dass auch die Gemeinde mitmacht. Es geht mir darum, dass die Gemeinde Wohlen beim neuen Stadion in der Niedermatten dabei sein wird und zeigt, dass sie hinter dem FC Wohlen steht. Ich mache Ihnen folgenden Vorschlag: Wenn Sie dem Saisonpatronat zustimmen, verzichte ich auf Fr. 5'000.00 meines Honorares als Gemeinderat im Jahr 2004. Damit haben Sie gespart und die Gemeinde Wohlen erhält hervorragende Werbung.

Fankhauser Robert, CVP-CSP: Ich verstehe diesen Wiedererwägungsantrag nicht. Wir haben darüber abgestimmt und der Einwohnerrat hat beschlossen, diesen Betrag zu streichen. Wenn René Meier den FC mit Fr. 5'000.00 unterstützen will, kann er dies als Privatperson trotzdem machen. Zudem läuft der Vertrag über 2 Jahre, das sind Fr. 10'000.00 und nicht Fr. 5'000.00.

Kuhn Urs, Einwohnerratspräsident: Der Gemeinderat hat das Recht einen Wiedererwägungsantrag zu stellen.

Meier René, Gemeinderat: Der Vertrag läuft über 1 Jahr. Ich möchte, dass die Gemeinde die Fr. 5'000.00 zahlt.

Bertschi Bruno, SVP: Ich bin der Meinung, dass wenn René Meier so grosszügig ist und uns diese für die Gemeinde kostenneutrale Lösung vorschlägt, müssen wir nicht mehr darüber abstimmen. Es ist eine rein buchhalterische Sache.

Kuhn Urs, Einwohnerratspräsident: Wir müssen darüber abstimmen.

Chaksad David, SP: Ich bin der Meinung, dass wir dem Antrag von René Meier zustimmen sollen. Es ist lächerlich, wenn wir wegen Fr. 5'000.00 Vertragsbruch begehen.

Fischer Arthur, Präsident der Fiko: Es geht nicht um den Betrag, es geht um das Prinzip und es ist nicht die Aufgabe der Gemeinde Wohlen. Ausserdem würden wir keinen Vertragsbruch begehen, da es eine Vereinbarung ist, welche nun ausläuft.

Meier Maya, Freis Wohle: Was würde René Meier machen, wenn auch die anderen beiden Vereine von der Gemeinde ein Saisonpatronat möchten?

Bächer Andy, CVP-CSP: Dies ist eine sehr grosszügige Geste von René Meier, welche wir unterstützen sollten. So kommt die Gemeinde zu Werbung, welche sie nicht selber finanzieren muss. Die Frage von Maya Meier ist reine Verhandlungssache der anderen beiden Vereine.

Külling Harold, Gemeinderat: Eine Vereinbarung und ein Vertrag ist das selbe! Wir sind verpflichtet, diesen Vertrag zu erfüllen. Wenn Sie diesen Betrag streichen, werden wir vertragsbrüchig.

Fischer Arthur, Präsident der Fiko: Der Vertrag läuft im nächsten Jahr aus, also werden wir nicht vertragsbrüchig.

Meier René, Gemeinderat: Die Gemeinde wird nicht vertragsbrüchig. Das Patronat für die laufende Saison ist bezahlt.

Schmid Tomi, Freis Wohle: Wenn wir das nicht annehmen, verstehe ich die Welt nicht mehr! Wir müssen zuschlagen.

Abstimmung

Der Wiedererwägungsantrag von René Meier

wird mit grossem Mehr abgelehnt.

992.314.	Unterhaltsarbeiten Werkhof durch Dritte	Fr. 40'000.00	<u>Fischer Arthur, Präsident der Fiko</u>: Die Erweiterung des Entsorgungsplatzes ist zurück zu stellen, da diese Arbeit nicht dringend ist. <u>Müller Christian, Gemeinderat</u>: Wir haben diese Position schon einige Male zurückgestellt. Es ist ein arbeitstechnischer Ablauf, welcher vereinfacht werden muss. Es geht nicht um Fr. 40'000.00, sondern um Fr. 5'000.00, da es vom Bauamt selber gemacht wird. <u>Chaksad David, SP</u>: Es ist meiner Meinung nach anmassend, wenn man den Mitarbeitern diese Erleichterung nicht zugesteht. Die sind bei Wind und Wetter im Freien und sorgen dafür, dass in unserem Dorf einiges funktioniert. Man sollte ihnen diese Erleichterung ihrer Arbeit zugestehen. <u>Schmid Tomi, Freis Wohle</u>: Ich habe das Haus umgebaut und daher die Entsorgungsstelle benötigt. Ich habe dabei gesehen, dass der jetzige Zustand sehr mühsam ist. Die Angestellten des Bauamtes machen ihre Arbeit sehr gut und sie haben es verdient, dass sie einen besseren Arbeitsplatz erhalten. <u>Fischer Arthur, Präsident der Fiko</u>: Es geht nicht um bessere Arbeitsbedingungen, sondern darum, dass mehrere Abstellplätze vorhanden sind. Ich bin auch der Meinung, dass die Arbeit dort sehr gut gemacht wird. Ich frage mich aber auch, wie lange der jetzige Standort des Bauamtes aufgrund seiner Grösse noch reichen wird. Vielleicht wird dies auch regionalisiert. <u>Meier Erwin, Gemeinderat</u>: Wir haben dies Jahr für Jahr zurückgestellt. Es ist nötig, dass die Arbeitsabläufe nun erleichtert werden. Der Standort ist ideal.
Abstimmung Der Antrag der Fiko <i>Der Betrag sei um Fr. 40'000.00 auf Fr. 5'000.00 zu reduzieren.</i> wird mit 21 Nein zu 17 Ja abgelehnt.			
995.309	Weiterbildungskosten Personal / Einführung eines neuen Bussenprogramms für die Regionalpolizei	Fr. 4'500.00	<u>Fischer Arthur, Präsident der Fiko</u>: Die drei Budgetposten 995.309/995.311.02/995.315.02 können gemeinsam behandelt werden, da es bei allen um die Einführung des neuen Bussenprogramms für die Regionalpolizei geht. Die Gemeinde hat bereits ein Access Programm, welche von einem Mitarbeiter einer Gemeindepolizei aufgebaut wurde und sehr gut funktioniert. Man sollte zuerst abklären, ob dieses Programm auf die Regionalpolizei ausbaubar wäre, bevor man viel Geld für ein neues Programm ausgibt. Andernfalls sollte dieser Betrag über einen Nachtragskredit bewilligt werden. <u>Dubler Walter, Gemeindeammann</u>: Sie haben einen Bericht und Antrag betr. Repol, welche am 1. Januar 2004 ihre Arbeit aufnimmt, gutgeheissen. Diese umfasst 2 Aussenstationen in Villmergen und Dottikon. Das alte System kann nur von einem Polizisten genutzt werden und müsste überarbeitet werden. Es muss ein professionelles System eingesetzt werden, welches auch eine professionelle Arbeit zulässt und von allen Polizisten bearbeitet werden kann. Das vorgeschlagene System wird bereits von über 40 Polizeistationen angewendet. Auch die Gemeinden, welche der Repol Wohlen angeschlossen sind, werden sich an den Kosten beteiligen. <u>Rychener Peter, Chef Bevölkerungsschutz</u>: Das Access Programm wurde vor ca. 8 Jahren eingeführt. Es funktioniert in Wohlen aber nur auf einem Arbeitsplatz und dort werden die gesamten Bussen eingegeben. Ich kann nicht abschätzen, wie viel Geld eingesetzt werden müsste, um das Access Programm auf die gesamte Regionalpolizei zu erweitern (3 Standorte, 11 Mitarbeiter, 9 Gemeinden). <u>Huwiler Paul, CVP-CSP</u>: Das Access ist kein Programm, sondern eine Datenbank und für den „Hausgebrauch“ eine gute Sache. Hier geht es jedoch darum ein 1-Mann-System auf ein Mehr-Mann System auszubauen und daraus ein Mandantensystem zu machen und vermutlich auch noch den elektronischen Zahlungsverkehr einzuführen. Aus Erfahrung weiss ich, dass dies nicht sehr einfach ist.

Abstimmung

Der Antrag der Fiko

Der Betrag sei um Fr. 4'500.00 auf Fr. 9'600.00 zu kürzen.

wird mit 22 Nein zu 15 Ja abgelehnt.

Fischer Arthur, Präsident der Finanzkommission: Können wir auch über die beiden anderen Anträge betr. Repol abstimmen?

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich schlage Ihnen vor, die beiden anderen Anträge zurückzuziehen. Andernfalls bilden wir Personen aus, das System dazu haben wir jedoch nicht.

Fischer Arthur, Präsident der Finanzkommission: Wir ziehen die beiden anderen Anträge zurück.

995.311.01	Anschaffung Hardware	Fr. 116'700.00	<u>Fischer Arthur, Präsident der Finanzkommission:</u> Sie haben eine Aufstellung betr. Hardware gesehen. Die PC's müssen heutzutage nicht mehr so schnell entsorgt werden. Man kann die Erneuerung um ein Jahr hinausschieben. Weiter ist uns aufgefallen, dass die Einkaufskosten viel zu hoch budgetiert sind. <u>Bertschi Bruno, SVP:</u> Ich habe mich intensiv mit dieser Position befasst und habe mit René Bossert gesprochen. Es handelt sich um 42 Flachbildschirme, somit kosten 1 Stück Fr. 1'000.00. Gemeindeammann Walter Dubler sagte gestern, dass man sich melden soll, wenn man eine Position findet, bei der Reserven eingebaut wurden. Dies ist bei dieser Position der Fall, sie wurde zu hoch budgetiert. Ich habe vor einem halben Jahr für mein Büro einen Panasonic 17-Zoll Flachbildschirm für Fr. 529.00 gekauft. Ich hatte Mühe, einen 15-Zoll Flachbildschirm zu finden, der über Fr. 500.00 kostet. Ausserdem gehört es in der heutigen Zeit zum guten Ton, dass man einen Flachbildschirm hat. Für die Augen ist es kein grosser Unterschied. Auch habe ich festgestellt, dass wir auch in Wohlen ein örtliches Gewerbe haben, welches sehr leistungsfähig ist. Wir beklagen uns über zu geringen Steuereingang. Warum werden diese Artikel direkt bei der HP oder der Compaq gekauft? Man hat die ansässigen Firmen nicht einmal offerieren lassen. Ich bitte den Gemeinderat, dies in Zukunft zu machen. <u>Huwiler Paul, CVP-CSP:</u> Auch ich war bei René Bossert. Und auch ich war zuerst der Meinung, dass dieser Betrag etwas zu hoch ist. Ich habe aber im Verlauf des Gespräches festgestellt, dass es sich nicht um 39 PC's, sondern um 23 PC's handelt, welche ausgetauscht werden müssen. Die anderen 16 Exemplare sind beschlossene Ausgaben für die Repol, Reg. Zivilstandsamt und Schulleitung. Sprechen wir also über die 23 PC's, welche ausgewechselt werden müssen. Die Gemeinde Wohlen hat rund 100 PC's welche betreut werden müssen. Sie können somit selber ausrechnen, in welchem Turnus die PC's ersetzt werden. René Bossert hat eine Strategie, welche mich überzeugt. Er wechselt jedes Jahr ca. 20 PC's aus, so hält er die Anlage permanent in Schwung. Er hat dieses Jahr einen etwas grösseren Posten eingesetzt, da er damit rechnet, dass er in 2 bis 3 Jahren einen Betriebssystemsprung vornehmen muss. Wenn er günstigere PC's kaufen würde, kann man mit ziemlicher Sicherheit annehmen, dass diese den Betriebssystemwechsel nicht mitmachen würden. Wollen wir die jahrelange Strategie brechen? Ich habe vollstes Vertrauen in René Bossert, dass er kostengünstig einkauft. Wir sprechen hier über ein Globalbudget. Ich frage mich, wie die Gemeinde Wohlen WOV einführen wollte, wenn wir sogar bei einem Globalbudget dreinreden. Das Wohler Gewerbe kann die PC's auch nicht günstiger anbieten. Er kauft die PC's zu Spezialkonditionen ein, welche durch die Schweizerische Informatikkonferenz mit den Herstellern ausgehandelt wurden. Ich als PC-Händler bekomme die PC's nicht zu diesem Preis. <u>Dubler Walter, Gemeindeammann:</u> Ich stelle fest, dass heute sehr engstirnig abgestimmt wird. Dieser Posten liegt uns sehr stark am Herzen. Eine gut funktionierende EDV ist sehr wichtig, damit die Angestellten produktiv arbeiten können. Unser Betriebsamt hatte pro Tag ca. 10 PC-Abstürze. Sie nehmen mit dieser Streichung den Angestellten ihr Arbeitswerkzeug weg. Wir haben einen ausgezeichneten Fachmann, welcher ein Konzept auf die Beine gestellt hat, das vom Gemeinderat bewilligt wurde. Der Gemeinderat lässt sich zweimal pro Jahr von René Bossert über den Stand der EDV informieren. Es ist ein hoher Posten, jedoch macht alleine Repol, Zivilstandsamt und Schulleitung Fr. 223'000.00 aus. Sie er-
------------	----------------------	----------------	--

		warten vom Gemeinderat ein konzeptionelles, vorausschauendes und kostenbewusstes Handeln. Dies wird wenn immer möglich angestrebt. Soviel ich weiss, werden im EDV-Bereich für gewisse Arbeiten auch lokale Firmen berücksichtigt. Es kommt automatisch zu einem Konflikt der Marktwirtschaft, wenn man einerseits kostengünstig einkaufen und andererseits die lokalen Firmen berücksichtigen will. Herr Bertschi hat Recht, auf Seite 33 gibt es einen Druckfehler. Es handelt sich um 42 15-Zoll Bildschirme. <u>Bossert René, EDV-Verantwortlicher:</u> Ich habe vor einem Jahr die grosse Server-Umstellung auf Windows-2000 Server geplant, bei der wir eine neue Partnerfirma evaluiert haben. Die Firma, welche von Herrn Bertschi angesprochen wurde, hat man nicht berücksichtigt, da ich sie als kleine Netzwerkbetreuungsfirma angeschaut habe. Vielleicht habe ich die Firma fälschlicherweise als nicht fähig erachtet, ein komplexes Netz zu managen, welches immerhin aus 5 Servern und ca. 100 Arbeitsstationen besteht. Es handelt sich um eine komplizierte Infrastruktur. Aus diesem Grund habe ich eine grössere Firma gesucht. Es wurde eine Evaluation mit 5 Firmen gemacht und anhand verschiedener Kriterien wurde die Firma MTF-Olten AG ausgesucht. Es ist wichtig, dass ich mit Personen zusammenarbeite, auf die ich mich verlassen kann. Wir installieren unsere Arbeitsstationen mit einer Softwareverteilung. Es muss am Anfang sehr viel Zeit pro Rechnertyp investiert werden. Aber es ist für mich der selbe Aufwand, ob ich dies für einen Rechner oder für 40 Rechner machen muss. Je grösser also die Anzahl gleicher Rechner, die von mir eingekauft werden, je besser verteilen sich die Kosten auf den einzelnen. Für Schulungen, die für das Personal durchgeführt wurden, haben wir die ortsansässige Firma Uniwin und die Migros Clubschule berücksichtigt, bei Druckern oder Software die Firma Kosmos, Wohlen. <u>Fischer Arthur, Präsident der Fiko:</u> Natürlich haben wir auch vollstes Vertrauen in die EDV-Fachstelle. <u>Huwiler Paul, CVP-CSP:</u> Schlussendlich ist die Rechnung entscheidend und nicht das Budget. Wenn wir dies auf die letzten 3 Jahre zurückverfolgen, hat die EDV konstant Kosten von ca. Fr. 6'000.00/Arbeitsstelle verursacht. Dies beinhaltet alles (Software, Löhne, Drucker, Toner, Hardware, Wartung, Serviceleistungen). Es muss versucht werden, diese Bandbreite beizubehalten. <u>Bertschi Bruno, SVP:</u> Auch ich zweifle nicht an den Kompetenzen von René Bossert. Aber die Frage bezüglich Bildschirmen wurde mir noch immer noch nicht beantwortet. <u>Becker Doris, Freis Wohle:</u> Was wird mit der alten Hardware gemacht? <u>Dubler Walter, Gemeindeammann:</u> Wir haben die Absicht, die Hardware an die Schule weiterzugeben. Der Regierungsrat hat ein Konzept zur Einführung des Computerunterrichts ab Primarschule bewilligt. Dieses Konzept muss bis 2006 eingeführt werden. <u>Bossert René, EDV-Verantwortlicher:</u> Bis im letzten Jahr wurden Bundles eingekauft (Rechner und Bildschirm). Mit der Qualität der gelieferten Bildschirmen waren wir nicht ganz zufrieden. Damals war für uns jedoch der Preis ausschlaggebend. Der Trend geht bei div. Software jedoch ganz klar Richtung 17-Zoll Bildschirme (Zivilstandsamt). Der Bildschirm, den ich einsetzen möchte, hat einen digitalen und einen analogen Eingang. Die meisten Grafikkarten haben momentan analoge Signale, welche zweimal gewandelt werden. Der Trend ist jedoch, dass künftig Rechner mit digitalen Videokarten eingesetzt werden. Wenn wir nun gute Bildschirme einsetzen, können diese zwei Rechner-Generationen behalten werden. Die Rechner, welche von uns ersetzt werden, sind vom März 1999 oder älter. Bis diese ersetzt werden, geht es bis März 2004 und dann sind auch diese 5 Jahre alt.
Abstimmung Der Antrag der Finanzkommission <i>Der Betrag sei um Fr. 116'700.00 auf Fr. 92'800.00 zu reduzieren.</i> wird mit 19 Ja, 18 Nein und 2 Enthaltungen angenommen.		

Bertschi Bruno, SVP: Sie haben gestern die Grüngutgebühr gegen den Willen der SVP angenommen. Die SVP schlägt Ihnen die Genehmigung des Voranschlages vor, mit einem Steuerfuss von 102 %.

Widmer Reto, Freis Wohle: Die SVP bleibt ihrer Linie treu, dies war in der Vergangenheit nicht immer so. Im Herbst 2002 haben sie uns gesagt, dass sie einen Antrag um Reduktion des Steuerfusses um mindestens 2 % einreichen werden. Über den Inhalt des Antrages spreche ich nicht.

Bertschi Bruno, SVP: Dies ist richtig so. Ich mache mit Ihnen eine Wette, dass Finanzvorsteher Walter Dubler im April einen sehr guten Abschluss präsentieren wird. Wir möchten nicht die Steuern auf Vorrat erhöhen. Falls es ein Defizit geben sollte, wird sich dies in einem kleinen Rahmen bewegen, sodass auch das Eigenkapital angebraucht werden könnte. Falls es in einem Jahr nachgewiesenermassen eng wird, können auch wir ja zu einer moderaten Steuererhöhung sagen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Der Gemeinderat bittet Sie, diesen Antrag abzulehnen. Sämtliche Fraktionen haben gesagt, dass dies aufgrund der Investitionen nicht diskutabel ist. Werner Dörig hat einmal gesagt, dass die Zeit kommen wird, wo sich ein Gemeinderatsgremium mit einer Steuerfusserhöhung befassen muss. Es ist nicht damit gemacht, dass nach Umsetzung des Investitionsprogramms der Schuldenabbau oberste Priorität hat. Ich habe bereits gestern erwähnt, dass wir wissen, dass die Steuereinnahmen höher ausfallen werden als erwartet. Wir wissen jedoch auch, dass wir höhere Sozialausgaben haben. Wenn Sie in Ihrem Finanzplan den Teil der laufenden Rechnung anschauen, sehen Sie, dass wir eine teilweise ablehnende Belastbarkeitsquote haben. Sie sehen aber auch die steigenden Zinsen und die sinkende Eigenfinanzierungsquote. Jedoch ist entscheidend, dass die vorgeschriebenen Abschreibungen zunehmen.

Wenn alle Investitionen, die im Finanzplan enthalten sind, verwirklicht werden sollen, haben wir keine überschüssigen Geldreserven. Ich bitte Sie, dem beantragten Steuerfuss von 110 % zuzustimmen. Wenn der Fall eintreten sollte, dass die finanzielle Lage der Gemeinde sich verbessert, kann der Steuerfuss wieder gesenkt werden. Dies wird jedoch nicht so schnell der Fall sein.

Fischer Arthur, Präsident der Finanzkommission: Wir halten an diesem Steuerfuss fest. Die Selbstfinanzierung sollte verbessert werden. Auch die Finanzkommission wird schauen, dass der Steuerfuss im nächsten Jahr, wenn möglich, wieder gesenkt werden kann.

Fricker Matthias, J-CVP: Wir halten uns an die Ausführungen der Finanzkommission.

Perroud Arsène, SP: Unsere Fraktion steht hinter dem Steuerfuss des Gemeinderates.

Jauslin Matthias, FDP: Der grösste Teil unserer Fraktion kann den Ausführungen von Bruno Bertschi nicht zustimmen. Wir sehen, dass es eng wird, werden das Budget zurückweisen und möchten, dass der Steuerfuss bei 105 % bleiben wird.

Abstimmung

Der Antrag von Bruno Bertschi

Genehmigung Budget mit einem Steuerfuss von 102 %

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Dem gemeinderätlichen Antrag

Genehmigung des Voranschlages 2004 unter Berücksichtigung der vom Einwohnerrat beschlossenen Änderungen mit einem Steuerfuss von 110 %

wird mit 22 Ja zu 17 Nein zugestimmt.

Kuhn Urs, Einwohnerratspräsident: Herzlichen Dank dem Gemeinderat, Finanzverwalter Gregor Kaufmann, allen beteiligten Verwaltungsstellen mit den Chefbeamten und der Finanzkommission für die gründliche und seriöse Arbeit am Budget 2004.

Aufgrund der aktuellen Geschäftslage kann ich Ihnen bereits heute mitteilen, dass die November-Sitzung stattfinden wird.

Für getreue Protokollführung:

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Urs Kuhn'.

Urs Kuhn, Präsident

Daniela Betschart, Gemeindeschreiber-Stv.